Es ist an der Zeit zu erkennen, daß dieser Regierung zum Regierenkönnen und Erfolghaben vor allem eins fehlt: die Gemeinsamkeit einer großen Erkenntnis und einer Überzeugung in Zielsetzung und Vorausschau. Dieser Mangel an Planung führt zum Mangel an Ideen, führt zum Mangel an Gestaltungskraft und führt zum Mangel an Leistung.

Die Sozialdemokratie kann sich nicht verbrauchen lassen im Dienste oder durch Miniaturkompromisse gegenüber diesen Plänen, Intentionen und Stellungnahmen. Die Sozialdemokratie kann der Regierung nicht die Priorität lassen, ihrerseits der große Initiator und Anreger zu sein, sondern die Sozialdemokratie muß selbst anregen, muß selbst vorausschauen — und muß das dokumentieren, auch parlamentarisch-gesetzgeberisch.

Wenn Sie die Geschichte der letzten acht Monate betrachten, und es tut mir leid, es sagen zu müssen, dann war es keine sehr schwere Aufgabe, in Erkenntnis, Geist und Tempo, einen nicht unbeträchtlichen Vorsprung vor der Bundesregierung zu haben.

Die Sozialdemokratie als eine Partei, die um den Preis der Selbstzerstörung nicht darauf verzichten kann, die Welt nicht nur verbal anders zu interpretieren, sondern immer wieder anzustürmen, um nach einer großen zentralen Idee die Welt entscheidend zu verändern — und ich glaube, die Welt ist international, sozial und national verdammt veränderungsbedürftig —, diese Sozialdemokratie ist nicht im luftleeren Raum.

Genossen, in der Diskussion soll jeder sein Argument vortragen, aber niemand sollte sagen, daß wir gewisse Realitäten nicht sehen. Wenn Ihr uns einen Vorwurf machen könnt, dann ist es vielleicht der, daß wir uns von manchen Realitäten sehr stark bedrücken lassen. Aber wir können und dürfen unsere Aufgabe nicht als eine Last empfinden, sondern diese muß uns einen Stolz darauf geben, daß es uns erlaubt ist, unter dieser geistigen Fahne für diese menschlichen Ziele als Volk und als Klasse kämpfen zu dürfen. Und wenn wir uns schon in der einen oder anderen Frage irren, unsere feste Überzeugung ist, daß unsere große Linie richtig ist.

Eins sollen wir nie vergessen: wir wollen uns durch keine Gewalt der Welt zwingen lassen, etwas für richtig zu erklären, von dem wir genau wissen, daß es falsch ist.

Eins müssen wir immer tun: wir müssen in jeder Situation den Mut haben, für die eigene von uns erdachte positive Konzeption einzutreten.

Es gibt nur eine Wahrheit und Freiheit für alle Menschen, das ist die Grundlage unserer Politik in unserem Lande und in den internationalen Zusammenhängen gegenüber unseren sozialen Verpflichtungen.

Genossinnen und Genossen: Eine Wahrheit und eine Freiheit! (Minutenlang anhaltender starker Beifall.)

Vorsitzender Meitmann: Genossinnen und Genossen! Das Präsidium ist sich einig darin, Ihnen vorzuschlagen, daß wir jetzt zunächst eine viertelstündige Pause eintreten lassen, und wir bitten, daß sie auch eingehalten wird, damit wir dann um fünf Minuten vor zwölf anfangen können mit dem Referat des Genossen Ollenhauer und den Nachmittag frei haben für die Diskussion der beiden Referate. Ist der Parteitag damit einverstanden, dann machen wir jetzt bis fünf Minuten vor zwölf eine Pause. Ich bitte, dann so vollzählig wieder da zu sein, wie wir jetzt hier weilen.

11.45 Uhr. Kurze Pause.

Wiederaufnahme der Sitzung des Parteitags gegen 12 Uhr.

Vorsitzender Meitmann: Genossinnen und Genossen! Nach dem Vorschlag, den ich vorhin gemacht habe, soll jetzt das Referat des Genossen Ollenhauer folgen, und heute nachmittag nach dem Essen die Diskussion.

Ich bitte jetzt den Genossen Ollenhauer, das Wort zu nehmen.

## Bericht der Bundestagsfraktion

Referent: Erich Ollenhauer

Genossinnen und Genossen! Wenn ich heute hier den Bericht über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion im Bundestag zu geben habe, so ist es selbstverständlich, daß die Arbeit unserer Bundestagsfraktion in Bonn gegründet ist auf den politischen Vorstellungen und Richtlinien, die heute morgen unser Genosse Kurt Schumacher hier entwickelt hat. Außerdem ist es eine Selbstverständlichkeit, daß in seinem Referat zur Motivierung unserer allgemeinen politischen Stellungnahme und zur Begründung unseres Standpunktes schon auf eine Reihe von Punkten hingewiesen worden ist, die in den Beratungen und Entscheidungen der Bundestagsfraktion in Bonn eine Rolle gespielt haben.

Ich mache diese Vorbemerkung, damit die Genossen verstehen, daß beide Referate als ein Ganzes angesehen werden und ja auch gemeinsam diskutiert werden sollten.

Ich sehe meine Aufgabe darin, gewissermaßen eine Ergänzung zu dem Referat von Kurt Schumacher zu geben durch eine Darstellung der praktischen parlamentarischen Arbeit unserer Fraktion und der besonderen Probleme, die sich in dieser parlamentarischen Arbeit ergeben haben.

Es ist das erstemal seit 1945, daß wir auf einem Parteitag der deutschen Sozialdemokratie den Bericht einer parlamentarischen Fraktion entgegennehmen, die über die Tätigkeit in einem Parlament berichtet, das das ganze deutsche Gebiet mit Ausnahme der russisch besetzten Zone umfaßt.

Noch auf dem Düsseldorfer Parteitag hatten wir nur die Möglichkeit, zu berichten über die Tätigkeit unserer Fraktion im bizonalen Wirtschaftsrat in Frankfurt, eine Institution, die auch nur in einem gewissen Umfang parlamentarische Funktionen ausüben konnte.

Diesmal standen wir vor der Tatsache, daß wir für die Menschen in Westdeutschland und in Berlin eine zentrale parlamentarische Vertretung haben, die auf Grund von demokratischen Wahlen zustandegekommen ist. Mein Bericht umfaßt eine relativ kurze Zeitspanne, nämlich nur die neun Monate unserer Arbeit in Bonn, die seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschlands vergangen sind. Aber dieser Bericht hat seine Besonderheiten, die sich aus der besonderen Stellung und aus der besonderen Funktion des Bundestages in Bonn ergeben. Mit der Wahl am 14. August zum Bundestag wurden die Aufgaben zugewiesen, nicht nur die normalen Funktionen eines Parlaments zu erfüllen, nämlich durch Gesetzgebung und Kontrolle die Arbeit der Regierung zu lenken und zu überwachen, sondern durch die Gesetzgebung auch die Grundlagen für den Aufbau der Bundesrepublik selbst zu schaffen. Hinzu kommt, daß dieser Aufbau der Bundesrepublik Deutschlands in einem Zustand erfolgte, der nichts Definitives darstellt. Kurt Schumacher hat schon unterstrichen, daß gerade wir Sozialdemokraten nach wie vor und für die ganze Zeit der Existenz der Bundesrepublik Bonn in ihrer heutigen territorialen Abgrenzung nur ein Zwischenstadium sehen, ein Zwischenstadium im Hinblick auf unsere Politik zur Verwirklichung der deutschen Einheit und auch ein Zwischenstadium im Hinblick auf die Beschränkung der deutschen Souveränität, die sich bis zum heutigen Tage aus dem Besatzungsstatut ergibt.

Bei der Konstituierung der Bundesrepublik unter diesen Voraussetzungen haben sich eine ganze Reihe von besonderen Aufgaben und von besonderen Schwierigkeiten ergeben. Es hat sich herausgestellt, daß der Start einer echten parlamentarischen Arbeit nach einer so langen Unterbrechung parlamentarisch-demokratischen Lebens in Deutschland viele größere praktische Schwierigkeiten mit sich bringen, als man zunächst annehmen konnte. Schon bei der Konstituierung des Parlaments selbst, der gesetzgebenden Körperschaft, sind wir von Anfang an und bis zum heutigen Tage immer wieder auf Umstände gestoßen, die ein reibungsloses und fruchtbares Arbeiten des Bundestages in Bonn außerordentlich kompliziert

gemacht haben. Ich will auch hier in diesem Falle nicht auf Einzelheiten eingehen, aber ich möchte doch auf die bemerkenswerte Tatsache hinweisen, daß die bisherige Arbeit des Bundestages in Bonn z. B. wesentlich dadurch erschwert wurde, daß der Bundestag in Bonn durch einen Präsidenten geleitet wird, der in allen Situationen bewiesen hat, daß er nicht in der Lage ist, dieses Amt mit der Objektivität gegenüber dem Gesamtparlament zu führen, die unausweichlich notwendig ist für eine solche Amtsführung. In allen kritischen Situationen, die wir in Bonn erlebt haben, hat sich der gegenwärtige Präsident des Bundestages als der Präsident der Regierungsmehrheit und nicht des ganzen Hauses erwiesen.

Genossinnen und Genossen! Wir haben eine andere, sehr beachtliche Erfahrung gemacht, die nicht nur ein technisches Problem berührt, sondern die auch im Zusammenhang mit dem mangelnden demokratischen Bewußtsein in großen Teilen unseres Volkes steht. Wir haben im Bundestag erlebt, daß der Präsident des Bundestages und die Mehrheit des Bundestages, die Geschäftsordnung, die ein allgemein respektiertes Grundgesetz des Parlaments sein soll, als Hilfsmittel der Mehrheit gegen die Opposition anwendete.

Genossinnen und Genossen! Wir haben wohl in Bonn den einmaligen Zustand einer parlamentarischen Demokratie, daß der Präsident dieses Volkes weiter amtiert, obgleich eine große Partei, wie die Sozialdemokratie, die ihn mitgewählt hat, ihm in klarer Form das Vertrauen entzogen hat. Genossinnen und Genossen, auch in dieser Beziehung ist der gegenwärtige Präsident des Bundestages ein Fall für sich. Ich sage das nicht, um hier einen persönlichen Angriff zu starten, sondern um einfach die Partei und die Öffentlichkeit darauf aufmerksam zu machen, daß die deutsche Demokratie in ihrem parlamentarischen Leben vor der Tatsache steht, daß es auch hier der Opposition zufällt, gewisse demokratische Grundregeln des parlamentarischen Lebens überhaupt erst zur Geltung zu bringen, und Genossinnen und Genossen, wir sind der Überzeugung in der Fraktion, daß wir auf diesem Wege unsere bisherige klare und bestimmte Politik fortführen müssen, daß wir insbesondere die Frage, wie in diesem Parlament das Recht der parlamentarischen Minderheit einwandfrei gesichert wird, zu einer endgültigen Klärung führen müssen.

Die zweite Frage, vor die wir in Bonn gestellt worden sind, war das Verhältnis von Regierung und Parlament. Ich beziehe mich hier auf die Ausführungen, die Kurt Schumacher zu diesem Thema schon gemacht hat. Es ist nicht irgend eine Freude an der Kritik, sondern die Feststellung einer bitteren Tatsache, daß die Neigung der ersten Regierung der Bundesrepublik Deutschlands zu autoritärem und autokratischem Handeln gegenüber dem Parlament außerordentlich stark ist und daß wir nur durch eine ständige Wachsamkeit erreichen können, daß die dominierende Stellung des Parlaments in der Bestimmung der Politik in der Bundesrepublik nicht immer wieder durch eine Mißachtung der parlamentarischen Rechte durch die Regierung gefährdet wird. Das Resultat dieses Verhältnisses ist, daß es kein planmäßiges und sachliches Zusammenspiel zwischen Parlament und Regierung gibt. Wir haben in mehreren Fällen die Tatsache zu verzeichnen gehabt, daß z. B. der Bundeskanzler zu den wichtigsten außen- und innenpolitischen Fragen in Presseinterviews Stellung genommen hat, ohne auch nur vorher ein Wort über seine Absichten und Vorstellungen vor dem Parlament verlauten zu lassen, und jede große außen- und innenpolitische Debatte, die wir bisher im Bundestag gehabt haben, ist eigentlich immer nur zustandegekommen auf Drängen der Opposition und nicht aus dem freien inneren Willen der Regierung, sich gegenüber dem Parlament zu erklären und zu verantworten. Es handelt sich hier nicht um eine Angelegenheit des Prestiges vom Standpunkt des Parlaments, sondern um ein sehr ernstes Problem. Das ergibt sich z. B. aus dem großen Konflikt, den wir in der Frage des Petersberger Abkommens zu verzeichnen haben. Ich will nicht auf den sachlichen Inhalt dieses Abkommens eingehen. Es ist hier bereits behandelt worden. Aber ich möchte darauf aufmerksam machen und in diesem Punkt die Ausführungen von Kurt Schumacher noch einmal ausdrücklich unterstreichen: die sozialdemokratische Bundestagsfraktion hält an ihrem Standpunkt unverrückbar fest,

daß der Abschluß des Petersberger Abkommens durch die Unterschrift des Bundeskanzlers und ohne parlamentarische Ratifizierung für uns einen Zustand geschaffen hat, in dem wir die Gültigkeit dieses Abkommens nicht anerkennen können. Es ist zweifellos richtig, daß heute die Beteiligten an dieser Aktion nicht mehr sehr gern von diesem Abkommen sprechen oder gar von hören. Aber dieser Umstand kann die sozialdemokratische Bundestagsfraktion nicht veranlassen, auf ihre Forderung zu verzichten, daß die Frage der Ratifizierung des Petersberger Abkommens durch den Verfassungsgerichtshof untersucht wird, und sobald dieser Verfassungsgerichtshof gebildet sein wird, wird die sozialdemokratische Fraktion einen entsprechenden Antrag beim Verfassungsgerichtshof einbringen.

Wir halten die Klärung dieser Meinungsverschiedenheit und die Durchführung des Kampfes für das Recht des Parlaments aus prinzipiellen Gründen für notwendig. Ich bedauere, Ihnen sagen zu müssen: Unser Mißtrauen in die innere demokratische Bereitschaft dieser Regierung und dieser Mehrheit ist so groß, daß wir nicht bereit sind, auch nur den leisesten Verstoß gegen wichtige Gesetze und Bestimmungen des Grundgesetzes ohne eine Anrufung der verfassungsmäßigen Instanzen passieren zu lassen. Wir müssen vor allem auch da beginnen, wo das Parlament als Ausdruck des demokratischen Volkswillens seine entscheidende Position gegenüber Regierung und Verwaltung ohne Einschränkung zu verteidigen und zu behaupten hat. Wir sind in dieser entschiedenen Haltung gegenüber den autoritären Neigungen der Regierung vor allem auch deshalb verpflichtet, weil diese mangelnde Bereitschaft zur demokratischen Kooperation zwischen Regierung und Parlament auch die nachteiligsten Folgen für das Verhalten der Bürokratie gegenüber der Volksvertretung hat. Wenn wir aus den Erfahrungen der Ausschußarbeiten in Bonn, aus den Bemühungen unserer Abgeordneten bei ihren Interventionen in einzelnen Ministerien im einzelnen sprechen würden, dann würden wir sehr viele erstaunliche Beispiele von Arroganz der Bürokratie gegenüber den parlamentarischen Einrichtungen beibringen können.

Es ist leider so, daß ein erheblicher Teil der Bürokratie den Anspruch des Parlaments auf Mitbestimmung und Kontrolle der Verwaltung als eine sehr lästige Einrichtung empfindet. Es zeigt sich, daß die lange Unterbrechung in der Entwicklung eines parlamentarischen Systems besonders nachhaltige Folgen auf die Gewohnheiten und Anschauungen eines erheblichen Teiles der Beamtenschaft in der Bundesregierung gehabt hat.

Ich will nur einen einzigen Beschluß in diesem Zusammenhang erwähnen, der uns erst vorgestern bekannt geworden ist. Es ist uns mitgeteilt worden, daß die Postverwaltung an den Präsidenten des Bundestages offiziell einen Brief gerichtet hat, in dem die Postverwaltung dem Präsidenten des Bundestages mitteilt, daß der Überwachungsdienst der Post festgestellt habe, daß viele Abgeordnete im Bundeshaus völlig belanglose und rein private Telefongespräche führen. Das ist eine erstaunliche Leistung von Anmaßung der Bürokratie gegenüber dem Parlament. Sodann vor allem aber ist es ja auch ein sehr schwerer Verstoß gegen die Bestimmungen des Grundgesetzes, in denen die Wahrung des Post- und Telefongeheimnisses ausdrücklich festgelegt worden ist.

Wir sind der Auffassung, daß zunächst einmal der Bundestagspräsident, aber auch das Parlament den Dingen nachgehen müßte, um festzustellen, an welchen Stellen der Verwaltung sich diese grundlegenden Bestimmungen des Grundgesetzes noch nicht herumgesprochen haben, und außerdem dafür zu sorgen, daß diejenigen Beamten, die für die Verletzung des Grundgesetzes verantwortlich sind, auch zur Verantwortung gezogen werden. Im übrigen muß klargestellt werden, daß es nicht in der Entscheidung irgendeiner Behörde der Bundesregierung oder Bundesverwaltung liegt, darüber ein Urteil zu fällen, welche und wie viele Gespräche Abgeordnete in der Ausübung ihrer parlamentarischen Tätigkeit führen.

Genossinnen und Genossen! Das ist nur ein Einzelfall, aber ich bedauere, sagen zu müssen, daß es ein typischer Fall für den Geist der Verwaltung ist, den wir an vielen Stellen in der Bonner Verwaltung finden. Selbstverständlich gibt es dafür auch eine Schuld auf der Seite des Parlaments. Und diese Schuld besteht darin, daß viele Abgeordnete der Regierungsparteien ihrer Entwicklung und ihrer politischen Überzeugung nach ohne jedes innere Verhältnis zur parlamentarischen Demokratie sind. Aus diesem Beispiel ergibt sich, daß die sozialdemokratische Bundestagsfraktion in Bonn vor der dauernden Aufgabe steht, neben der sachlichen Auseinandersetzung mit der Politik der Regierung und ihrer Mehrheit auch einen ständigen Kampf um die Anerkennung der Rechte des Parlaments durch Regierung und die Verwaltung zu führen.

Ich möchte in diesem Zusammenhang noch einen zweiten Gesichtspunkt erwähnen. Es ist notwendig, daß das Verhältnis zwischen Parlament und Bevölkerung verbessert wird. Es ist eine dringende demokratische Aufgabe, die wir alle und insbesondere die demokratischen Parteien zu erfüllen haben. Selbstverständlich ist in erster Linie diese Anerkennung abhängig von den Leistungen des Parlaments und seiner Abgeordneten selbst. Und niemand kann dem Parlament oder den einzelnen Abgeordneten diese Aufgabe abnehmen. Aber auf der anderen Seite müssen wir auch feststellen, daß die Art der Berichterstattung über die Arbeiten des Parlaments durch die Presse in vieler Beziehung nicht geeignet ist, das demokratische Bewußtsein im Volk zu stärken und das Volk sachlich über den Inhalt der parlamentarischen Arbeit zu unterrichten.

Es ist ein merkwürdiges Resultat der demokratischen Umerziehung der deutschen Presse durch die Alliierten, daß heute viele Zeitungen und Journalisten in der großen Sensationshascherei eine größere publizistische Aufgabe sehen, als in der sachlichen Information der Staatsbürger über das Funktionieren ihrer demokratischen Einrichtungen.

Das Problem, vor dem wir hier stehen, ist nicht, die sogenannten großen Tage im Bundestag oder die sogenannten Zwischenfälle möglichst bombastisch zu registrieren, sondern das wirkliche Problem ist, den Alltag der praktischen parlamentarischen Arbeiten den Menschen in Deutschland wieder als positive Leistung nahezubringen.

Und, Genossinnen und Genossen, wir haben als Sozialdemokraten eine sehr umfangreiche Kritik an den bisherigen Resultaten der Arbeit des Bundestages zu üben.

Aber auf der anderen Seite ist es auch eine Pflicht der Gerechtigkeit und der Wahrheit festzustellen, daß in diesem Parlament unter außerordentlich schwierigen personellen und sachlichen und technischen Umständen in den letzten Monaten ein beachtliches Maß von sachlicher Arbeit geleistet worden ist. Ich will nur darauf hinweisen, daß z. B. die Haushaltsberatung, bei der wir in der Schlußabstimmung den ersten vorläufigen Haushalt des Bundestages abgelehnt haben, — daß diese Haushaltsberatung doch im ganzen gesehen ein ernster Beginn zu sachlicher Arbeit in diesem Hause gewesen ist.

Lassen Sie mich zu dem Kapitel des Laufenlernens der parlamentarischen Arbeit in Deutschland noch eine andere Frage hinzugesellen — nämlich einige Bemerkungen zu der breiten öffentlichen Diskussion über die sogenannte Diätenfrage.

Genossinnen und Genossen! Man hat manchmal das Gefühl, wenn man die Kritiken und die Polemiken in dieser Frage liest und hört, als wenn das Problem der Zahlung von Diäten an Abgeordnete zum ersten Male in der deutschen Geschichte und zum ersten Male in der Geschichte des Parlamentarismus aufgetreten wäre.

Ich gebe zu, daß zu dieser Beurteilung oder zu diesem Eindruck nicht unwesentlich beigetragen hat das Verhalten der Regierungsmehrheit im Bundestag.

Diese Regierungsmehrheit war mit allen anderen Parteien darin einig vom ersten Tag, daß hier eine vernünftige und zweckmäßige Regelung getroffen werden muß. Und es war selbstverständlich auch unser Ziel, eine Regelung zu finden, die in diesem Fall von allen politischen Parteien des Bundestages akzeptiert werden konnte.

Aber das monatelange Verhandeln über diese Frage ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß die Parteien der Regierungsmehrheit zwar das Prinzip an-

erkannten, aber nachher, als es sich darum handelte, eine praktische Regelung zu finden, sich immer wieder zierten wie die Zicke am Strick — daß sie nicht einfach klipp und klar eine Regelung akzeptieren wollten, die wir in Vorschlag gebracht hatten.

Genossinnen und Genossen! Bei dieser Frage handelt es sich doch praktisch nur um die Anwendung eines alten demokratischen Prinzips. Jeder Abgeordnete soll ohne Rücksicht auf seine private Vermögenslage oder auf seine Einkommensverhältnisse so gestellt werden, daß er materiell in die Lage versetzt wird, sein Mandat unabhängig auszufüllen, ohne Gefahr zu laufen, in Abhängigkeiten zu geraten.

Genossinnen und Genossen! Bei dieser Frage handelt es sich doch praktisch Regelung in den demokratischen Staaten gibt, kein Staatsbürger darf sich aus rein materiellen Gründen verhindert fühlen, eine Kandidatur anzunehmen und ein Mandat auszuüben. Genossinnen und Genossen! Wenn Sie die Geschichte dieser Frage in der deutschen demokratischen Entwicklung ansehen, dann werden Sie feststellen, daß das erste und elementare Interesse an einer solchen Regelung die Sozialdemokraten gehabt haben, weil wir nur auf diesem Wege erreichen konnten, das Übergewicht der anderen in ihrer materiellen Unabhängigkeit aufzuheben, indem wir auch die Vertrauensleute der Arbeiter materiell in die Lage versetzten, ohne materielle Not ihre parlamentarische Funktion voll auszunutzen. Ich glaube, daß diese allgemeinen Grundsätze auch heute noch gültig sind, und daß wir Sozialdemokraten vor allem ein Interesse daran haben, daß wir sie zur Anerkennung bringen. Wir waren bei Beginn der Beratungen im Bundestag in Bonn von vornherein für eine klare und eindeutige Regelung. Wir hatten den Vorschlag gemacht, daß man den Abgeordneten eine Entschädigung zahlt in der Höhe des Gehalts eines höheren Ministerialbeamten. Das wäre eine klare und für jeden einleuchtende Regelung gewesen, und diese Regelung hätte auch noch intern — parlamentarisch den großen psychologischen Vorteil gehabt, daß der Abgeordnete auch durch seine materielle Stellung seine besondere Position gegenüber hohen Ministerialbeamten ausdrücklich unterstreichen konnte, und da manche Leute in Deutschland die Position eines Menschen nur danach beurteilen, wie seine materielle Situation ist; es wäre eine Regelung, zweifellos dazu angetan, gewissen Übermut auf der Seite der Bürokratie zu dämpfen. Die bürgerliche Mehrheit hat diese einfache und klare Regelung abgelehnt, und wir waren schließlich gezwungen, ein Kompromiß zu akzeptieren, das nun durch diesen Bundestag angenommen wurde. Wir haben uns für dieses Kompromiß entschieden, weil die jetzige Regelung in ihrem materiellen Resultat angesichts der von den Abgeordneten in Bonn verlangten Leistungen absolut vertretbar ist. Aber ich möchte hinzufügen, daß, wenn sich in der Zukunft eine Möglichkeit bietet, die von uns gewünschte Regelung noch durchzusetzen, so werden wir es tun, weil wir eine klare und eindeutige und saubere Entscheidung für die beste Lösung in dieser Frage halten. Bis dahin möchte ich zu diesem Kapitel nur sagen, daß wir uns in der Sozialdemökratischen Partei nicht darüber im Zweifel sein sollten, daß die Hauptstreiter in diesem sogenannten Kampf um die Diäten nicht an der sachlichen Diskussion dieser Frage interessiert sind, sondern daß sie mit dieser Diskussion eine Diffamierung und Herabsetzung der parlamentarischen Demokratie herbeiführen möchten.

Ich glaube, es kann nicht die Aufgabe von Sozialdemokraten sein, einer solchen Absicht Vorschub zu leisten oder diesen Kräften Hilfsstellung zu gewähren.

Genossinnen und Genossen! Mit diesen Bemerkungen habe ich eigentlich nur eine kleine Liste von Beiträgen behandelt, vor die wir in Bonn aus der Situation gestellt wurden, daß es in Bonn darauf ankam, nicht nur Gesetzgebung und Kontrolle der Verwaltung auszuüben, sondern die ersten Grundlagen für die Konstituierung eines parlamentarischen Lebens zu schaffen. In anderen Ländern sind diese Fragen Selbstverständlichkeit, und sie werden in einem Bericht einer Parlamentsfraktion überhaupt keine Rolle spielen; hier aber spielen sie eine große Rolle, denn hinter diesen Auseinandersetzungen steht ein sehr ernstes politisches

Problem, das ich auch unter diesem Gesichtspunkt noch einmal unterstreichen möchte.

Die Tatsache, daß wir am 14. August auf demokratische Weise eine parlamentarische Vertretung der Bundesrepublik als die höchste Instanz in der Bundesrepublik gewählt haben, heißt noch nicht, daß die Demokratie in Deutschland stabilisiert ist. Im Gegenteil, die Erfahrung der parlamentarischen Arbeit bei der Konstituierung dieser Demokratie haben uns bis jetzt schon bewiesen, daß es selbst in diesem Parlament Kräfte gibt, die überhaupt nicht oder nur zögernd an der Stabilisierung dieser Demokratie mitzuarbeiten bereit sind.

Genossinnen und Genossen! Die politische Entwicklung im Lager der deutschen Regierungsparteien und der deutschen Rechten in den letzten Monaten beweist, daß diese Gefahr nicht kleiner geworden ist, sondern daß sie wieder im Wachsen begriffen ist.

Nun, Genossinnen und Genossen, einige Bemerkungen zu der politischen Situation, vor die wir im Bundestag seit dem 14. August gestellt sind. Diese Situation, die Beteiligung der Kräfte im Parlament ist das Resultat des Wahlausganges vom 14. August 1949. Wir haben uns bei dieser Wahl gut geschlagen, aber wir haben das unmittelbare Wahlziel nicht erreicht, d. h., wir sind nicht die stärkste Partei in diesem ersten Parlament der deutschen Bundesrepublik geworden. Das zweite Resultat dieses Wahlergebnisses ist, daß in den bürgerlichen Parteien, von der CDU angefangen, innerhalb dieser Parteien durch den Wahlausgang der rechte Flügel dieser Parteien wesentlich gestärkt worden ist. Wenn man die parlamentarische Situation in Bonn verstehen will, dann darf man diesen Tatbestand keinen Augenblick aus dem Auge verlieren.

Genossinnen und Genossen! Unter den gegebenen Umständen hat die Frage einer Regierungsbeteiligung der Sozialdemokratischen Partei nach dem 14. August niemals ernsthaft zur Diskussion gestanden. Ich möchte das auch heute noch einmal ausdrücklich feststellen. Adenauer als der Vorsitzende der stärksten Partei des Bundestages war vom ersten Augenblick an fest entschlossen, die Regierung ohne die Sozialdemokratie zu bilden, und in keinem Zeitpunkt seiner Vorbesprechungen vor dem Zusammentritt des Parlaments und vor seiner Wahl als Bundeskanzler ist auch nur der leiseste Versuch von ihm gemacht worden, mit der Sozialdemokratie über diese Frage auch nur in ein Gespräch zu kommen. Ich sage das nicht mit irgendeiner Bewertung, ich möchte es nur als Tatsache feststellen, die ein politischer Faktor ist.

Das Zweite, Genossinnen und Genossen, eine Regierungsbeteiligung der Sozialdemokratie wäre auch bei dem personellen und sachlichen Programm der CDU und der anderen Regierungsparteien für die Sozialdemokratie unannehmbar gewesen Der linke Flügel in der CDU, von dem sehr viele schöne Geschichten in der Presse veröffentlicht worden sind, und mit der man offeriert hat, um die Sozialdemokratie bei ihrer Entscheidung zu irritieren, hat in jedem Stadium der Regierungsbildung Adenauers eine rein defensive Rolle gespielt. Angesichts dieser Tatsache ergab sich für die Sozialdemokratie vielleicht nur noch eine einzige Frage, ob die Sozialdemokratie als die zweitstärkste Partei von sich aus irgendeine Initiative hätte ergreifen sollen, um den Dingen einen anderen Lauf zu geben.

Aber, Genossinnen und Genossen, das war ja keine Überlegung auf einer realen Unterlage, denn die Tatsache ist im deutschen Bundestag gegeben, daß bei den gegebenen Kräfteverhältnissen jederzeit im Bundestag eine Regierungsmehrheit ohne die Sozialdemokratie möglich ist, und eine Koalition, Genossinnen und Genossen, in der die bürgerlichen Koalitionspartner in jedem entscheidenden Augenblick ohne die Gefahr der Auflösung und der Neuwahl in eine rein bürgerliche Regierungsmehrheit ausweichen können, ist für die Sozialdemokratische Partei untragbar.

Genossinnen und Genossen! Es hat noch eine andere Argumentation gegeben. Man hat es hier und da für richtig gehalten, die Sozialdemokratie auf eine Verpflichtung zur Regierungsbeteiligung hinzuweisen mit dem Argument, das deutsche Volk befinde sich in einem nationalen Notstand, und in einer solchen Situation dürfe sich eine so große Partei wie die Sozialdemokratie ihrer Verantwortung nicht entziehen. Aber, Genossinnen und Genossen, auch das ist ja kein echtes Argument. Es war damals im September 1949 schon kein echtes Argument, jetzt aber, nach den praktischen Erfahrungen seit September 1949, ist doch für jedermann in Deutschland klar, daß in diesem Deutschland unter den gegebenen Bedingungen die Lösung jeder nationalen Frage in der inneren und äußeren Politik untrennbar verbunden ist mit sozialen und wirtschaftlichen Entscheidungen, für die es keine gemeinsame Grundlage zwischen den bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratischen Partei gibt.

Genossinnen und Genossen! Laßt mich noch ein Wort hinzufügen, weil es auch nicht nur eine tagespolitische oder rein taktische Bedeutung hat. Wir sollen uns nicht darüber im Zweifel sein, daß auf der anderen Seite das nachte Streben nach der Alleinherrschaft die stärkste Triebkraft der politischen Arbeit und der politischen Entscheidung der Regierungsmehrheit in Bonn ist. Das ist besonders kraß geworden schon in den ersten Wochen der parlamentarischen Arbeit, ja in den ersten Tagen der parlamentarischen Arbeit in Bonn. Was haben wir in Bonn erlebt? Ich habe schon darauf hingewiesen, daß der jetzige Bundeskanzler es damals nicht für nötig gehalten hat, mit dem Repräsentanten der zweitstärksten Partei seine sachliche Diskussion über die Möglichkeiten eines Regierungsprogramms zu führen. Das ist aber nur ein Punkt gewesen. Wir haben von demselben Mann erlebt, daß er auch den wichtigen, entscheidenden, staatsbildenden Akt der Wahl des ersten Bundespräsidenten der Bundesrepublik zu einer Angelegenheit der zufälligen Regierungsmehrheit herabgewürdigt hat, Die Kandidatur Professor Heuss' wurde der sozialdemokratischen Parteifraktion des Bundestages als die Kandidatur der Koalition und als eine vollendete Tatsache präsentiert.

Die Wahl des Bundespräsidenten hätte gerade in diesem Augenblick zu einem hervorragenden Bekenntnis aller verfassungstreuen Teile des Volkes in der Bundesrepublik wollen und werden müssen. Sie wurde aber durch die Taktik der anderen Seite zu einer Demonstration des Willens zur Alleinherrschaft auch in den Fragen der Konstituierung der Bundesrepublik. Diese schwere Vorbelastung der neuen demokratischen Lebensform durch das Verhalten der Mehrheit des Bundestages hat damals eine eindeutige Antwort der sozialdemokratischen Fraktion erfordert. Wir haben sie damals gegeben, durch die Aufstellung einer eigenen Kandidatur, und zwar der stärksten eigenen Kandidatur. Ich möchte heute feststellen, daß wir uns darüber freuen, daß die staatspolitische und verfassungspolitische Bedeutung der damaligen Entscheidung der sozialdemokratischen Fraktion mindestens

vom Bundespräsidenten selbst verstanden und gewürdigt worden ist.

Genossinnen und Genossen! Die sozialdemokratische Fraktion steht seit der Bildung der Regierung Adenauer in Opposition und die Dürkheimer Beschlüsse der Partei sind das Programm der Opposition im Bundestag geworden. Wir haben uns diese Oppositionsstellung in Bonn nicht leicht gemacht, und werden es auch in Zukunft nicht tun. Für uns bedeutet Opposition nicht die bloße Negierung der Politik der Regierung. Unser Oppositionsprogramm von heute soll und wird unser Regierungsprogramm von morgen sein. Durch unser kritisches Verhalten heute und morgen in der Opposition müssen wir in den Wählern das Vertrauen erwecken, daß wir morgen, wenn wir die Regierung haben, das tun und praktisch durchsetzen werden, was wir heute in der Opposition fordern. Das ist in erster Linie eine große Verpflichtung für uns selbst, daß wir uns so bewegen und entscheiden, daß wir morgen ohne Korrekturen und Ausweichen das realisieren, was wir heute für notwendig halten und fordern. Wir sehen das nicht unter einem engen parteipolitischen Gesichtspunkt. Ich glaube, die einzige Form in Deutschland, bei den breiten Schichten der Bevölkerung das Vertrauen in die demokratische Regierungsform zu verstärken, ist darin gegeben, daß sie von den verschiedenen Parteien des Parlaments, auch von der Opposition, die Überzeugung gewinnen, daß hier ernst und sachlich um die Grundsetzung bestimmter Prinzipien und politischer Grundsätze gekämpft wird.

Genossinnen und Genossen! Ich will Ihnen hier aus vielen Gründen unsere parlamentarische Tätigkeit aufzeigen. Ich darf Sie verweisen auf den Bericht über die Tätigkeit der Bundestagsfraktion, die wir der Partei versprochen haben. Ich möchte aber doch auch im Zusammenhang mit dem Referat von Kurt Schumacher die Hauptgesichtspunkte noch einmal aufzeigen, die unsere praktische, parlamentarische Arbeit bisher geleitet haben. Ich will dabei die außenpolitischen Probleme völlig außer Betracht lassen.

Genossinnen und Genossen! Innenpolitisch steht jene deutsche Regierung, die aus den Wahlen vom 14. August ihr Mandat herleitet, praktisch vor drei Aufgaben: 1. Die Durchführung einer aktiven Politik zur Wiederherstellung der wirtschaftlichen und politischen Einheit Deutschlands; 2. Aufbau eines demokratischen Staatswesens in Gesetzgebung und Verwaltung; und 3. die Durchführung einer Wirtschafts- und Sozialpolitik, die die Folgen des Hitler-Krieges überwindet, die Lasten des verlorenen Krieges gerecht verteilt und allen Menschen in Deutschland Brot und Arbeit gibt. Diese drei Aufgaben muß jede Regierung in Deutschland lösen, wenn sie die Existenz dieses demokratischen Staatswesens nicht auf das äußerste gefährden will. — Unser genereller Vorwurf gegen die Regierung ist, daß sie nicht gewillt ist und daß sie zum Teil nicht fähig ist, die hier genannten drei Aufgaben planvoll in Angriff zu nehmen.

Ich weiß, das ist ein schwerer Vorwurf, aber er ist in jedem einzelnen Falle schon durch die kurzfristige Erfahrung in den hinter uns liegenden Monaten zu beweisen.

Lassen Sie mich nur einige wenige Bemerkungen machen zu der ersten Aufgabe, dem Kampf um die Wiederherstellung der wirtschaftlichen und politischen Einheit. Aus dem allgemeinen politischen Zusammenhang, so wie ihn Kurt Schumacher dargestellt hat, ist völlig klar, daß, obwohl die Spaltung Deutschlands eine Folge alliierter Meinungsverschiedenheiten ist, es eine aktive Politik der Bundesrepublik für diese Einheit geben muß. Und das tatsächliche Resultat bis heute ist: Wir haben einen gesamtdeutschen Minister, aber wir haben keine gesamtdeutsche Politik dieser Regierung.

Wir werden als Sozialdemokraten ohne jede Einschränkung und ohne jede Konzession in diesem Punkte unsere Politik fortsetzen, die wir zu Anfang unserer parlamentarischen Arbeit eingeleitet haben, mit dem Antrag im Bundestag, daß Berlin die Hauptstadt der deutschen Republik ist und daß, solange der alliierte Einspruch gegen die Einbeziehung Berlins in die Bundesrepublik aufrecht erhalten wird, die deutsche Regierung so handeln soll in der Praxis, als ob Berlin 12. Land wäre.

Wir haben bisher in all diesen Auseinandersetzungen in den Ausschüssen und dem Plenum des Parlaments immer wieder nur von neuem erlebt, daß, obwohl der Bundestag diese beiden sozialdemokratischen Anträge angenommen hat, die Regierung in der Praxis die Durchführung dieser Beschlüsse nicht befolgt.

Wir haben einen endlosen und mühseligen und deprimierenden Kampf mit der Regierungsmehrheit und mit den Mitgliedern des Kabinetts um die Frage, nun Ernst zu machen mit der Verlegung von Bundesbehörden nach Berlin. Es ist nicht damit getan, daß man nach Berlin reist und in Berlin öffentliche Gesänge veranstaltet.

Es kommt darauf an, daß die Berliner im Alltag erfahren, daß ihnen die praktische Politik der Bundesregierung hilft, ihre wirtschaftlichen und politischen Probleme zu lösen.

Selbstverständlich bedeutet die Eingliederung Berlins als zwölftes Bundesland Opfer für die Gesamtheit der deutschen Bundesrepublik. Aber, Genossinnen und Genossen, wenn wir die Frage der Einheit Deutschlands nach dem Maß von Opfern messen wollen, dann können wir sie heute schon von der Tagesordnung streichen.

Wir brauchen nur an den Tag zu denken, an dem es möglich sein wird, durch die Einbeziehung der Ostzone wieder eine deutsche Einheit in Freiheit aufzubauen. Wenn dieser Tag kommt, dann wird es nicht nur ein Tag der Freude, sondern auch ein Tag der Verpflichtung für die Menschen in Westdeutschland sein, dafür zu sorgen, daß wir in der Wüste der Ostzone wieder ein menschenwürdiges und arbeitsfähiges Volk heranbilden können.

Das, was uns bedrückt, und was uns als Deutsche bedrückt, ist das Gefühl, daß das zögernde Verhalten der Bundesregierung nicht nur auf mangelnde Einsicht in die Notwendigkeiten zurückzuführen ist, sondern, daß es sehr maßgebliche Kräfte im Westen Deutschlands gibt, die sich in dem Provisorium Bundesrepublik sehr wohl fühlen, und die ganz kalt und nüchtern eine Politik verfolgen, die darauf hinausläuft, vor der Wiederherstellung der deutschen Einheit die Konsolidierung alter machtpolitischer Positionen im Westen durchzuführen. Man weiß in diesen Schichten genau, daß man es — politisch gesehen — in Deutschland nicht wieder so gut haben wird, wie jetzt angesichts der Abtrennung der Industriegebiete in der russischen Zone.

Das zu dieser ersten nationalen Aufgabe, vor die jede Bundesregierung gestellt ist.

Die Linie der Sozialdemokratie wird hier sein und sein müssen, immer von neuem darauf zu drängen, daß durch aktives Handeln um Berlin und die Ostzone in den Realitäten der praktischen Politik hier im Westen gekämpft und gerungen wird.

Hier stand und steht das Parlament und vor allem die Regierung dieses Parlaments vor einer großen und ehrenvollen Aufgabe: nämlich das Grundgesetz mit Blut und Leben zu erfüllen, dafür zu sorgen, daß die Fundamente dieses Staatswesens auf einer breiten und sicheren demokratischen Grundlage errichtet werden.

Und, Genossinnen und Genossen, es wäre die Aufgabe der Regierung gewesen, hier mit einer großzügigen Gesetzesinitiative zu beginnen, um überhaupt die Voraussetzung für die Schaffung wichtiger verfassungsrechtlicher Institutionen zu erhalten.

Und, Genossen, was ist die erstaunliche Situation heute, neun Monate nach der Bildung der Regierung der Bundesrepublik? Die erstaunliche Situation ist, daß alle die entscheidenden Gesetzentwürfe, die die Einrichtung wichtiger konstitutioneller Positionen in der Bundesrepublik ermöglichen, daß diese Gesetzentwürfe nicht von der Regierung, sondern von der sozialdemokratischen Opposition eingebracht wurden. Das gilt für den Entwurf eines Gesetzes für die Errichtung eines Bundesverfassungsgerichtshofs, das gilt für den Entwurf eines Gesetzes für die Richterwahl, das gilt für den Entwurf eines Gesetzes gegen die Feinde der Demokratie, das gilt für den Entwurf eines Gesetzes zur Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts in der Strafrechtspflege.

Genossen, das sind die Entwürfe der sozialdemokratischen Opposition, und weit hinten liegt die Initiative — wenn es überhaupt eine gibt — der Bundesregierung und ihrer Partei.

Genossinnen und Genossen! Auf dem Gebiet der Konsolidierung und des Aufbaus der Verwaltung gibt es praktisch bis zum heutigen Tage nur eine einzige konkrete Leistung dieser Regierung, und das ist das vorläufige Beamtengesetz. Und man kann nur sagen: das sieht auch danach aus! Es ist nichts anderes als eine retuschierte Ausgabe des Gesetzes aus dem Dritten Reich vom Jahre 1937.

Es ist retuschiert worden mit dem klaren Ziel, die alten beamtenrechtlichen Vorstellungen ohne jede Konzession an die Entwicklung seit 1933 durchzusetzen und gesetzlich zu verankern.

Die sozialdemokratische Fraktion hat in den Ausschüssen und im Plenum mit aller Leidenschaft gekämpft, wenigstens in einigen Punkten moderne, fortschrittliche Bestimmungen durchzusetzen. Ich erinnere hier an die Realisierung der Bestimmung des Grundgesetzeş, über die Gleichberechtigung der Frau; ich erinnere hier an den Grundgatz, der im Grundgesetz verkündet wurde, daß die Beamtenlaufbahn allen offenstehen soll. In beiden Fällen ist die Durchsetzung, die klare und eindeutige Anerkennung dieser Rechte im Grundgesetz an dem Widerstand der Mehrheit gescheitert.

Jetzt hat die Regierung, wie in so vielen anderen Fällen, die peinliche Situation, daß die Alliierten gegen dieses Gesetz Einspruch erhoben haben. Nach langen

Verhandlungen ist dieser Einspruch zurückgezogen worden.

Und, Genossinnen und Genossen, es ist außerordentlich bemerkenswert, daß man in dem Augenblick, als die Alliierten ihr vorläufiges Veto verkündeten, den Versuch gemacht hat von Regierungsseite, die Durchsetzung dieses Beamtengesetzes zu einer Angelegenheit des nationalen Prestiges zu machen — daß man aber jetzt, nachdem die Alliierten unter Bedingungen dieses Veto zurückgezogen haben, man in der Presse fast mit der Lupe die Auflagen suchen muß, die die Alliierten um den Preis der Zurücknahme ihres Vetos gemacht haben.

Denn eine der entscheidenden Bedingungen der Alliierten ist, daß in diesem Gesetz Vorsorge getroffen wird, daß allen Begabten und Befähigten der Zugang

zur Beamtenlaufbahn offensteht.

Genossinnen und Genossen! Hier haben Sie einen klassischen Beweis dafür, in welche Situation sich diese Regierung auch gegenüber den Hohen Kommissaren

bringen läßt, wenn es um die Verteidigung von Vorrechten geht.

Lieber nimmt sie ein Veto in Kauf, als auf der Ebene der deutschen parlamentarischen Auseinandersetzungen die Vorstellungen und Vorschläge der Opposition rechtzeitig zu berücksichtigen. Genossinnen und Genossen, wir haben gegen dieses Gesetz gestimmt, und wir stehen bei der Tatsache, daß wir insofern jedenfalls einen gewissen Erfolg erzielt haben, als die Gültigkeitsdauer dieses Gesetzes bis zum 31. Dezember 1950 beschränkt ist, d.h., daß die Regierung gezwungen wird, die Frage der Beamtengesetzgebung in aller Kürze wieder vor das Plenum zu bringen und daß wir dann unsere Position in dieser Frage mit aller Klarheit zur Geltung bringen können.

Dieses Verhalten der Regierung in der Beamtengesetzgebung entspricht ihrer Personalpolitik. Ich will auch hier nicht in Einzelheiten gehen, ich will nur zwei Bemerkungen machen: Die Sozialdemokratische Partei hält an der Forderung fest, die wir bei der Stellungnahme zur Regierungserklärung der Bundesregierung im September vorigen Jahres abgegeben haben. Wenn die Sozialdemokratische Partei in der Opposition ist, dann gibt diese Oppositionsstellung der SPD der Regierung nicht das Recht, eine sozialdemokratenfreie Verwaltung aufzubauen. Wir fordern, daß die staatsbürgerlichen Rechte, der Mitwirkung aller an der Verwaltung, ohne Rücksicht auf das Parteibuch, anerkannt und durchgeführt werden.

Genossinnen und Genossen! Was wir bisher erlebt haben, ist das Gegenteil dieses Grundsatzes. Wir haben bei verschiedenen Gelegenheiten im Plenum und in den Ausschüssen bereits die einseitige Personalpolitik dieser Regierung auch in konkreten Einzelfragen angeprangert, und wir sind in der Fraktion entschlossen, wenn in den nächsten Wochen der Entwurf des Haushaltsplanes für das Jahr 1950/51 zur Beratung kommt, dann werden wir vor allem auch die Frage der Personalpolitik zu einem entscheidenden Kriterium unserer Stellungnahme zu den einzelnen

Haushalten der Minister machen.

Ich möchte nur noch ein Wort dazu sagen. Es handelt sich nicht nur darum, daß wir uns auf das schärfste dagegen verwahren, daß Beamte des Naziregimes in verantwortlichen Stellen der Bundesverwaltung und der Regierung verwendet werden, wir erheben auch in aller Form und entscheidend und in Schärfe dagegen Protest, daß die Auswahl der Beamten in vielen entscheidenden Positionen nach der Konfession der Anwärter erfolgt. Der Taufschein ist weder ein Beweis für die sachliche Tüchtigkeit noch für demokratische Zuverlässigkeit.

Selbstverständlich, Genossinnen und Genossen, können Verwaltung und Gesetzgebung allein die Gefahr eines neuen Rechtsradikalismus nicht bannen. Ihre Überwindung ist eine politische Aufgabe, die im hohen Maße außerhalb des Parlaments gelöst werden muß. Aber auf der anderen Seite muß die Demokratie entschlossen sein, alle sachlichen und politischen Voraussetzungen für eine aktive demokratische Politik zu schaffen.

Nun, Genossinnen und Genossen, lassen Sie mich noch einige Bemerkungen zu dem dritten Punkt, der Wirtschafts- und Sozialpolitik in der Bundesrepublik.

sagen. Ich kann mich hier auf wenige Bemerkungen beschränken. Auch hier können wir an Hand von vielen Tatsachen feststellen, daß die Regierung weder gewillt noch in der Lage ist, die notwendigen sozialen, politischen und wirtschaftlichen Aufgaben in der Bundesrepublik nach einem gewissen Plan durchzuführen und das wirtschaftliche Leben nach bestimmten wirtschaftlichen Prinzipien zu lenken. Das Resultat der sogenannten sozialen Marktwirtschaft steht heute plastisch vor dem ganzen deutschen Volk.

Wir stehen vor der Tatsache der Fehlinvestitionen von Milliarden auf der einen Seite und einer Arbeitslosenzahl von rund 1,8 Millionen auf der anderen Seite, die auch jetzt in dieser Jahreszeit kaum ein Absinken erkennen läßt. Und wie ist es hier, wenn wir Kapitel für Kapitel der wirtschaftspolitischen, der arbeitsmarktpolitischen, der sozialpolitischen Arbeiten der Regierung und des Parlaments durchgehen?

Wir stoßen auch hier auf die Tatsache, daß die Initiative zur Überwindung der wirtschaftlichen Krise, die mit ihrem Andauern mehr und mehr das politische Leben belastet und die Demokratie gefährdet, zur Überwindung dieses Zustandes nur mit dem größten Zögern und widerwillig und ungenügend von der Regierung ausgegangen ist. Wir haben ein Arbeitsbeschaffungsprogramm, aber, Genossinnen und Genossen, dieses Arbeitsbeschaffungsprogramm ist vom Bundeskanzler dem Bundestag vorgelegt worden, als er durch eine große Anfrage der Sozialdemokratischen Partei zur Beantwortung dieser Anfrage veranlaßt wurde, und die Behauptung, daß dann ein Programm vorgelegt wurde, das bereits Wochen zuvor in allen wichtigen Einzelheiten festlag, ist nicht wahr. Auf Wunsch der Bundesregierung wurde damals die Beratung unserer Interpellation um zwei Tage verschoben, und in diesen zwei Tagen ist das als Arbeitsbeschaffungsprogramm fabriziert worden, was dann der Bundeskanzler dem Bundestag vorlegte, und, Genossinnen und Genossen, unsere Warnung von damals, daß die Aufzählung von Mitteln und Fonds, von Arbeitsgelegenheiten, die andere durchzuführen haben, nicht ausreiche, ist heute hundertfach bestätigt. Die Regierung kennt die Schwäche der Position. Sie wird ja in den nächsten Wochen neue große Anfragen über Art und Umfang ihrer Auftrags- und Mittelverteilung zu beantworten haben. Der Bundeskanzler hat in der vorigen Woche den Versuch gemacht, jetzt schon den Mißerfolg seines Programms abzuschieben durch den Vorwurf an die sozialdemokratischen Länderregierungen, die hätten nichts getan. Nun, Genossinnen und Genossen, die Antworten der zuständigen Minister oder Kabinette haben den Bundeskanzler und die deutsche Öffentlichkeit davon überzeugt, daß diese Behauptung in keinem einzigen Punkt zu vereinbaren war mit den Tatsachen. Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion hat angesichts dieses Umstandes eine große Anfrage in dieser Angelegenheit eingebracht. Wir stellen die Frage, ob der Bundeskanzler wirklich diese Außerung gemacht hat, zweitens, ob die Bundesregierung diese Außerung gebilligt hat und drittens, auf welche Punkte und Tatsachen der Bundeskanzler diese Behauptung stützt. Diese große Anfrage hat inzwischen den Bundeskanzler veranlaßt, eine echt Adenauersche Antwort zu geben. Er hat nämlich jetzt mit einem Male erklärt, er habe diese Äußerung überhaupt nicht gemacht.

Es ist nicht sehr erfreulich, daß man sich in Deutschland und im deutschen Parlament mit solchen Dingen auseinandersetzen muß. Das bezieht sich nicht nur auf die Frage des Arbeitsbeschaffungsprogramms, sondern auch auf die Frage der Kartellgesetzgebung, auf die Forderung nach Planung und Lenkung und Investitionen, auf die Frage des Wohnungsbaugesetzes, der Heimkehrerfürsorge und auf die Frage der Kriegsbeschädigtenhilfe. Ich könnte Entwurf neben Entwurf im einzelnen erläutern oder Anträge mit den Grundsätzen für die Gesetzgebung, bei denen in diesem Parlament wenigstens eine Fraktion den Versuch gemacht hat, dieses neue Staatswesen auf einem geordneten demokratischen und sozialen Unterbau aufzurichten. Aber unsere Initiative hat immer nur ein sehr zögerndes Nachgeben der Regierung zur Folge gehabt, wenn sie überhaupt darauf eingegangen ist. Hier, auf wirtschaftlichem Gebiet, erleben wir genau wie auf dem Gebiete der

Verwaltung und der Beamtengesetzgebung die erstaunliche Tatsache, daß es nur ein einziges großes wirtschaftliches Gesetz gibt, das der Initiative der Bundesregierung entsprungen ist, nämlich das Gesetz zur Reform der Einkommensteuer. Das ist Geist vom Geiste dieser Regierung und dieser Regierungsmehrheit. Das kann nicht deutlicher gemacht werden als durch die Aufzeigung der Staffelung der Steuersenkung von dem kleinen zu den mittleren und höheren Einkommen. Es kann nicht deutlicher gemacht werden, aus welchem Geist diese Regierung ihre Funktionen erfüllt. Dabei weiß jeder in diesem Volk, - und es müßte jeder an verantwortlicher Stelle als einen dauernden drängenden Druck empfinden, daß wir vor einer Fülle von neuen, unausweichlichen sozialen Aufgaben stehen, daß wir unendlich viel tun müssen auch in finanzieller Beziehung, um der dringendsten Not zu steuern. In diesem Augenblick sehen wir keine soziale Initiative der Regierung, aber eine Herabsetzung des Steueraufkommens zugunsten der hohen Einkommen um rund 900 Millionen D-Mark. Das ist ein Programm, das ist kein Zufall. Ich habe diesen Punkt aufgezeichnet, weil wir uns keiner Illusion hingeben wollen über die Härte des Kampfes, der hier um die demokratische und soziale Gestaltung der Bundesrepublik geführt werden muß. Ich darf als eine Erfahrung unserer bisherigen parlamentarischen Tätigkeit hinzufügen: Es gibt kaum einen Fall, wo die sozialdemokratische Fraktion mit ihren Anträgen in bezug auf die Sozialpolitik oder auf eine gerechte Steuerreform außerhalb der Opposition und innerhalb der Regierungsparteien irgendeine anerkennenswerte Unterstützung gefunden hat.

Wir haben es erlebt, daß die Vorschläge der Gewerkschaften für die Änderung des Steuergesetzes, die sich weitgehend mit den sozialdemokratischen Forderungen decken, nicht einmal die Unterstützung der CDU-Abgeordneten gefunden haben, die aus der Gewerkschaftsbewegung kommen. Ich sage das hier nicht, um irgendeinen besonderen Vorwurf zu erheben. Ich sage es zu unserer eigenen Orientierung, nämlich, damit wir daraus die Konsequenz ziehen, daß wir in dem Kampf gegen die Politik der Regierung, die auf die Erhaltung der Besitzpositionen hinarbeitet, im wesentlichen auf unsere eigene Kraft angewiesen sind.

Im ganzen gesehen, ist es heute, nach neunmonatiger parlamentarischer Arbeit, noch klarer als vor Beginn dieses Abschnittes der Geschichte unseres Volkes. Gewiß, wir werden bei jedem einzelnen Gesetzentwurf, um jede Einzelposition in der Errichtung unserer Vorstellungen zu kämpfen haben, und wir werden um jede Einzelposition kämpfen. Aber im Grunde zeigt gerade die Entwicklung und die Praxis der parlamentarischen Arbeit in Bonn, daß es nicht um ein Mehr oder Weniger demokratischer Gesinnung und Haltung, nicht um ein Mehr oder Weniger an sozialer Einstellung auf der einen oder auf der anderen Seite geht, sondern daß es sich hier offenbart, daß die Frage der Konsolidierung der Bundesrepublik auf demokratischer und sozialer Grundlage die grundsätzlichen Gegensätze zwischen der heutigen Mehrheit und der Sozialdemokratie immer stärker ausprägen. Denn wir können in dieser Situation und bei der Verfassung der Menschen, die heute um die Erhaltung ihrer Vorrechte kämpfen, nicht damit rechnen, daß wir eine genügend breite soziale Basis in Deutschland schaffen, wenn wir nicht darangehen, die politische und die wirtschaftliche Struktur in Deutschland entscheidend in der Errichtung sozialdemokratischer Vorstellungen zu ändern.

Es steht hinter Tausenden Einzelentscheidungen, hinter dramatischen Zwischenfällen, hinter leidenschaftlichen Auseinandersetzungen, hinter der Opposition und der Regierung im Grunde das große entscheidende Problem: In welchem Geiste soll die Bundesrepublik leben: Konservativ und besitzerhaltend, autoritär und restaurierend oder im Geiste des Neubaues, demokratisch und sozial, mit dem Willen, um jeden Preis der Menschenwürde des Letzten und Ärmsten unter uns persönliche Geltung zu verschaffen?

Genossinnen und Genossen! Wir müssen, glaube ich, von der Tatsache Kenntnis nehmen, daß für eine solche Politik in diesem Bundestag keine Mehrheit vorhanden ist. Die Mehrheit des Bundestages ist im Gegenteil unfähig und unwillig. die Konsequenz aus der Tatsache zu ziehen, daß die alte Welt tot ist und daß sie endgültig unter den Trümmern des Dritten Reiches begraben ist.

Es kommt darauf an, daß wir im Volk zur Unterstützung der parlamentarischen Arbeit und zur Stärkung unserer parlamentarischen Position die Kräfte entwickeln und stärken, die für das Neue bereit sind, mit uns zu arbeiten. Das setzt voraus — und darin liegt die große politische Bedeutung der Arbeit unserer Opposition —, daß wir diese Zeit nützen in der Auseinandersetzung mit der Regierung und mit ihrer Mehrheit, in allen Fragen unseres gesellschaftlichen Lebens den konkreten Inhalt unserer sozialdemokratischen Politik immer stärker zu entwickeln.

Es kommt nicht darauf an, daß wir diese oder jene Regierungsvorlage oder Regierungsentscheidung ablehnen, nicht allein, sondern wir müssen in der Lage sein, durch unsere geistige und politische Leistung in jedem Falle und in jeder entscheidenden Frage diese Regierung und diese Mehrheit mit der sozialdemokratischen Alternative zu konfrontieren.

Genossinnen und Genossen! Im entscheidenden Punkt dieser Auseinandersetzungen — ich weiß nicht, wann — wird es zu neuen Auseinandersetzungen kommen müssen, die nur gelöst werden können durch einen neuen Appell an das Volk, damit aus der Erfahrung der Entwicklung des letzten Jahres die Menschen in Deutschland auch ihre politische Konsequenz ziehen können.

Auf diesen Tag hin gilt es, unsere Arbeit auszurichten, und zwar auf der parlamentarischen Ebene, indem wir als Opposition durch unsere tatsächliche Leistung vor aller Welt den Beweis erbringen, daß die Frage der Existenz oder Nichtexistenz der Regierung Adenauer keine Lebensfrage der Existenz der Regierung ist.

Gewiß, die Demokratie in Deutschland ist heute in Gefahr. Aber es gibt einen großen Unterschied gegenüber der Situation der dreißiger Jahre, wenn diese Regierung fällt, weil sie sich nicht mehr stützen kann auf das Vertrauen des Volkes, dann steht hinter dieser Regierung eine alternative Möglichkeit, gestützt auf die Sozialdemokratische Partei, die in ihrer demokratischen und sozialen Zielsetzung und Grundeinstellung eine viel größere Garantie bietet für Freiheit und Frieden in der deutschen Bundesrepublik.

Und, Genossinnen und Genossen, das möchte ich zum Schluß sagen: Die Erreichung dieses Zieles, die Stärkung der Sozialdemokratie für die Übernahme der Regierungsgewalt unter unseren Zielsetzungen, ist eine gemeinsame Aufgabe der Fraktion und der Partei. Wenn wir sie gemeinsam angreifen, dann wird der Tag kommen, an dem in Deutschland das neue Haus unter unseren Prinzipien, mit unseren Zielsetzungen aufgebaut werden kann. (Starker, anhaltender Beifall.)

Vorsitzender Meitmann: Genossinnen und Genossen! Ich danke dem Genossen Ollenhauer für seine Ausführungen. Ihr Beifall hat bewiesen, wie ernst wir sie nehmen und wie sehr wir uns ihrer Bedeutung bewußt sind.

Vorn am Eingang ist eine Schwarze Tafel, auf der die Namen jener Delegierten vermerkt sind, die von ihren Bekannten hier erwartet werden oder gesprochen werden wollen.

Wir treten nun in die Mittagspause ein. Vorher kann ich Ihnen aber noch die Freude bereiten, ein Telegramm zu verlesen, das soeben eingegangen ist:

"An Parteitag der Sozialdemokratischen Partei, Herrn Dr. Kurt Schumacher, Hamburg. Dank für telegraphische Wünsche. Bedaure sehr, wegen Krankheit am Parteitag nicht teilnehmen zu können. Wünsche den Verhandlungen größten Erfolg. In treuer Verbundenheit Hans Böckler." (Beifall.)

Genossinnen und Genossen! Dieses Telegramm und diesen Gruß empfinden wir alle, die wir ja auch alle gewerkschaftlich organisiert sind, als einen treuen und kameradschaftlichen Händedruck.

Genossinnen und Genossen! Wir treten jetzt in die Mittagspause ein. Ich bitte die Delegierten, sich so einzurichten, daß wir alle Punkt 15.00 Uhr die Verhandlungen wieder aufnehmen können.

Ende der Vormittagssitzung: 13.40 Uhr.

## Nachmittagssitzung

Vorsitzender Schönfelder: Wir nehmen unsere Verhandlungen wieder auf. Genossinnen und Genossen! Ich habe Ihnen zunächst mitzuteilen, daß der Genosse Percy Knight aus England eingetroffen ist. Ich begrüße ihn; er wird morgen früh zu uns sprechen. (Beifall.)

Dann werde ich darauf aufmerksam gemacht, daß noch nicht alle Delegierten den Fragebogen abgeliefert haben. Das soll unverzüglich geschehen. Außerdem wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Genossen ihr Interesse doch den Ausstellungen zuwenden möchten, die im ersten Stock veranstaltet sind, und zwar eine Plakat-Ausstellung durch die Propaganda-Abteilung, die Ausstellung der Konzentration, eine Ausstellung von Buch- und Zeitschriften der GEG, der "Naturfreunde" und der "Falken".

Genossinnen und Genossen! Dann hat die Mandatsprüfungskommission gebeten, noch einmal das Wort zu erhalten.

Alex. Voelker, Berlin: Es sind noch einige Unklarheiten zu beseitigen. Wir bitten die Genossen Gareis, Feldmann, Fischer und Pfeifer und den Genossen Herder von Oberpfalz sowie den Genossen Brinkmann, sofort in das Büro des PV zu kommen, damit wir den Bericht abschließen können.

Vorsitzender Schönfelder: Genossinnen und Genossen! Bei der Debatte, die wir jetzt über beide Referate eröffnen, stehen mit zur Diskussion die Anträge 22 bis 41, mit Ausnahme der Anträge 30 und 37, außerdem der Antrag 60 und die Entschließung Nr. 70, die — glaube ich — jetzt verteilt wird.

Dann darf ich die Redner - es sind deren 18 vorgemerkt - bitten, daß sie nach Möglichkeit darauf Rücksicht nehmen, daß wir die Debatte auf der jetzigen Nachmittagstagung erledigen möchten, damit morgen früh die Schlußworte gesprochen werden können. Ich mache auf die Geschäftsordnung aufmerksam. In der Geschäftsordnung steht unter Ziffer 6: "Die Redezeit für Diskussionsredner beträgt zehn Minuten." Ich betone, daß das nicht eine Pflicht, sondern ein Recht ist, und wenn man mit fünf Minuten auskommt, so wird das auch insbesondere hier beim Präsidium sehr beliebt sein. Parteivorstand und Präsidium haben den Wunsch, der Debatte keinen Zwang anzulegen, sondern möglichst ausführlich zu debattieren. Aber es ist vielleicht doch vorteilhaft, wenn zahlreiche Redner mit weniger Minuten auskommen als wenige mit zahlreichen Minuten. Wenn Sie diese freundlichen Worte des Präsidiums berücksichtigen wollen, dann glaube ich, wird hier eine fruchtbare Debatte stattfinden. Ich habe den Eindruck, daß unsere Tagung kraft der politischen Reife und politischen Disziplin der Abgeordneten ein vorteilhafteres Bild darstellt als die Versammlung in Bonn, Diesen Charakter und dieses Niveau. meine ich, sollten wir auch für den weiteren Parteitag beibehalten. (Beifall.)

Ich eröffne nunmehr die Diskussion.

Das Wort hat der Genosse Jacobi, Iserlohn.

Darf ich noch darauf hinweisen: Wir werden uns erlauben, bei neun Minuten ein kleines Zeichen zu geben und hoffen, daß dann der Redner mit Riesenschritten dem Ende seiner Rede zueilt.

Werner Jacobi, Iserlohn: Genossinnen und Genossen! Der Genosse Schumacher hat uns im Verlaufe seines Referates die Mitteilung gemacht, Herr Dr. Adenauer habe den Wunsch geäußert, daß diese Konferenz zu einer Reihe von Fragen, besonders zur Frage des Beitritts zum Europarat, eine andere Haltung einnehmen möchte, als sie bisher in Erklärungen unseres Parteivorsitzenden zum Ausdruck gebracht worden ist. Es ist rührend, wie stark Herr Dr. Adenauer Wert darauf legt, daß dieser Konferenz von der Parteileitung der SPD keine Fesseln angelegt werden. Er ist auf diesem Gebiet offensichtlich geschult an seiner eigenen Praxis in der CDU, und man weiß bei seinen Ratschlägen nie, ob er als Bundeskanzler oder als Parteiführer spricht. (Zuruf: Doch, man weiß es!) Als Bundeskanzler steht es ihm nicht an, sich in Fragen parteipolitischer Konferenzen einzumischen, und als Parteiführer der CDU sollte er erst recht schweigen, weil er von

vornherein im Verdacht steht, nicht aus sichtlicher Argumentation seine Ratschläge zu erteilen. Der Genosse Schumacher hat vom politischen Dilettantismus auf dem Gebiete der Außenpolitik gesprochen und von der sozialen Passivität der Bundesregierung als einem Gefahrenherd für die Weiterentwicklung der Demokratie in Deutschland. Nun, ich glaube, wir alle haben den Eindruck, daß diese Passivität und dieser Dilettantismus sich leider nicht auf die Gebiete beschränken, die hier heute erörtert worden sind und - was die Ausführungen des Genossen Ollenhauer sehr deutlich gemacht haben - daß eigentlich überall das Recht und die Pflicht zu einer scharfen Kritik gegenüber der Politik der Bundesregierung besteht. Wir wissen, daß in den Reihen der Bundesregierung und in den Reihen der Regierungsparteien Meinungsverschiedenheiten der vielfältigsten Art bestehen, aber wir wissen auch zugleich, daß vor allem, wenn Wahlkämpfe kurz bevorstehen, sich solche heterogenen Elemente sehr rasch einig sind, wenn es nämlich darauf ankommt, einer geschlossenen Front der deutschen Sozialdemokratie entgegenzutreten. Wir haben gerade bei Herrn Dr. Adenauer schon vor Wochen erlebt, daß er in gewisser Weise den Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen präjudiziert hat dadurch, daß er in einer Rede auf die besonderen christlichen Aufgaben dieses Landes an Rhein und Ruhr hingewiesen hat und damit, wie zur Zeit des Wahlkampfes, die vorparlamentarischen Kräfte ins Rennen zu bringen versuchte. Wir wissen darüber hinaus, daß die bevorstehenden Wahlkämpfe sehr stark beeinflußt werden von einer allgemeinen Kritik den politischen Parteien gegenüber generell und daß wir uns mit diesen Dingen auseinandersetzen müssen. In ihrem Kern geht die politische Ahnungslosigkeit weiter deutscher Kreise allerdings auf die politischen Konzeptionen der Alliierten im Jahre 1945 zurück. Damals ist Entscheidendes versäumt worden. Damals wurde nichts getan, um die Voraussetzungen zu schaffen für eine geistige und politische Erneuerung unseres Volkes. Ich brauche nur auf die Entnazifizierung und auf die Tatsache hinzuweisen, daß heute hohe Amts- und Würdenträger der NSDAP wieder weitgehend in Rang und Ansehen sind. Ich brauche nur darauf hinzuweisen, daß man, der Öffentlichkeit meist unbekannt, Prozesse wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit, begangen an alliierten Personen, angestrengt hat, während man es nicht verstand, dem deutschen Volk begreiflich zu machen, daß man mit derselben Empörung bereit war, Stellung zu nehmen gegen Verbrechen, die vordem an Deutschen von Deutschen begangen worden sind.

Genossinnen und Genossen! Diese große Chance, die sich 1945 den Alliierten bot, um dem deutschen Volke die Tiefe seines Falles begreiflich zu machen, um in seinen Augen die Erkenntnis der furchtbaren Taten des Naziregimes zu fördern, diese große Chance ist vertan worden. Wir haben den Eindruck, daß man auch jetzt nicht bereit ist, daraus eine Lehre zu ziehen. Was soll man beispielsweise dazu sagen, wenn die Alliierten nicht nur gestatten, sondern auch fördern, daß altund neofaschistische Elemente sich wieder breitmachen? Was soll man dazu sagen, wenn beispielsweise in dem sogenannten deutschen Arbeitsdienst, in dem GCLO - etwa am Niederrhein, in der Nähe von Düsseldorf - Leute zum Teil hoch dotiert werden, die im Augenblick dabei sind. Saalschutzformationen für die Herren Remer, Dorls und Genossen zu bilden? Was soll man dazu sagen, wenn eine solche reaktionär-faschistische Gruppenbildung noch finanziell unterstützt wird, wenn beispielsweise die Kontrolle dieser Gruppen im Rheinland durch einen Mann erfolgt, der viele hundert Mark Gehalt bezieht als Mitglied und Führer dieser Arbeitsdienstgruppen, obwohl er vor 1945 der politische Berater des ehemaligen Gauleiters Florian gewesen ist? Das ist nur ein Beispiel für viele, aber dieses Beispiel sollte uns zum Nachdenken bewegen hinsichtlich der eigenen Verpflichtung. Wir müssen uns darüber klar sein, daß es gerade gegenüber diesen jungen Menschen, die in die Fangarme von politischen Hasardeuren zu geraten drohen, unsere Pflicht ist, uns mit ihren Sorgen zu beschäftigen. Ich begrüße die positive Erklärung, die Genosse Schumacher in bezug auf die Notwendigkeit der politischen Erziehung der deutschen Jugend heute erneut abgegeben hat. Um diesen jungen Menschen zu

helfen, ist es notwendig, unsere politischen Forderungen und Ziele an sie heranzubringen. Es ist auch notwendig, ihnen begreiflich zu machen, daß wir auch in der Politik des reinen Alltags unsere politischen Ideale nicht vergessen. Wenn Parteimitglieder — und es gibt gelegentlich auch bei uns soche — ihre öffentliche Funktion für die persönliche Bereicherung mißbrauchen, dann gehören sie schleunigst hinauskomplimentiert. Und wenn beamtete Genossen - und es gibt solche gelegentlich auch bei uns - vergessen, was sie uns an Haltung und Gesinnung schuldig sind, dann sollten wir sie "auf Vordermann" bringen und bereit sein, zu erklären, daß wir mit solchen Leuten als Partei nichts gemein haben, damit uns ein solches menschliches Versagen, das es überall gibt, nicht als ein selbstyerständlicher Annex sozialdemokratischer Politik angekreidet werden kann. Ich bitte Sie, in der täglichen Politik daran zu denken, daß es in der Tat nottut, auch in den eigenen Reihen kritisch zu sein. Wenn wir dazu kommen, bei den kommenden Wahlentscheidungen die Möglichkeit zu haben, gemeinsam die Angriffe unserer Gegner abzuwehren, wenn wir so die Politik im alltäglichen betreiben, wenn wir uns nicht darauf beschränken, unsere Ideale auszubreiten, wenn wir Wert darauf legen und es fertig bringen, diese Ideale im täglichen Leben vorzuleben. dann wird man uns nicht bezwingen können. (Beifall.)

Vorsitzender Meitmann: Das Wort hat Max Brauer. Ihm folgt Löbe, Berlin. Max Brauer, Hamburg: Genossinnen und Genossen! Ich kann zu den zwei großen Referaten, die wir gehört haben, nur Stellung nehmen, indem ich eine Frage hier zur Erörterung stelle. Das ist die Frage des Europa-Rats. Im Gegensatz zum Genossen Schumacher bin ich der Meinung, daß die Ablehnung, nach Straßburg zu gehen, geradezu ein Unglück und eine falsche Politik ist. Dieses Urteil ist nicht bestimmt durch den Rat der Alliierten, auch nicht bestimmt durch den Appell von Herrn Adenauer, sondern durch ganz andere Erwägungen. Und ich möchte dafür einen Kronzeugen anführen, der Ihnen bestimmt in der sozialistischen Bewegung als ein Lehrmeister erscheint.

Das letzte Buch, das der Genosse Kautsky in seinem Leben hinterlassen hat, das aus seinem Leben kaum bekannt ist, heißt "Sozialisten und Krieg". Aus diesem Buche möchte ich folgende Sätze herausnehmen, die sich mit dem Völkerbund als Siegerbund beschäftigen. Und es heißt dort:

"Als ursprüngliche Mitglieder des Völkerbundes wurden in der ihn begründenden Urkunde, dem Versailler Friedensvertrag, nur die Siegerstaaten genannt. Und eine Aufforderung, ihm beizutreten erhielten zunächst nur Staaten, die im Kriege neutral gewesen waren. An die Besiegten erging keine derartige Aufforderung; es wurde ihnen nur gnädigst in Aussicht gestellt, sie könnten später zugelassen werden, wenn sie Garantien für ihr "Wohlverhalten" gäben. Am ehesten durften dann Österreich und Bulgarien dem Völkerbund beitreten (1920), Ungarn erst 1922, das Deutsche Reich 1926, die Türkei gar erst 1932.

Wer sich nicht daran gewöhnt hatte, eine Einrichtung daraufhin anzusehen, welche Möglichkeiten und Aussichten sie in ihrem Schoß birgt, wer nur den Augenblick der Gegenwart in Betracht zog, der kam leicht zu der Überzeugung, der Völkerbund sei nur ein Werkzeug der Sieger, nur ein Mittel, die Friedensdiktate zu garantieren. In den Ländern der Besiegten und vielfach auch der Neutralen war diese Anschauung lange allgemein. Sie führte zum Widerstand gegen den Eintritt in den Völkerbund. Selbst bei manchen Sozialdemokraten fand dessen Ablehnung Eingang, obwohl die Idee des Völkerbundes ihren Grundsätzen entsprach. Allerdings wollten sie einen Völkerbund, jedoch nicht diesen. Leider muß jeder Politiker, der fruchtbare Arbeit leisten will, stets mit den jeweils gegebenen Machtverhältnissen rechnen, nicht um sie willenlos hinzunehmen, sondern um ihnen die Methoden des Kampfes für die eigenen Grundsätze anzupassen und diesen dadurch wirksam zu gestalten."

Das sagte Kautsky zu den damaligen Debatten über den Eintritt in den Völkerbund.

Und die Parallele für Straßburg ist so überzeugend, daß man kaum dazu etwas zu sagen braucht. (Ja- und Nein-Zurufe.)

Was uns hier als Straßburg und Europa-Rat geschildert ist, sieht aus, als ob die Deutschen in eine Folterkammer gelockt werden sollten. Es ist das Wort gefallen, Straßburg sei dann wieder völlig unbedeutend.

Genossen! Für mich ist Straßburg der Ausgangspunkt großer Möglichkeiten, und wenn wir diese Möglichkeit ungeachtet lassen, dann befolgen wir eine Taktik des Sich-Isolierens und des Beiseite-Stehens, die uns nicht vorwärtsbringt.

Die zweite Frage ist die Saar. In jedem Wort, das über Deutschland, über die deutsche Einheit und über die Saar gesagt wurde, muß ich dem Genossen Schumacher zustimmen. Ich halte es für völlig ausgeschlossen, daß wir jemals diese Regelung, die man dort jetzt versucht, von deutscher Seite aus akzeptieren können.

Was wir fordern müssen, ist letzten Endes die Durchsetzung des Selbstbestimmungsrechtes. Und ich glaube, daß die Entwicklung dazu führen wird, daß in wenigen Jahren man erkennen wird, in einer Zeit, in der die Kolonien aufgegeben werden, weil die Kolonialvölker sich freimachen, da kann man nicht mit kolonialen Zuständen in Europa wieder beginnen.

Ich akzeptiere nicht die Koppelung, wenn ich nach Straßburg gehe, daß ich zur Saarregelung Ja sage, sondern wenn jemand als Sozialdemokrat nach Straßburg geht und wenn dort die Deutschen erscheinen, dann müssen sie die Auffassung vertreten, daß die Anwesenheit von Saarvertretern in keiner Weise an dem deutschen Standpunkt ein Jota ändert. Genossen, man kann nicht sagen, es muß, wenn wir nach Europa gehen, bereits das Maximum von Demokratie da sein. Europa tritt nicht ins Leben als eine perfekte Institution, sondern Europa muß mühsam errungen und erkämpft werden, und zwar nicht als eine Utopie, die von einem zum anderen Tag perfekte Wirklichkeit wird.

Ich kann auch nicht anerkennen, daß die Mitgliedschaft und die Betätigung im Europarat dazu führen kann, zu sagen, damit sind wir mit Gedeih und Verderb dem Atlantikpakt verhaftet. Auch diese Koppelung kann ich nicht für das Gegebene ansehen.

Hier ist gesagt worden, wir wollen dem Frieden dienen. Ganz selbstverständlich wollen wir das. Auch da gehe ich an dem Buch "Sozialisten und Krieg" nicht vorüber. Dieses Buch von Kautsky sagt:

"Darum fällt dem internationalen Proletariat und seiner Organisation, der Sozialistischen Internationale, die Aufgabe zu, den Kampf um den Frieden so intensiv und mit solcher geistigen Überlegenheit zu führen, daß es dabei zum Führer der Menschheit wird."

Dieser Kampf um den Frieden wird gleichzeitig ein Kampf um die Freiheit in allen Staaten sein müssen, ein Kampf um die internationale Demokratie.

Es ist vom Genossen Schumacher gesagt worden, unser Nein sei ein konstruktives Ja. Ich halte es damit: Eure Rede sei ja, ja oder nein, nein; und was darüber ist, das ist vom Übel.

Genossen, ich bin auch beglückt, daß Genosse Schumacher in der Frage des Schuman-Vorschlages zumindest sagt, diese Dinge sind einer ernsten Prüfung wert. Und das Entscheidende, was ich zu diesen Dingen in bezug auf Europa zu sagen habe, ist das, daß die Idee Europa unser sozialistisches Gedankengut ist, und daß wir unserer Jugend diesen Weg zeigen müssen, damit wir der Bewegung nach Europa und der Menschheit hin den großen Elan geben, den dieses Europa und diese geschlagene Jugend braucht. (Beifall.)

Genossen! Es ist hier das Wort von der Gleichberechtigung gefallen. Ich bin ganz gewiß der Letzte, der da sagt, daß irgendwo, wo die Deutschen erscheinen, oder irgendwo, wo sie mit den Alliierten in Kontakt kommen, sie aus einem inferioren Komplex in Sack und Asche gehen müssen. Das brauchen die deutschen Sozialdemokraten am allerwenigsten.

Aber eines möchte ich doch sagen: Wir befinden uns fünf Jahre nach der größten Katastrophe, die die Menschheit je erlebt hat. Die Liquidierung eines solchen Krieges ist nicht eine Angelegenheit, die man über Nacht macht. Das sind Fakten, diese Millionen Opfer und dieser schwere Gegensatz, der sich zwischen den Völkern aufgetan hat.

Es steht uns nicht an, immer die Beleidigten und die Gekränkten zu sein. Genossen, wir wollen kein Unrecht hinnehmen, und vieles, was in Jalta und Teheran getan worden ist, war nichts als die Annahme der Naziphilosophie seitens der Siegermächte und damit das Unglück für Europa.

Das können wir ihnen sagen, aber wir wollen doch nicht vergessen, daß schließlich die deutsche Diktatur und im Namen des deutschen Volkes Hitler diesen Krieg entfesselt hat. Wir Sozialdemokraten haben dagegen gestanden und gekämpft. Aber da drüben sieht man Deutschland und das deutsche Volk.

Ich kann nur sagen, ich bedaure, wenn der Parteitag die Entscheidung trifft, daß wir sagen, nicht mit Europa, sondern beiseite stehen. (Widerspruch.)

Wir brauchen nicht hinter Herrn Adenauer zu gehen, sondern wir sollten vorangehen und aus dem Europarat mit unseren sozialistischen Genossen in der ganzen Welt das Instrument machen, das uns von der Enge der nationalistischen Politik hinweghebt und den Weg für die europäische Entwicklung breit aufmacht.

Vorsitzender Meitmann: Das Wort hat jetzt Paul Löbe, Berlin; ihm folgt Brandt, Berlin.

Paul Löbe, Berlin: Genossinnen und Genossen! Die eindringlichen, tiefgründigen Ausführungen des Genossen Schumacher, die wohl jeder einzelne von uns als eine bewundernswerte geistige und körperliche Leistung empfunden hat — haben meine sachlichen Zweifel nicht erschüttern können. Ich bin der Meinung, daß die deutsche Sozialdemokratie einen andern Weg gehen muß, als ihn Schumacher uns empfahl. Ich will die Straße nach den Vereinigten Staaten von Europa gehen, auch durch den Rat von Straßburg.

Warum? Ich stimme der Kritik, die Genosse Schumacher an dem Rat geübt hat, in allem zu — ich fühle, daß die Siegermächte, die Franzosen, oder ein Teil von ihnen, etwas in das Projekt hineingeworfen haben von dem, an dem wir die alte Konstellation Sieger gegen Besiegte erkennen, statt eine europäische Gemeinschaft.

Ich kenne die Mängel der Satzungen des Rates von Straßburg, und ich weiß, daß wir nur als assoziiertes, nicht als alliiertes Mitglied zunächst dort beitreten müssen. Trotzdem kann ich dem Schluß nicht zustimmen, den unser Freund Schumacher daran geknüpft hat. Wir werden diese Mängel, wird werden unsere Ausstellungen, unsere Beschwerden und unsere Forderungen mit ganz anderer Aussicht auf Erfolg anbringen können, wenn wir in der Korporation sitzen und sie nicht von draußen angeben, ohne drinnen mitsprechen zu können.

Ich möchte konkret sagen, kurz: Ich möchte, Kurt, daß Du Deine faszinierende Rede nicht nur in Hamburg und in Bonn, sondern daß Du sie in Straßburg hältst! Das ist das Forum, vor das sie gehört. Dort müssen wir unsere Forderungen, sei es die Einheit Deutschlands, seien es die allgemeinen Wahlen, vertreten. Wir sind über diese Dinge einig, bei uns wirst Du dafür immer einstimmigen Beifall finden.

In Straßburg — vielleicht wirst Du ein wenig mildere Formulierungen finden als die, in denen Du zu uns gesprochen hast. —

Aber immerhin - es wird nützlich sein.

Der zweite Grund, Genossen, scheint mir: Die Vereinigten Staaten von Europa sind ein so hohes, so großes, sie sind das wichtigste Ziel der Gegenwart, daß wir uns auch durch Kinderkrankheiten, durch Geburtswehen, durch Fehler von Adenauer usw. nicht abhalten lassen wollen, diesem großen Ziel all unsere Kräfte zu weihen.

Vergessen Sie nicht, daß die deutsche Jugend durch die Abnutzung alter politischer Forderungen indifferent geworden ist, daß sie gerade an diesem Ideal festhält, und ich möchte ihnen, die sich davon materielle und ideelle Fortschritte er-

hoffen, diese Hoffnungen nicht aus der Hand schlagen. Was ich fürchte, ist, daß wir in eine Sackgasse geraten. Mir schwebt dabei das Wort Scheidemanns vor: "Die Hand soll verdorren, die diesen Friedensvertrag unterzeichnet", und wenige Monate später mußten Ebert und Hermann Müller ihn unterzeichnen, ohne daß ihre Hand verdorrte. Wir sprechen heute von der überstaatlichen Wirtschaft. Man soll daran denken, wie zwischen Stinnes und Menoux auf der anderen Seite Loucheur die ersten Anknüpfungen nach dem Ruhrgebiet führten, was auch wie eine kapitalistische Verschwörung aussah, und sie endeten in der Völkerbundspolitik Stresemanns, die wir weitergeführt haben, als er von seinen eigenen kapitalistischen Freunden verlassen wurde.

Werte Genossen! Diese Entwicklung möchte ich vermeiden. Ich möchte darauf hinweisen, daß Bedingungen auch ihre Kehrseite haben können. Damals, als wir in den Völkerbund eintraten, wurden auch Bedingungen gestellt, aber wir erhielten einen Sitz im ständigen Rat, und als man ihn uns gab, trat der erste der großen Staaten, der für diesen Sitz auserkoren war, Brasilien, aus dem Völkerbund aus, und seine Universalität wurde zum erstenmal geschwächt — eine Entwicklung, die dann leider ihre Fortsetzung gefunden hat.

Ich kann es aus all diesen Gründen nicht als ein Glück für die Partei ansehen, wenn wir diesen Weg beschreiten. Mir scheint es schwer, dem deutschen Volke, unsern Wählern, ja vielen unserer eigenen Genossen die taktischen Winkelzüge klarzumachen, die mit einem politischen Problem verbunden sind für den. der aktiv an erster Stelle steht. Und übersehen Sie eins nicht: Alle unsere Genossen in Europa stehen bittend vor uns: Kommt zu uns! Wir verstehen euch nicht. Die französischen, die englischen, die holländischen, die belgischen, die Genossen aller anderen Länder verstehen unsere Haltung nicht. Sie sagen: Kommt zu uns, ihr sollt an unserer Seite sitzen, denn in dem Kampf, der auch in diesem Gremium geführt wird zwischen Kapital und Arbeit, damit wir eure Hilfe und Mitwirkung haben. Es gibt welche, die sich aus dieser Situation herausstehlen wollen, die sagen: Na, wenn Adenauer den Beitritt vollzogen hat, werden sie auch genötigt sein. Leute aus unseren Reihen für die 18 Sitze vorzusehen. Genossen, die Situation scheint mir eine schiefe, gleich der der Bayern zu sein, die das Grundgesetz zuerst abgelehnt haben und jetzt auf Grund des Grundgesetzes alle ihre Forderungen anmelden. Wir weisen sie immer auf den Widerspruch dieser Haltung hin und sollten diese Haltung nicht selber betätigen.

Das sind nur einige Argumente, die mich bewegen, Ihnen einen anderen Rat zu geben. Ich weiß, Kurt wird uns im Schlußwort ordentlich zerzausen; er wird uns für primitiv und mich vielleicht für leicht senil halten (Heiterkeit), aber, werte Genossen, ich habe zusammen mit Coudenhove, der trotz aller Fehler, die er später gemacht hat, doch der Pionier des Gedanken von dem vereinten Europa war, ein Jahrzehnt die deutsche Gruppe dieser Europavereinigung geführt. Ich bin nicht fähig, heute zu sagen: Solange es Propaganda war, solange es Theorie war, hast du an der Stelle gestanden. Ich möchte, daß, wenn der Tag kommt, von dem Ollenhauer in seinem prachtvollen Vortrag sagte, der Appell an das deutsche Volk, daß es keinen deutschen Wähler mehr gibt, der bezweifeln könnte, daß wir diesem Gedanken nicht nur theoretisch gedient haben, sondern daß wir unsere praktische Mitwirkung gezeigt haben bei der Schaffung einer besseren Zukunft Europas. (Beifall.)

Vorsitzender  $Sch \ddot{o} n felder$ : Das Wort hat Willy Brandt. Ihm folgt Dr. Heydorn, Hamburg.

## Willy Brandt, Berlin:

Genossinnen und Genossen! Ich habe zunächst den Auftrag, einiges zur Begründung des Antrages Nr. 33 vom Landesverband Berlin zu sagen. Der Antrag befindet sich auf Seite 7 der Vorlage Nr. 5, aber obgleich er insgesamt nur aus acht Zeilen besteht, sind in den acht Zeilen zwei Druckfehler enthalten. Ich darf den Antrag so verlesen, wie er lauten soll:

"Der Parteivorstand wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit der Bundestagsfraktion unverzüglich ein Arbeitsbeschaffungsprogramm für die dringlichsten politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Fragen auszuarbeiten. Es muß die Grundlage des nächsten Wahlkampfes sein, den Klärungsprozeß im deutschen Parteileben fördern und richtungweisendes sozialdemokratisches Regierungsprogramm werden."

Wir möchten Euch bitten, Genossinnen und Genossen, diesem Antrag zuzustimmen, aber nicht als einer Angelegenheit der Propaganda oder der Taktik, sondern als einer Angelegenheit der politischen Strategie.

Das politische Problem, so, wie es sich vielen von uns darstellt, besteht doch wohl darin, zu verhindern, daß wir alle die Widerstandskräfte gegen eine demokratisch-sozialistische Lösung in diesem Lande gegen uns zusammenschweißen. Unsere Aufgabe muß doch wohl in erster Linie darin bestehen, das gegnerische Lager so stark wie möglich zu differenzieren, uns zu stärken und das Zusammenwirken mit anderen Kräften zu ermöglichen. Ich glaube, wir kommen zu dem Ziel, das wir uns gesteckt haben und von dem heute morgen in überzeugender Weise zu verschiedenen Fragen die Rede war, nur dann, wenn unsere Politik von dem unerschütterlichen Willen und dem festen Vorsatz getragen ist, daß das, was wir wollen, noch realistischer, noch sachlicher, noch positiver, noch konkreter entwickelt werden muß. Wir brauchen das Aktionsprogramm, das im einzelnen erst von uns noch zu schaffen ist, wenn wir nicht in einer sehr unangenehmen Lage uns befinden wollen an dem Tage, wo die Regierung Adenauer durch eine sozialdemokratisch geführte Regierung abgelöst wird. Im kommenden Wahlkampf und in den Auseinandersetzungen müssen wir der Bevölkerung wirklich an Hand von bis ins einzelne gehenden Ausarbeitungen darlegen, wie wir es anders machen wollen, wenn wir die Regierungsgeschäfte in der Hand haben.

Ich will nicht der Mittwoch-Debatte vorgreifen, aber es geht vielleicht manchem Genossen ähnlich wie einem Teil von uns in der Berliner Delegation. So sehr wir die grundsätzlichen Richtlinien des wirtschaftspolitischen Ausschusses zur Frage der Vollbeschäftigung unterstreichen, so entscheidend wichtig erscheint uns doch auf der anderen Seite die Konkretisierung zu sein, wie sie etwa von den Hamburgern angedeutet worden ist in der zusätzlichen Vorlage, die uns gestern unterbreitet wurde. So wichtig es sein mag, wie zwei der Antragsteller fordern, die Diskussion über ein grundsätzliches Programm zu führen, so sehr sind wir doch der Auffassung, daß ein Arbeits-, ein Aktionsprogramm der Partei, das den Weg vom Propagandistischen und überwiegend Polemischen zum Konstruktiven zeigt, zu dem allervordringlichsten gehört, was die Partei zustande bringen muß.

Nun gestatten Sie mir ein paar Bemerkungen zur Europafrage. Ich muß erklären, daß ich den Ausführungen und Auffassungen des Genossen Schumacher zu dieser wichtigen Frage nur zu zwei Drittel folgen kann, aber ihnen nicht im letzten Drittel zu folgen vermag. Ich bin damit einverstanden, daß wir schärfsten Protest im Bundestag und wo auch immer über die Frage des Eintritts gesprochen wird, zum Ausdruck bringen gegen die willkürliche Regelung an der Saar und gegen die Verkoppelung von Saar und Europarat. Ich bin weiter einverstanden, daß wir deutlich zum Ausdruck bringen, daß Straßburg kein guter und kein gesunder Start der europäischen Zusammenarbeit ist, daß die eigentlichen Probleme erst nach Straßburg kommen. Einige könnten schon heute deutlich umrissen werden. Eines dieser Probleme ist der Marshall-Plan, der auch keine ideale Angelegenheit ist. Dennoch haben wir zu ihm "ja" gesagt und werden "ja" sagen zu seiner möglichen Weiterführung im Jahre 1952.

Wir begrüßen es, daß die Frage der deutschen Remilitarisierung von der Tagesordnung der Londoner Konferenz abgesetzt worden ist. Aber wir können auf der anderen Seite nicht darum herumkommen, daß die Frage der Sicherheit des Westens uns als Betroffene im höchsten Maße interessiert und uns zu ernsten Überlegungen veranlassen muß. Schließlich sollten wir betonen — das gehört auch zu den nicht strittigen Punkten —, daß, wenn es trotz des Protestes der Sozialdemo-

kratie gegen die Saarregelung zur Einbeziehung der Bundesrepublik in die Straßburger Versammlung kommt, daß damit keine Akzeptierung des deutschen Provisoriums im Westen als endgültige Lösung verbunden sein kann. Es muß unterstrichen werden, daß Berlin nicht, wie es in dem Brief Adenauers vorgesehen ist, außerhalb der Bundesrepublik belassen werden kann, sondern daß Berlin, wenn überhaupt eine Regelung zustande kommt, mit zur Bundesrepublik gehören muß, wie es der Beschluß des Bundestages vom vorigen Herbst forderte.

Das letzte Drittel, bei dem sich die Sache mir etwas anders darstellt, besteht in folgendem: Ich glaube, es ist schwierig, zu sagen, daß wir den Weg nach Straßburg nicht gehen sollten, weil es nur ein Ersatzeuropa repräsentiert. Ein Ersatzeuropa wäre der Westen auch, wenn er eine bessere Konstruktion hätte. Die Aufgabe, das eigentliche Europa zu schaffen über den Küstenstreifen am Atlantischen Meer hinaus, bestünden auch dann. Auch diese Aufgabe könnte wohl nur mit demokratischen Kräften außerhalb Europas gelöst werden. Ich glaube, wir können nicht so weit gehen, daß wir sagen, wir können eigentlich erst mitmachen, wenn es die Möglichkeit einer sozialistisch-demokratischen Solidarität in Europa gibt. Natürlich wäre uns eine solche Entwicklung die liebste, wie sie uns auch in Deutschland die liebste gewesen wäre. Aber wir haben in Deutschland auch Lösungen akzeptiert als Basis unserer Arbeit, die uns vor 1945 nicht vorgeschwebt haben. Ich weiß nicht, ob wir ohne weiteres sagen sollen, daß die deutschen Sozialisten die besten Internationalisten von allen sind. Für meinen Teil wäre es schon richtiger zu sagen: Wir bemühen uns, ebensogut wie die anderen zu sein. Der Anspruch, die Besten zu sein, könnte auch etwas herabsetzend auf andere und gerade auf unsere ausländischen Gäste wirken.

Ich glaube, daß das Ja zu Europa auch zu seinen Ansätzen, die sich auf wirtschaftlichem Gebiet in der OEEC darstellen und politisch vielleicht in Straßburg ergeben kann, gesagt werden müßte und daß dieses Ja neben unseren Bedenken und Protesten zu der unmöglichen Konstruktion, von der die Rede gewesen ist, doch auch deutlich genug bei dem Beschluß des Parteitages zum Ausdruck kommen sollte.

Eine scharfe Auseinanderse zung mit den rückschrittlichen Kräften Europas und über Europa hinaus ist erforderlich. Aber Genossen, die Grundfrage der Auseinandersetzung im Europa von heute und in der Welt von heute ist ja — man kann vielleicht sagen leider — nicht, oder nicht allein die Auseinandersetzung zwischen den Kräften des Sozialismus und denen des Kapitalismus, sondern eine Auseinandersetzung, in der es darum geht, überhaupt die Möglichkeiten einer demokratischen, sozialistischen Entwicklung zu erhalten. Und dazu sollten auch, wo immer erkennbare Ansätze zur Gemeinsamkeit auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete in Westeuropa sind, sie von uns als Ansatzpunkte erfaßt und womöglich positiv weiterentwickelt werden.

Genosse Meitmann: Das Wort hat Heydorn, Hamburg. Ihm folgt Simon Jungen, Castrop.

Heinz-Joachim Heydorn, Hamburg: Genossinnen und Genossen! Auch ich möchte nur zu einem einzigen Punkt der Rede des Genossen Schumacher sprechen, und zwar zur Frage des Eintritts Deutschlands zum Europa-Rat. Auch ich bin der Ansicht, daß wir dem Europa-Rat beitreten sollten, und ich will versuchen, in zehn Minuten die für mich entscheidenden Argumente zusammenzufassen.

Der Europa-Rat — das hat der Genosse Brauer schon gesagt — ist der neue Versuch, unter neuen staatsrechtlichen Formen eine europäische Zusammenarbeit zu schaffen. Er ist in keiner Weise abgeschlossen, sondern er birgt alle Entwicklungsmöglichkeiten in sich. Das muß berücksichtigt werden. Die tragenden Kräfte des Europa-Rats allein werden über seine Zukunft bestimmen, ob nun diese tragenden Kräfte aus unserem Lager kommen werden oder aus dem Lager des europäischen Bürgertums. Aber es gibt einige grundsätzliche Gedanken. Wir wissen, daß es unmöglich ist, das Elend zu sozialisieren und den Sozialismus unter solchen Umständen zu verwirklichen. Wir wissen ferner, daß angesichts der Verflechtung

der europäischen Wirtschaft die Möglichkeiten, die produktiven Impulse des Sozialismus auszulösen, um so größer sind, je größer der Raum ist, in dem sie sich verwirklichen können.

Als 1870 das Deutsche Reich gegründet wurde, war es der reaktionäre preußische Hegemoniestaat, der das größte politische Kapital einbrachte. Und wenn damals Marx unter diesen unglücklichsten Voraussetzungen für ein einheitliches Deutschland eintrat, so deshalb, weil er nicht von einer Augenblickstheorie ausging, sondern von der grundsätzlichen Erkenntnis, daß sich auf die Dauer nur in einem großen einheitlichen Gebilde der Sozialismus verwirklichen könne.

Und zweitens: Die europäische Möglichkeit ist im Augenblick die einzige historische Chance für den demokratischen Sozialismus, in sich ein eigenes politisches Schwergewicht zu bilden. Das scheint mit außerordentlich wichtig zu sein. Der demokratische Sozialismus ist unter den gesellschaftlichen Voraussetzungen, die er mit sich bringt, praktisch auf Europa beschränkt. Nur hier ist daher eine Chance gegeben, Europa nicht nur zu einem Vorzimmer einer atlantischen Organisation zu machen, sondern aus diesem Europa ein eigenes politisches und wirtschaftliches Gebilde zu machen, das mehr ist, als es eine atlantische Organisation jemals sein kann, nämlich Ausdruck einer eigenen politischen Form und eines eigenen politischen Stils, während jedes einzelne europäische Land, wenn es unter nationalstaatlichen Voraussetzungen weiterarbeiten will, früher oder später zur politischen und wirtschaftlichen Liquidation verurteilt ist und damit die Anziehungskraft für den Kommunismus in jeder Form erhöhen muß.

Dagegen steht die Frage der Saar. Ich stimme keineswegs mit der französischen Lösung überein, aber ich mache aus meinem Herzen keine Mördergrube, daß es meiner Ansicht nach ein politischer Anachronismus ist, wenn man im zwanzigsten Jahrhundert die nationale Souveränität zurückfordert.

Man sollte einen positiven Gegenvorschlag machen, nämlich einen detaillierten Vorschlag, wie man die Saar zum Modell einer europäischen Zusammenarbeit machen kann, und die Franzosen beim Wort nehmen mit dem, was sie nämlich behauptet haben, was sie angeblich aus der Saar machen wollten und was sie nicht getan haben. Das ist ein Vorschlag, der mit der Frage der nationalen Souveränität nicht nach gestern zurückweist, sondern der in das Morgen weist, wenn dieses Morgen in Europa überhaupt noch möglich sein soll.

Ich bin der Meinung, man muß aussprechen, was ist, wie Marx einmal sagt, und ich gebe zu, daß auch ich, wie es der Genosse Schumacher so schön gesagt hat, von der Sehnsucht belastet bin, daß die europäischen Sozialisten nach den furchtbaren Enttäuschungen zweier Weltkriege doch noch einmal unsere Hoffnungen in die Wirklichkeit übersetzen können.

Man kann gegen den Plan des Europarates, gegen den voraussichtlichen Schuman-Plan und gegen den Plan des Grafen Coudenhove-Kalergi sehr vieles und mit Recht sagen. Aber wo sind denn die sozialistischen Alternativen zu diesen Plänen?

Es gibt doch keine. Sagen wir das doch ganz deutlich. Sehen Sie doch, wie die COMISCO-Verhandlungen gelaufen sind. Es ist doch so, daß man tatsächlich weitgehend der europäischen Bourgeoisie die Initiative zum Wiederaufbau Europas überläßt. Das sind doch überall, wenn man diese Dinge genau analysiert, nationalpolitische Interessen und nationale Klasseninteressen in einem erschreckenden Ausmaß, wie sie gerade vorgestern in der Stellungnahme des englischen Transportarbeiterverbandes zum Ausdruck kamen und den Versuch darstellen, den eigenen Lebensstandard aus einem desintegrierten und zerstörten Europa zu retten.

Das sind lauter Vorstellungswelten, die nicht dazu geeignet sind, einen wirklichen Weg in die Zukunft zu bahnen. Es scheint mir, da müßte die wirkliche Kritik ansetzen und nicht nur an den bürgerlichen Vorschlägen, die wir vor uns haben. Wir müssen vielmehr fragen: Wo bleibt unsere Initiative, unsere wirklich konstruktive Initiative für den Neuaufbau Europas? Und ich muß es leider und ganz deutlich sagen, daß diese sozialistische Initiative weitgehend seit 1945 ausgeblieben

ist. Ich glaube jedoch, daß hier gleichzeitig die Entscheidung über die Möglichkeit einer eigenen sozialistischen Politik in Europa fällt.

Jedenfalls sind zwei Voraussetzungen nötig. Die eine Voraussetzung ist die, daß die europäischen Sozialisten — und viel Zeit haben wir nicht; denn wir wissen nicht, ob wir nach zwanzig Jahren noch die Möglichkeit haben, auf europäischem Boden frei zu diskutieren — einen echten sozialistischen Alternativplan gegen die bürgerlichen Pläne herauszustellen und sich nicht darauf beschränken, sie nur zu kritisieren. Wir brauchen einen positiven und in die Zukunft weisenden Alternativplan und nicht einen, der sich mit der Frage der nationalen Souveränität beschäftigt.

Zweitens ist es notwendig, daß wir jede Chance, die sich bietet, mit unserem Geist zu erfüllen versuchen. In der Geschichte ist es so, daß nicht die Dinge, wie sie sich im Augenblick entwickeln, entscheidend sind, sondern die Kräfte, die entschlossen sind, sie nach ihrem Willen und ihren Vorstellungen umzuformen.

Ich glaube, daß Millionen von Menschen in Europa vorhanden sind — und daher kommt ein großer Teil der Antipathie und der Verzweiflung —, die infolge der beiden Weltkriege an der Tragfähigkeit und der Lebenskraft der sozialistischen Ideale verzweifelt sind, und daß diese Menschen darauf warten, daß diese Initiative von uns kommt. (Sehr richtig!)

Vorsitzender Meitmann: Das Wort hat Simon Jungen, Castrop. Ihm folgt Eichler, Köln.

Simon Jungen, Castrop: Werte Parteigenossinnen und -genossen! Ich will mich weder dafür noch dagegen entscheiden, ob wir in den Europarat eintreten sollen. (Gelächter) Parteigenossen! Wenn ich trotzdem dazu sprechen will, dann möchte ich nur um eine Aufklärung gebeten haben. Seit Monaten oder fast seit einem Jahr bestehen die verschiedensten deutschen Kommissionen und parlamentarischen Ausschüsse, an denen auch eine ganze Menge unserer führenden Funktionäre beteiligt sind.

Es ist die Frage aufzuwerfen, ob diese Parteifunktionäre, die in diesen Kommissionen nun arbeiten, als Vertreter der Friedensgesellschaft oder als Vertreter der Gewerkschaften oder als Abgeordnete des Bundestages dort teilnehmen und ob sie sich klar oder einig sind über den Weg, den sie dort gehen wollen.

Zum Beispiel hat ja nunmehr eine dieser Kommissionen beschlossen, eine Abstimmung unter der Bevölkerung vorzunehmen.

Ich glaube, es ist einer ganzen Menge Parteigenossinnen und Parteigenossen zur Kenntnis gelangt, daß zum Beispiel jetzt einige Städte in Deutschland darüber abstimmen sollen: Bremen und Castrop-Rauxel, woher ich komme, — ob das deutsche Volk gewillt ist, einem europäischen Staatenbund beizutreten bzw. ein europäisches Parlament zu wünschen.

Wir in Castrop haben nun die Frage zu entscheiden gehabt, als Vertreter des Stadtparlaments, ob wir diese Abstimmung in unserer Stadt dulden sollen oder nicht.

Und da uns keine Direktive von irgendeiner Seite gegeben wurde, haben wir schon diesem Antrage zugestimmt.

Es kommt jetzt darauf an, Parteigenossen, welche Stellungnahme wir nun bei der am 16. Juli stattfindenden Wahl als Partei einnehmen sollen, wie wir uns einzustellen haben, ob wir die nötige Propaganda von seiten unserer Partei machen sollen für die Abstimmung, das heißt, uns für ein Ja einsetzen sollen oder nicht.

Wenn man aber nun die Ausführungen des Genossen Schumacher gehört hat, dann müßte man unbedingt zu der Schlußfolgerung kommen, daß wir unsere Stoßrichtung nicht hätten geben sollen und wir auf der anderen Seite auch nicht propagandistisch die Bevölkerung hätten auffordern sollen, zum mindesten an diese Wahlurne heranzutreten, um einigermaßen ein Ergebnis zu erzielen. Es wäre unbedingt notwendig gewesen, daß wir darüber Klarheit bekommen hätten.

(Zuruf: Ihr hättet nur einfach mit dem Bezirksvorstand zu telefonieren brauchen!) Ja, das weiß ich, aber der Bezirksvorstand hätte genau so Kenntnis haben müssen davon, wie auch andere, die das vorbereitet haben.

(Zuruf: Er ist doch nicht für jeden örtlichen Unsinn verantwortlich!)

Parteigenossen! Ich möchte mich jetzt noch mit einigen Worten zu den Ausführungen des Genossen Ollenhauer äußern, über die parlamentarische Tätigkeit unserer Fraktion in Bonn.

Parteigenossen, ich vermisse vor allen Dingen in unserer Fraktion die Anträge zur Sozialpolitik. Wir leben heute in der Sozialpolitik in derartigen Verhältnissen, die untragbar sind. Ich denke nicht allein an den Ausbau der Sozialgesetzgebung in materialistischer Hinsicht, sondern in den Rechtsfolgen der sozialen Gesetzgebung. Es ist doch heute Tatsache, daß in den Krankenkassenvorständen noch dieselben Leute heute fungieren, die seinerzeit von den Nationalsozialisten dort hineindirigiert worden sind. (Gemurmel, Glocke des Präsidenten: Ich bitte, Ruhe zu bewahren!)

In der Arbeitsgerichtsbarkeit ist es dringend notwendig, daß Änderungen in der Besetzung der Arbeitsgerichte stattfinden. Das trifft sowohl für die Richter zu wie auch für die Beisitzer in diesen Körperschaften. Ich bitte also unsere Fraktion, dahingehend zu arbeiten, daß recht bald in den Versicherungsgerichten sowohl als auch in der Arbeitsgerichtsbarkeit eine vollständige Umänderung und Umbesetzung erfolgen kann, wenn die gesetzlichen Grundlagen dafür geschaffen sind.

Vorsitzender Schönfelder: Das Wort hat der Genosse Eichler.

Willi Eichler, Köln: Genossinnen und Genossen! Konrad Adenauer hat einmal scharfsinnig festgestellt, die Sozialdemokratische Partei scheine ihm heute eine andere zu sein als die der Weimarer Republik. Ich glaube, das ist das einzige, worin wir mit Adenauer übereinstimmen. (Heiterkeit.) Wir müssen, glaube ich, wenn wir den Unterschied feststellen, an eine Tatsache erinnern: Wir sind heute nicht bereit, überall dabei zu sein, nur weil wir glauben, wir müßten versuchen, aus allem, was die anderen aufgebaut haben, das Beste herauszuholen. (Sehr richtig! Beifall.)

Liebe Genossen! Wir müssen, gerade wenn wir uns auf Parteitagen auf unsere Politik besinnen, doch wegkommen von der oberflächenhaften Betrachtung der Politik, sowohl der eigenen als auch der der anderen, und ich bin deshalb sehr erstaunt, daß viele unserer Genossen glauben, in unserer Haltung gegenüber dem Europarat sei etwas anderes zu erkennen als die konsequente Fortsetzung der Linie, die die Sozialdemokratische Partei seit Kriegsende begonnen hat. Es hat sich nichts geändert, weder in der Politik noch in der Beurteilung der Fakten. Der Krieg ist geführt worden, angeblich für die Demokratie gegen den Faschismus, und es ist schon während des Krieges versucht worden, den Faschismus als etwas darzustellen, was er seiner ganzen Natur nach nicht ist, als ein psychologisches Faktum, als eine Art Seelenkrankheit der Deutschen, oder was immer man sich ausgedacht hat. Aber es ist einfach, wie der spanische Genosse Llopis es sagte, nichts weiter als eine der krassesten Verteidigungsformen des kapitalistischen Regimes. (Bravo! — Beifall.)

Nun, Genossen, davon laßt uns doch einmal ausgehen. Direkt nach dem Kriege und schon während des Krieges war es das eiserne Bedürfnis unserer Gegner, zu verhindern, daß nach diesem Kriege etwa der demokratische Sozialismus als die einzige Rettung Europas eine Chance bekommen sollte. (Sehr richtig!) Darin war man sich einig von links bis rechts, von Washington bis Moskau, es gab darin keinen Unterschied, und von Anfang an haben wir doch erlebt, in Deutschland, in unserer Gegend, daß man versucht hat, den Kapitalismus überhaupt nicht zu erwähnen als Ursache unseres Elends, sondern daß man dieses Elend an ein paar Personen geknüpft hat. Schon die Nürnberger Urteile ließen jede praktische Kritik an dem System vermissen, abgesehen davon, daß sie noch insofern unkorrekt waren, als z. B. die Mörder von Katyn nicht genannt werden durften. Die Sozialisierung von Nordrhein-Westfalen hat man verboten, obwohl sie mit Mehrheit be-

schlossen worden ist, und wir haben nach all diesen Bemühungen der Alliierten die alte gute kapitalistische Gesellschaft mit klerikaler Unterstützung erreicht.

So, Genossinnen und Genossen, kam der 14. August des vorigen Jahres, und nun muß ich sagen, daß mich wundert, daß die Alliierten sich dann gewundert haben, als die Sache in Deutschland nicht demokratisch ausging, sondern autokratisch. Das wundert mich in der Tat, und ich möchte den Alliierten in aller Ruhe und Freundlichkeit sagen: Liebe Freunde, wer in dieser deutschen Situation "A"—sagte, der mußte auch "denauer" sagen. (Heiterkeit — Beifall.) Dieses Land ist aufgebaut worden mit der skandalösen Hortungspolitik. Sie hat uns einen Lebensstandard von heute gebracht, in dem drei Viertel der Bevölkerung die Hälfte von 1936 zu verzehren hat und der Rest 110 Prozent und mehr. Es ist eine Hochstapler-Republik, wirtschaftlich von Herrn Erhards Prinzipien aus gesehen. Ich möchte auch die frommen, gerade die katholisch-frommen Staatsbürger der Deutschen Bundesrepublik daran erinnern, daß schon der Kirchenvater Augustin für einen solchen Staat die richtige Bezeichnung gefunden hat, als er sagte: "Ein Staat ohne soziale Gerechtigkeit ist nichts weiter als eine Räuberbande im großen." (Heiterkeit.) Nun, dem ist auch heute nichts hinzuzufügen.

Genossinnen und Genossen! Für Deutschland und Europa können nur die gleichen Prinzipien gelten. Deutschland und Europa ist in diesem Zusammenhang eine nicht zu trennende Angelegenheit. Man hat uns gerade von christlicher Seite erzählt, wir säßen in Deutschland alle in einem Boot. Jawohl, wir saßen im gleichen Boot, nur mit dem Unterschied, daß ein paar Leute auf den bequemen Bänken saßen und der Rest des Volkes bemüht war, das Wasser auszuschöpfen, damit sie nicht alle absoffen. Wir wollen das nicht in Europa. Wo Europa ist, muß eine Gemeinschaft sein, und nun kommt das Argument, ja, der Europarat ist vielleicht der Anfang dieser Gemeinschaft. Nun, Genossinnen und Genossen, wir alle sind nicht gegen den Europarat, weil wir eine Institution erst dann bejahen könnten. wenn daran nichts mehr auszusetzen wäre. Das wäre natürlich Unsinn, und auf die Idee ist kein Mensch verfallen, davon hat auch Schumacher in seinem Referat nicht gesprochen. Aber eins ist nötig: Wenn Europa als Gemeinschaft verlangt und postuliert wird, darf nichts geschehen, was direkt gegen das Prinzip dieser Gemeinschaft ist. (Beifall.) Selbstverständlich ist das Saargebiet nicht der Nabel der Welt, und man kann nicht sagen, das Saargebiet bleibt deutsch, und wenn die ganze Welt untergeht, aber wir müssen verhindern, daß in einer europäischen Einrichtung, die ein Mensch ernstnehmen soll, dieselbe Praxis beginnt wie in der Deutschen Bundesrepublik. Es darf dort keine Konjunktur- und Hortungsgewinne geben, keinen Kampf um die Aufrechterhaltung der irrsinnigen nationalen Souveränität geben, auch nicht den Trick des Saargebietes, indem man behauptet, die Bevölkerung habe sich entschieden, einen Sonderstaat zu machen.

Da wir gerade in Westeuropa sind: Es muß auch die Frage Spanien geklärt werden. Daß Franco-Spanien noch heute unbelästigt bleibt, ist ein Verrat an der europäischen Gesinnung, und das um so mehr, je mehr das Schwergewicht auf die Atlantikpaktstaaten geht. (Starker Beifall.)

Und warum macht man diesen Verrat an europäischer Gesinnung mit? Weil nicht nur der rote Handel lockt, von dem Genosse Schumacher redete, sondern auch der schwarze! (Sehr gut!) Nun, Genossinnen und Genossen, wir wollen in Europa nicht mehrere Räuberbanden zu einer Gemeinschaft vereinigt haben, wir wollen in Europa einen europäischen Rat und nicht bloß eine Versammlung von Menschen, die in Europa wohnen. Mir scheint, darin liegt der ganze Unterschied, und wenn auf den Völkerbund hingewiesen worden ist — auch der Völkerbund war von Anfang an falsch organisiert (Sehr richtig!), so falsch, daß selbst der grenzenlose Verrat an Abessinien, als ein Völkerbundsmitglied das andere überfiel, unter Duldung der ganzen Versammlung geschehen konnte. In dem Augenblick war nicht nur der Völkerbund, sondern auch die Idee des Völkerbundes kompromittiert. Das lernen wir daraus. (Beifall.) Die Atlantikrüstung und der Atlantikpakt scheint auch mir der eigentliche Hintergrund zu sein, der hinter dem

Europarat sich längst aufgetan hat. Adenauer hatte die Unverfrorenheit, uns in einem Ausschuß des Bundestages zu erzählen, wir seien bei den Alliierten leider etwas in den Ruf gekommen, nicht recht zu wissen, ob wir wohl mit Rußland oder gegen Rußland wären. Nun, Genossen, dazu ist ein Wort nötig. Es gibt viele Antikommunisten, die aber noch längst keine Demokraten sind, und deshalb ist es in unseren Augen nicht genug, gegen die Kommunisten und gegen die Russen zu toben, wenn weiter nichts dahintersteht. Wir weigern uns, einen bloß antikommunistisch getarnten ideologischen Feldzug mitzumachen, der in Wirklichkeit nur der Verteidigung der kapitalistischen Welt gilt. Wir machen das nicht mit. (Beifall.)

Unsere Partei ist gegen jede Bedrohung der menschlichen Freiheiten, ob sie von Kommunisten ausgeht oder von Faschisten. Genossen, wir haben noch nie Ermächtigungsgesetzen zugestimmt und noch niemals Konkordaten mit Faschisten, wie sowohl politische als auch geistige Freunde Adenauers es gern und intensive getan haben. Im Kampf gegen diese Sorte Europa muß Europa wachsen, und aus diesem Grunde scheint mir vorerst wichtiger, die einzelnen Teile Europas aufzubauen als einen brauchbaren Teil zur europäischen Gemeinschaft.

Deshalb aber kämpfen wir für ein Mitbestimmungsrecht, das weit über gewerkschaftliche Lohnforderungen hinausgeht. Es ist ein Kampf für die wirkliche Beteiligung des ganzen Volkes an seinen ernstesten Angelegenheiten. Wir wollen nicht, daß man uns als Europa einen Europarat vorschreibt, von dem man sagen könnte, daß solche Worte, statt Gedanken auszudrücken, sie nur zu verbergen scheinen.

Ich muß zum Schluß kommen. Das Gefährlichste, was wir uns erlauben können, ist, Illusionen nachzuleben. Es ist selbstverständlich, daß die Sehnsucht nach Frieden und die Sehnsucht nach einem positiven Schritt besteht, von dem man ehrlich den Eindruck haben könnte, er führe vorwärts. Aber ich glaube, das Beharren in diesen Illusionen wäre gefährlicher, als wenn wir uns heute mit den härtesten und noch so unbequemen Tatsachen auseinandersetzen. Nur wenn wir diese Tatsachen erkennen, können wir darangehen, sie zu liquidieren, und nur auf diesem Wege können wir Europa erreichen. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender S c h ö n f e l d e r : Das Wort hat Genosse Lüdemann, anschließend Schmid, Tübingen.

Hermann Lüdemann, Beetz-Holstein: Die Ausführungen von Paul Löbe und Max Brauer zur Frage des Europarates haben mich tief beeindruckt, aber überzeugt haben sie mich nicht. Ich teile die Auffassung, die Genosse Schumacher vorgetragen hat und die von dem Genossen Eichler in seinen temperamentvollen Ausführungen unterstrichen worden ist. Ich habe kein Kautsky-Zitat bei der Hand, aber ich erinnere an den alten Satz: "Beim ersten sind wir frei, beim zweiten sind wir Knechte." (Sehr gut!)

Es ist ganz klar, daß die Frage die bedeutendste ist, wie wir in diesen Europarat hineingehen. Wir lehnen ihn nicht ab, wir sträuben uns nur gegen die Art und Form, in der wir aufgenommen werden sollen. (Zustimmung.) Wenn Genosse Brauer sagt, wenn wir erst drin sind, dann werden wir diesen Europarat zu dem Instrument machen, wie wir es für richtig halten, so muß ich dem leider entgegenhalten, daß er selbst der stärkste Gegenbeweis in dieser Theorie ist. Genosse Brauer ist Mitglied des Bundesrates, wie er auch Mitglied des Länderrates und der Ministerpräsidentenkonferenz gewesen ist. Jeder, der diesen Körperschaften angehört hat, weiß, daß wir doch häufig schmählich gescheitert sind mit unseren Bemühungen, sozialdemokratische Anträge und Gedanken durchzusetzen, gescheitert sind an den Abgeordneten, die ich nicht noch einmal nennen will, nachdem ich sie schon einmal genannt habe. (Heiterkeit.) Was sich abgespielt hat auf dem Gebiete des Kampfes um einen sozialen Finanzausgleich oder den Flüchtlingsausgleich, das ist überhaupt nicht zu beschreiben. Ich bedaure, daß unser lieber Erich Ollenhauer, der uns einen Bericht über die Bundestagsfraktion gegeben hat, nicht auch einen Bericht erstattet hat über den Bundesrat. Aber vielleicht ist dieses Kapitel zu interessant, so daß er es nicht anrühren wollte. Ich kann einmal aus der Schule plaudern. Ich verrate kein Geheimnis, daß das letzte Produkt des Bundesrates die Ablehnung eines Antrages gewesen ist, nach dem die Interessenquoten, das heißt die Interessenanteile der Länder an den auszuzahlenden Unterstüzungen, nach der Steuerkraft bemessen sind und nicht nach den Flüchtlingslasten. Dieser Antrag ist, wenn ich mich so ausdrücken darf, von dem plutokratischen Flügel des Bundesrates mit 39 gegen 39 Stimmen zur Ablehnung gebracht worden.

Dieses Abstimmungsergebnis war nur möglich, weil einige hervorragende sozialdemokratische Funktionäre mitgestimmt haben gegen diesen sozialen Ausgleich. Und das ist das Schauspiel, das wir in sehr vielen anderen Fragen erlebt haben. Es gibt nun einmal Ländervertreter, die für Steuerfragen eine besonders eigentümliche Empfänglichkeit haben. Und das sind nicht die armen Länder. Bin ich deutlich genug? (Große Heiterkeit und Beifall.)

Genossen, ich habe manchmal den Eindruck, als ob einige Genossen es sich zur besonderen Aufgabe gemacht hätten, das System des Föderalismus ad absurdum zu führen durch ihr eigenes Verhalten. Denn, was der Föderalismus aus einigen unserer Genossen gemacht hat, das ist in der Tat erschreckend. Aber ich will nicht nur über diese bösen Sünder sprechen, sondern auch dem Parteivorstand und der Bundestagsfraktion möchte ich sagen, daß ich häufig den Eindruck habe, daß unsere führenden Genossen sich nicht immer voll bewußt sind, daß es einen Bevölkerungsteil in Deutschland gibt, der immerhin ein Fünftel der deutschen Bundesgebietsbevölkerung ausmacht. Das sind die Heimatvertriebenen.

Ich freue mich, daß Genosse Kurt Schumacher wenigstens mit drei Sätzen sie erwähnt hat. Sonst sind sie aber nicht behandelt worden. Und wie bisher das Problem der Heimatvertriebenen behandelt wurde, Genossen, das ist unmöglich. (Beifall.)

Es kann in Deutschland nur eine Flüchtlingspartei geben, und das sind wir. (Beifall.) Und diesen Beweis haben wir nicht zu erbringen durch gelegentliche schöne Reden draußen vor dem Volk, sondern durch Taten und Handlungen. Die Bundestagsfraktion hat sich mit diesem Problem beschäftigt, aber mit einer Schüchternheit, die bewundernswert ist.

(Zuruf von der Bühne: Die können genau so tüchtig sein wie Du!)

Antwort des Genossen Lüdemann: Ich habe nicht erlebt, daß Ihr jemals die Gegner eines sozialen Flüchtlingsausgleiches zur Ordnung gerufen hättet. (Zuruf von der Bühne: Oh doch!)

Antwort des Genossen Lüdemann: Nein, vielleicht im Geheimen. Aber das ist nicht genug. — Ich habe gar nicht den Eindruck, daß man dazu viel Lektüre braucht. Es kann in der Flüchtlingsfrage nur eine Politik geben, die man in zwei Sätze bringen kann: Wir haben nicht nur dafür zu sorgen, daß die Heimatvertriebenen aus dem Osten die beste Aufnahme finden. Das halte ich für selbstverständlich und verliere darüber kein Wort, ebenso darüber, daß wir in bezug auf die soziale Fürsorge für sie alles tun, was möglich ist. Und ich glaube, daß wir dies getan haben, namentlich in den Hauptflüchtlingsländern. Aber soweit wir die Flüchtlinge nicht in diesen wenigen Ländern unterbringen können, haben wir ihnen die Möglichkeit zu geben, dorthin zu kommen, wo sie Wohnung, Arbeit und Heimat bekommen können.

Das sage ich als Schleswig-Holsteiner nicht, weil wir sie loswerden wollen, wir haben unsere Pflicht und Schuldigkeit getan. Aber die Masse ist zu groß, sie müssen bei uns zugrunde gehen. Es ist deshalb Pflicht der Partei, sich gegen die Adenauer-Koalition für eine energische Umsiedlung einzusetzen.

Wie liegen aber die Tatsachen? Die Bundestagsfraktion hat einen Antrag eingebracht, der sich damit begnügt, die Umsiedlung von ganzen 600 000 Flüchtlingen zu verlangen. Das heißt, 300 000 mehr, als der schwache Bundesflüchtlingsminister Lukaschek umsiedeln will. Das ist ein kleiner Teil von dem, was umgesiedelt werden muß, von 3 Millionen nämlich, die bewegt werden müssen, und zwar besonders aus Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern.

Über diesen Antrag, glaube ich, hat man ein halbes Jahr beraten und ihn wieder unverändert an den Bundestag zurückgebracht. Dabei hat es sich leider ereignet, daß unsere sozialdemokratische Fraktion von der Bayern-Partei übertrumpft worden ist, die nunmehr aus den 600 000 Flüchtlingen 900 000 gemacht hat. Das ist immerhin schon ein Anfang, der sich sehen lassen kann. (Zuruf: "Aus andern Motiven!") Géwiß, aber dieser Anfang ist nicht befristet. In welcher Zeit die 900 000 Flüchtlinge umgesiedelt werden sollen, steht noch nicht fest. Unsere Flüchtlinge, die schon fünf Jahre lang im Dreck und Elend stecken, können nicht noch Jahre lang warten, bis man sich ihrer erinnert. (Sehr gut!) Darüber jedoch hat, wie mir scheint, die ganze sozialdemokratische Presse verschwiegen, daß dieser Antrag der Bayernpartei von der Opposition angenommen worden ist, also von uns natürlich, und von der CSU, aber nicht von den übrigen Regierungsparteien und damit nicht von der CDU. Ich bin darüber erstaunt und frage mich, warum tun wir so wenig, um diese ganz klare Kampffront gegen die Adenauer-Regierung in der Flüchtlingsfrage herauszuarbeiten. Die Flüchtlinge sind doch diejenigen Menschen, die in ihrer großen Mehrheit zu uns gehören. (Zwischenruf: "Die andern wählen!") Ihren Zwischenruf habe ich nicht verstanden. (Zwischenruf: "Die andern wählen!")

Die Flüchtlinge wählen auch. Und wir wählen in Schleswig-Holstein am 9. Juli, also in wenigen Wochen. (Zuruf: Aber wie!) Das ist eben die Frage. Und ich hoffe, daß die Hamburger zu uns heraufkommen und uns helfen werden. (Heiterkeit.)

Es ist anscheinend nicht überall bekannt, daß Schleswig-Holstein den traurigen Ruhm genießt, daß es im Jahre 1932 im Juli dasjenige Land in Preußen war, in dem zu allererst 51 Prozent Stimmen für Adolf Hitler abgegeben worden sind, und das geschah bei einer Arbeitslosigkeit von 10 Prozent. Jetzt haben wir 30 Prozent Arbeitslose. Jeder dritte Mann in Schleswig-Holstein ist also arbeitslos. Es gibt kein Land, das uns auf diesem Gebiete übertreffen kann.

Wir haben alle Ursache, der Wahl mit größten Besorgnissen entgegenzusehen. Und deshalb laßt mich bitte am Schluß folgendes aussprechen: Lieber Parteivorstand! Ich bin drei Jahre hindurch enttäuscht worden durch das mangelnde Interesse, das der Parteivorstand dem einzigen deutschen Land entgegengebracht hat, in dem es eine sozialdemokratische Regierung gibt. Ich glaube, dieses Land wäre es wohl Wert gewesen, etwas mehr parteipolitische Kraft nach Schleswig-Holstein strömen zu lassen, damit wir auch die jetzt bevorstehende Schlacht im Interesse unserer Partei hätten gewinnen können. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Schönfelder: Das Wort hat jetzt der Genosse Schmid-Tübingen.

Dann darf ich eine Bemerkung machen. Es wird mir eben von der Bundestagsfraktion und vom Parteivorstand mitgeteilt, daß Genosse Lüdemann eine Reihe von Ausführungen gemacht hat, die durchaus sofort der Rechtfertigung bedürfen. Es hat sich dazu die Genossin Krahnstöver zu Worte gemeldet.

Ich bitte nunmehr um die Erlaubnis, nach dem Genossen Schmid der Genossin Krahnstöver das Wort erteilen zu dürfen. (Zustimmung.) Der Parteitag ist einverstanden.

Carlo Schmid, Tübingen: Genossinnen und Genossen! Die Fragen, vor die uns die Einladung der Bundesrepublik nach Straßburg stellt, erlauben keine Antwort aus der Sphäre des Gemüts und der Spekulation, sondern erfordern eine Antwort aus dem harten und schwierigen Bereich der politischen Überlegung.

Politik ist ein ernstes und sehr schweres Geschäft. Gemütswerte und Gemütsregungen haben dort durchaus ihren Ort, aber nicht als Mittel, festzustellen, was ist, sondern als Beweger, als Antriebe aus der Wärme des Herzens heraus oder als Weine, die uns vor einer Situation erschrecken lassen und so unserem Verstand das Zeichen zur Umkehr geben.

Aber Politik ist kein Ort zur Stillung von Gemütsbedürfnissen, Politik besteht auch nicht — wie einige zu glauben scheinen — im Überlisten von Fakten, und Politik ist auch etwas anderes als Administration.

Es gibt in der Politik einen strategischen und einen taktischen Bereich. Man sollte sie beide nicht verwechseln. Strategie in der Politik heißt, aus einer Gesamtschau von Zielsetzungen, von Kräften, von Möglichkeiten, von Notwendigkeiten Zeit, Ort, Mittel und Zielrichtung der jeweiligen Entscheidung zu bestimmen. Und Taktik heißt nichts anderes, als mit diesen gegebenen, vorgegebenen Größen richtig umzugehen. Und wehe dem, der diese beiden Dinge miteinander verwechselt, wie die Bundesregierung das beim Petersberger Abkommen getan hat.

Wieviel besser stünden wir bei den zu erwartenden Verhandlungen über die Schuman-Initiative da, wenn die Bundesregierung damals nicht aus Verwechslung von Strategie und Taktik dem Ruhrstatut ihre Zustimmung gegeben hätte! (Zurufe: Sehr richtig! Starker Beifall.)

Bei der politischen Fragestellung ist immer die Grundfrage zu stellen: Worum handelt es sich "eigentlich?" Und dann ist zu fragen — nachdem man das festgestellt hat —: was ist zu tun, wenn man mit einiger Sicherheit dorthin kommen will, wohin man kommen muß? Man spricht oft davon, Politik sei die Kunst des Möglichen. Ohne Frage ein wahres Wort! Aber manche gebrauchen dieses Wort, um sich vor der Mühe des Erkennens und Wollens zu drücken, vor der Mühe, die man aufwenden muß, wenn die Entscheidung nicht von selbst nach der Seite der größeren Bequemlichkeit ausfallen soll. (Beifall.)

Ich würde eher sagen: Politik ist die Kunst oder die Arbeit, das Notwendige möglich zu machen.

Und was ist hier das Notwendige? Das Notwendige ist, und darüber sind sich in diesem Saale alle einig: Europa! Aber nicht Europa als Heilige Allianz zum Schutz der Privilegien. (Zuruf: Sehr gut!") — Ein solches Europa mag für manchen der heutigen "Liberalen" eine Messe wert sein; für uns Sozialdemokraten ist es keinesfalls das Opfer des Intellekts wert. Sondern das Europa, das wir bauen müssen, ist Europa als politische, ökonomische und konstitutionelle Einheit, die sich integriert in den Werten, die Europa ausmachen und die da heißen Freiheit und Gerechtigkeit.

Mit anderen Worten: dieses Europa muß sich integrieren als eine Demokratie, die mutig genug ist, die sozialen Konsequenzen ihrer Postulate zu ziehen. (Beifall.)

Dieses Europa kann nur werden, wenn es gelingt, diese Demokratie der sozialen Gerechtigkeit in Deutschland zu realisieren; denn, Genossinnen und Genossen — es ist nicht Überheblichkeit oder Übermut, was ich hier sage, sondern es ist das, was jeder Tag, der in die Zeit geht, neu ans Licht bringt — hier in Deutschland werden die Grenzwerte bestimmt, von denen es abhängt, in welcher Richtung der Weg in diesen Kontinent gehen wird. Die Grundentscheidung der deutschen Arbeiterklasse für die Demokratie westlicher Prägung oder gegen sie oder ihr Verzicht auf eine solche Entscheidung überhaupt wird entscheidend sein nicht nur für das politische Schicksal Deutschlands, sondern für das politische Schicksal Europas überhaupt. ("Sehr gut!" — Beifall.)

Daraus haben wir Folgerungen zu ziehen: die Folgerung, daß in Deutschland Verhältnisse geschaffen werden müssen, die die Strukturwandlung möglich machen, ohne die eine echte, volle materielle Demokratie in Deutschland nicht hergestellt werden kann. Das ist aber, wie Kurt Schumacher und Willi Eichler ausführten, nicht so sehr ein Problem der Sozialpolitik als der Politik überhaupt. Sozialisierung des Ruhrbergbaues, Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer in den Betrieben und in der Wirtschaft überhaupt — das ist nicht Sozialpolitik, sondern das ist revolutionäre politische Politik im höchsten Sinne des Wortes. (Beifall.) Denn, was macht einen revolutionären Vorgang überhaupt aus? Doch letzten Endes das, daß eine Klasse, die man unten hält, getrieben von ihrem Willen zur Selbstachtung nach oben vorstößt — und Mitbestimmungsrecht, Sozialisierung, das sind doch nicht Dinge, bei denen es um höhere Stundenlöhne geht, sondern bei denen es um das Selbstgefühl der Arbeiterklasse geht! (Beifall.) Darum ist es notwendig, daß wir Sozialdemokraten uns so verhalten, daß an den Willen zur Selbstachtung des deutschen Volkes nicht allzu unerträgliche Anforderungen gestellt werden. Denn wir

werden eines Tages in Deutschland unseren Landsleuten noch viel Opfer im Interesse eines höheren Ganzen als Deutschland es ist, zumuten müssen. Wir werden unserem Volke sagen müssen, daß Opfer an Souveränität, d. h. an der Möglichkeit, sich schrankenlos selbst zu bestimmen, gebracht werden müssen. Aber wir werden unserem Volke die Notwendigkeit, die sittliche Notwendigkeit solcher Opfer nicht klarmachen können, wenn sie uns immer nur als Faktoren des Besiegtwordenseins erscheinen. (Sehr richtig!) Nur dann, wenn unser Volk sieht, daß diese Opfer von allen gebracht werden wollen, nicht nur müssen, sondern gebracht werden — wollen um des Prinzips willen — dann wird unser Volk uns glauben, daß getan werden muß, was wir von ihm fordern.

So ist denn unsere Haltung nicht diktiert von Rechthaberei, sie ist auch nicht geboren aus dem Bedürfnis nach Ausflüchten oder gar dem Willen des Beiseitestehens, sondern unsere Haltung hat einen anderen Grund: wir wissen, daß Deutschland und Europa verloren gehen werden, wenn es uns nicht gelingt, der Demokratie in Deutschland den Kredit zu erhalten. (Bravo — Zustimmung.) Dabei ist das Schicksal der Saar der Prüfstein, und darum ist, was mit der Saar geschieht, ein entscheidendes Stück der politischen Gesamtkonzeption Europas.

Es handelt sich wirklich nicht entscheidend darum, daß wir, um kleiner Souveränitätsrechte willen, daß Tischtuch hin- und herzerrten...

Souveränitätsrechte an sich sind für unsere Haltung nicht das Entscheidende. Entscheidend ist: was soll bei der Schaffung Europas wirksam werden, der diplomatische Trick oder ein Integrationsprozeß gesamteuropäischen Solidaritätsbewußtseins? (Sehr richtig.) Glaubt man denn wirklich, man könne das deutsche Volk, wenn es einmal aus seiner Lethargie erwacht sein wird — d. h. morgen schon noch für Europa begeistern, wenn die Fakten jeden Tag darauf hinweisen, daß der Anfang zu diesem Europa gemacht worden ist mit kleinen Versuchen, kurz vor Toresschluß noch Machtverschiebungen herbeizuführen? (Sehr wahr.) Und gestatten Sie mir noch ein Wort. Viele unserer Genossen haben gesagt: "Ja dafür muß man eben in Straßburg kämpfen! Und wir müssen in Straßburg einen wirksamen Protest anmelden und Vorbehalte geltend machen." Genossen, man macht sich lächerlich, wenn man glaubt, nach Straßburg gehen zu können mit dem Vorbehalt, daß man die Wirkungen dieses Schrittes nicht will. (Bravo, Beifall.) In Straßburg kämpfen, was heißt denn das? Heißt das denn nicht Straßburg sprengen, wenn man ernsthaft in Straßburg um Dinge, wie das Recht Deutschlands auf sein Saargebiet, kämpfen will, für deren Austrag der Straßburger Rat nicht geschaffen worden ist? (Sehr richtig.) Wenn man versucht, innerhalb der Mauern Straßburgs zu kämpfen, dann muß man sich heute schon dafür entscheiden, in Deutschland eine revisionistische Politik wie nach dem Versailler Vertrag zu machen. (Sehr gut.) Und, Genossen, von allen Faktoren, die zum zweiten Weltkrieg geführt haben, halte ich für den verhängnisvollsten den Umstand, daß zu hurtig gegebene Unterschriften uns gezwungen haben, unter Politik nichts anderes zu verstehen als Revision der Verträge. (Starker Beifall.) Nein, wir sollten nicht in Straßburg kämpfen wollen, sondern für ein europäisches Straßburg vor den Mauern dieser Stadt.

Vorsitzender Schönfelder: Das Wort hat die Genossin Anni Krahnstöver, Eckernförde.

Anni Krahnstöver, Eckernförde: Genossinnen und Genossen! Wenn wir hier heute so eingehend über das Problem Eintritt in den Europarat oder nicht reden, dann ist das letzten Endes doch die Entscheidung, wie der Genosse Schumacher sehr eindeutig gesagt hat, ob wir den Heimatvertriebenen den Anspruch auf ihre Heimat erhalten wollen oder nicht. (Beifall.) In diesen Tagen hat hier in Hamburg ein großes Treffen der ostdeutschen Menschen stattgefunden, und ich bedauere deshalb die Ausführungen des Genossen Lüdemann, deren Sinn und Kern ich durchaus verstehe, weil ich weiß, mit welch heißem Herzen er sich immer den Heimatvertriebenen verschrieben hat. Aber die Ausführungen, die er vorhin gemacht hat, könnten zu Mißdeutungen Anlaß geben, weil sie nämlich einige sehr wichtige Tatsachen nicht in Rechnung stellen. (Sehr richtig.)

Der Genosse Ollenhauer hat in seinem Bericht über die Arbeit der Bundestagsfraktion natürlich nicht über die Arbeit der einzelnen Ausschüsse berichten können. Aber die Grundhaltung zu dem Problem der Heimatvertriebenen — Politik der Sozialdemokratischen Partei ist von dem Genossen Schumacher nicht nur mit drei Sätzen, sondern sehr gründlich behandelt worden. Ich glaube, daß es notwendig ist, zu dieser Frage nach der Rede des Genossen Veit noch einiges zu sagen. Wenn es in der Bundesrepublik eine Partei gibt, die sich ganz entschieden und überall für die Forderungen der Heimatvertriebenen eingesetzt hat, dann ist es die Sozialdemokratische Partei gewesen. Die Sozialdemokratische Partei ist mit ihrem Dürkheimer Programm in bezug auf die Eingliederung, die Gleichberechtigung, die menschlichen Lebensverhältnisse für die Heimatvertriebenen in den Wahlkampf gegangen und hat diese Forderungen auch im Bundestag durchführen wollen. Daß sie leider bei der bürgerlichen Mehrheit auf einen großen Widerstand gestoßen ist, ebenso bei verschiedenen Abgeordneten der Heimatvertriebenen, ist für uns sehr schmerzlich gewesen. Ich darf Sie an die Erfahrung erinnern, die wir vor Weihnachten mit unserem Antrag gemacht haben wegen der 120 Millionen Hausratshilfe. Es waren CDU-Abgeordnete, die sich auf das Podium gestellt und dagegen gesprochen haben. Wir haben leider etwas sehr Wichtiges versäumt, als wir unseren Antrag auf eine Umsiedlung Heimatvertriebener aus den mit Flüchtlingen überbelegten Ländern beraten und beschlossen haben. Als dieser Antrag auf Umsiedlung von 300 000 im Wege einer Rechtsverordnung durchgeführt wurde, haben wir unseren Antrag der sozialdemokratischen Fraktion auf Umsiedlung aufrecht erhalten und haben ihn vor etwa vier Wochen im Bundestag durchbekommen mit dem Ergebnis, daß zu den 300 000, die zunächst umgesiedelt werden, weitere 600 000 hinzukommen. Aber wir haben leider versäumt, lieber Genosse Lüdemann, Dir ein Telegramm zu schicken. Das hätten wir tun sollen. Wir sind sehr stolz darauf, daß das unser Antrag ist, aber hüten wir uns vor der Illusion, als ob es gelingen würde, durch diese Umsiedlung den Vertriebenen wirklich das Paradies auf der Erde zu schaffen. Dazu müßte sehr viel mehr geschehen. Wir haben als Fraktion deshalb für Schleswig-Holstein das große Hilfsprogramm aufgestellt, das jetzt im Haushaltsausschuß beraten wird, von dem wir in Schleswig-Holstein eine so große Hilfe erhoffen, daß den Vertriebenen wirklich geholfen werden kann.

Ich möchte noch erklären, daß die Heimatvertriebenen es außerordentlich begrüßt haben, daß der Genosse Brauer seine Bedenken, gegen die Auswanderung von Heimatvertriebenen geltend gemacht hat. Ich möchte aber auch darauf hinweisen, daß es eine ganz gefährliche Tendenz ist, wenn behauptet wird, an der Tatsache der Arbeitslosigkeit seien die Heimatvertriebenen schuld. Diese Dinge werden sehr eingehend behandelt werden müssen bei der Diskussion über das Referat des Genossen Veit. Ich möchte aber herzlichst gebeten haben, daß man dieses Problem mit dem ganzen Ernst behandelt, der ihm zukommt und nicht glaubt, irgendwelche Fehler zu sehen, wo tatsächlich keine vorhanden sind.

Ich darf nur sagen, für meine Kollegen im Bundestag, daß sie sich immer wieder für ihre Schicksalsgefährten eingesetzt haben, wie es die ganze Sozialdemokratische Partei von jeher getan hat, und daß lange, bevor ein Mensch in Deutschland den Mund aufzumachen wagte, Kurt Schumacher es war, der die Oder-Neiße-Linie abgelehnt hat. Das wollen und sollen wir, weiß Gott, nicht vergessen. Ich glaube aber, Genosse Lüdemann hätte besser getan, sich die Dinge genau anzusehen, statt diese Worte zu finden, die in der Öffentlichkeit den Eindruck erwecken könnten, als ob von unserer Seite aus irgend etwas nicht unternommen worden wäre, was notwendig war.

Genosse Meitmann: Ehe ich dem nächsten Redner das Wort gebe, habe ich auftragsgemäß die Mitglieder der Mandatskommission zu bitten, sich in das Parteitagsbüro zu begeben. Das Wort hat Bach, Berlin, ihm folgt Erwin Schöttle, Stuttgart.

Otto Bach, Berlin: Genossinnen und Genossen! Kurt Schumacher hat eine ausgezeichnete Analyse der politischen und juristischen Situation des Europa-Rats

gegeben. Und die Diskussion hat gezeigt, daß hier die Auffassungen über die Teilnahme an den Arbeiten des Europa-Rats und über den Eintritt in den Europa-Rat geteilt sind, daß es Genossen gibt, die der Meinung sind, man müsse der Einladung folgen und sie auch seitens der Sozialdemokratischen Partei bejahen. Vielleicht ist es in diesem Zusammenhang notwendig, einmal klar zu überlegen, welche Konsequenzen sich für uns als Sozialdemokraten und für die gesamtdeutsche, ich sage für die gesamtdeutsche Politik, daraus ergeben. Die Frage der europäischen Einheit liegt uns allen am Herzen. Und ich glaube, in der Sache selbst sind wir uns einig. Wir wollen Europa.

Aber, Genossen, wir wollen Europa nicht um jeden Preis, sondern wir wollen ein Europa, das einen ganz bestimmten sozialen Inhalt hat. (Sehr richtig.) Ob es möglich ist, dem Europa im Europa-Rat diesen Inhalt zu geben, diese Frage haben wir zu prüfen.

Der Europa-Rat in Straßburg beruht auf dem Londoner Statut vom 5. Mai vorigen Jahres. Dieses Londoner Statut, das heißt die Satzung des Europa-Rates, war bereits am Tage ihrer Veröffentlichung ein Anachronismus. Was diese Satzung vorsieht, war eine Verhinderung eines echten europäischen Bundesstaates.

Man hat die absolute Gleichberechtigung der europäischen Völker verhindert durch die Schaffung von zweierlei Mitgliedern, nämlich den Vollmitgliedern und den assoziierten, den beigeordneten Mitgliedern.

Es ist tragisch, daß man ausgerechnet für Deutschland, dem in dieser europäischen Einheit — ob es einem gefällt oder nicht — eine zentrale Funktion zukommt, daß man gerade für Deutschland eine Mitgliedschaft zweiten Ranges vorgesehen hat.

Ich bin, Genossen, kein grundsätzlicher Gegner des sogenannten assoziierten Mitgliedes. Wir haben in Europa viele Schwierigkeiten und Interessen zu berücksichtigen. Wir wissen, daß eines der schwersten Probleme Europas die Eingliederung Englands in diese Europa-Einheit ist. Und wir wissen, daß England so viele außer-europäische und überseeische Interessen hat, daß darauf Rücksicht genommen werden müßte, ebenso wie wir wissen, daß ein Europa ohne England nicht möglich ist. Deshalb glaube ich, wäre für England zum Beispiel die Form eines assoziierten Mitgliedes die richtige, wo ihm die Möglichkeit gegeben wäre, innerhalb des Europa-Rates auch seine überseeischen Interessen zu berücksichtigen.

Genossen, dieser Gedanke soll nicht etwa eine Schmälerung der Stellung Englands sein. Ich möchte darauf hinweisen, daß es ein gutes föderalistisches Prinzip ist, daß wir schon in der Schweizer Bundesverfassung fanden, nämlich für jene zugewandten Orte, die außerhalb der schweizerischen Eidgenossenschaften Bindungen hatten, auf die man in der Schweizer Bundesverfassung Rücksicht nahm.

Solche Möglichkeiten wären auch hier gegeben. Aber ich glaube nicht, daß die Reform des Europa-Rates mit oder ohne unsere Zustimmung von innen her erfolgen kann. Dazu sind die Vorschriften viel zu — und sagen wir es einmal — unzeitgemäß. Denn, was kann der Europa-Rat praktisch tun?

Er hat einen Ministerausschuß, der die Tagesordnung der Vollversammlung bestimmt. Die Vollversammlung kann keine Beschlüsse fassen, sondern über die ihr gnädigst gewährten Tagesordnungspunkte kann sie Empfehlungen abgeben. Sie gibt die Empfehlungen an den Ministerausschuß, der seinerseits es sich überlegt, ob er bereit ist, diese Empfehlungen an die einzelnen Regierungen, nicht als Beschluß, sondern wiederum als Empfehlungen, weiterzugeben. Und was im günstigsten Fall dabei herauskommen kann, das sind Verträge, die vielleicht dann einen bilateralen oder multilateralen Charakter annehmen.

Aber das ist ein Verfahren, für das wir heute keine Zeit mehr haben. Europa kann nicht warten. Europa kann nicht auf Verträgen aufgebaut werden, die noch abhängig sind von der Ratifikation durch die einzelnen Regierungen, daß heißt, die noch der Ratifikation bedürfen als dem souveränen Hoheitsakt der Regierung, sondern wir brauchen eine europäische Bundesverfassung. Wir brauchen eine europäische Bundesautorität, eine europäische Bundesregierung, und wir brauchen ein gewähltes europäisches Bundesparlament. Nur in diesem Rahmen können die Maß-

nahmen durchgeführt werden, die heute für die Entwicklung der europäischen Einheit unentbehrlich sind.

Nun, Genossinnen und Genossen, es sind eine Reihe von Vorschlägen gemacht worden, zum Beispiel der Vorschlag des französischen Ministerpräsidenten Bidault über die Atlantische Gemeinschaft. Ich möchte sagen: die Atlantische Gemeinschaft und die europäische Einheit sind zwei Dinge, die sich gegenseitig nicht ausschließen. Man darf aber die europäische Einheit und die Notwendigkeit zur europäischen Einheit nicht abstellen auf die ganz andersgearteten Aufgaben der Atlantischen Gemeinschaft, und ich habe so etwas das Gefühl, als sollte der Vorschlag des Großen Atlantischen Rates eine Flucht aus der europäischen Verantwortung, eine Flucht aus der europäischen Solidarität sein. Hier müssen ganz bestimmte Maßnahmen im europäischen Rahmen zur Schaffung der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Einheit herbeigeführt werden.

Wenn auf der anderen Seite in diesen Tagen von Herrn Außenminister Schuman der Vorschlag gemacht wurde, einer — wie Genosse Grumbach sich ausgedrückt hat — Heirat zwischen Kohle und Erz, dann enthält dieser Vorschlag zweifellos sehr viele Möglichkeiten im Guten, Genossen, wie im Bösen.

Aber ich möchte hier auf ein Wort bezug nehmen, das vor wenigen Tagen der französische Ministerpräsident Paul Reynaud in Berlin gesprochen hat, als er sagte: Der Vorschlag Schumans ist kein Plan, denn wir wissen ja nicht, wie er durchgeführt werden soll — sondern er ist eine Idee. (Zuruf: Und keine neue!) Auch keine neue Idee. — Nun, Genossen, wir haben nichts gegen gute Ideen, aber wir haben mehr als das, wir haben einen Plan für Europa. (Glocke des Präsidenten.)

Und ich frage alle die Genossen, die heute der Meinung sind, man könne auf dem Wege über solche Einzelvorschläge zu Europa doch noch kommen — ich frage Sie, ob es nicht besser wäre, unseren Plan der Organisierung der europäischen Grundindustrien durchzuführen, so wie er dem Europa-Rat schon im vorigen Jahr vorgelegen hat? . . . Denn wenn wir die Organisierung der europäischen Grundindustrien mit dem Ziel der öffentlich-rechtlichen Disposition über die Produktionsmittel durchführen, dann brauchen wir uns auch nicht mehr mit dem Ruhrund mit dem Saarproblem herumzuschlagen.

Und deshalb, Genossinnen und Genossen, um zum Schluß zu kommen, möchte ich sagen: Wir wollen mit heißem Herzen Europa. Wir müssen aber den Kampf führen um einen europäischen Bundespakt, wir müssen den Kampf führen für ein echtes soziales Europa, und wir müssen diesen Kampf führen, um ihn wirksam führen zu können nach den Worten von Carlo Schmid, — wir müssen ihn führen vor den Toren von Straßburg. (Bravorufe, Beifall.)

Genosse Schönfelder: Das Wort hat der Genosse Schöttle, Stuttgart. Ihm folgt Kurt Mattick, Berlin.

Erwin Schöttle, Stuttgart: Genossinnen und Genossen! Ich bin froh darüber, daß wir diese Debatte über die Frage des Europa-Rates vor diesem Parteitag haben. Ich wäre noch froher, wenn niemals vorher der Versuch gemacht worden wäre, von außen her unter Berufung auf irgendwelche staatspolitischen Funktionen die politische Entscheidung der Sozialdemokratischen Partei in dieser Frage zu beeinflussen, und wenn niemals sozialdemokratische Würdenträger, um dieses ominöse Wort zu benützen, aus ihrer besonderen Position im öffentlichen Leben ein Privileg abgeleitet hätten, eine Stellungnahme zu dieser Frage zu publizieren, die im Bewußtsein unserer Gegner nichts anderes bedeuten konnte als die Vorankündigung einer politischen Spaltung der Partei. (Zuruf: Sehr richtig!)

Genossinnen und Genossen! Die Frage, über die der heutige Parteitag eine Entscheidung zu treffen hat, ist zweifellos eines der wichtigsten Probleme des Augenblicks. Und ich gestehe ganz offen, daß ich keineswegs zu jedem Zeitpunkt in den letzten Monaten eine feste Meinung in dieser Frage hatte. Ich glaube, es ist das gute Recht jedes Genossen, mit seinem Gewissen zu Rate zu gehen und vor allem

die politischen Ereignisse, die sich ja jeden Tag abspielen und die die Situation von Tag zu Tag verändern, zu verarbeiten, ehe er selber zu seiner politischen Entscheidung kommt.

In einem anderen Zusammenhang ist gestern davon gesprochen worden, daß man nicht hinter den Ereignissen herlaufen dürfte — als Begründung dafür, daß wir unter allen Umständen in den Europa-Rat eintreten müßten.

Man kann aber auch an den Ereignissen vorbeileben, und es ist eine Tatsache, die kaum zu bestreiten ist, daß seit der Etablierung des Straßburger Rats die Welt sich um einige Grade weitergedreht hat, und daß politische Probleme in den Vordergrund der Erörterungen getreten sind, die bei der Begründung des Rates zwar schon existiert, aber noch nicht im vollen Umfange bewußt geworden waren.

Es ist vielleicht nützlich, in diesem Zusammenhang auch etwas an die Genesis des Straßburger Rates zu erinnern. Dieser Rat ist ja nicht vom Himmel gefallen; er verdankt nicht zuletzt seine Entstehung der Initiative eines Mannes, der in der jüngsten Geschichte Europas eine gewisse Rolle gespielt und ein bestimmtes Profil hat, nämlich Winston Churchill.

Winston Churchill war der große Promotor jenes Haager Kongresses, der dann die Regierungen Europas dazu veranlaßt hat, in irgendeiner Form den Wünschen

dieses Haager Kongresses nachzugehen.

Aber wenn man sich für einen Augenblick überlegt, an welches Europa Winston Churchill gedacht hat — dann kommt man zu dem Ergebnis, daß in seinem Bewußtsein das Europa, das geschaffen werden soll, nichts anderes war als ein Defensivwall nicht nur gegen den Osten, sondern auch gegen die sozialen Kräfte, die aus diesem Europa heraus selber zur Macht drängen. (Beifall.)

(Zuruf: Was macht denn die Arbeiterpartei?)

Ein restauratives, konservatives, autoritäres Europa — das war es, was Winston Churchill vorschwebte.

Die Regierungen haben dann im Statut des Europarats — für dessen Darstellung ich dem Genossen Otto Bach außerordentlich dankbar bin, denn die wenigsten Genossen auf diesem Parteitag wissen, was in diesem Statut steht —, noch dadurch bestärkt, daß sie die beratende Versammlung zu einem reinen Debattierklub gemacht haben, daß alle Entscheidungen im Ministerrat fallen.

Genossinnen und Genossen! Wir haben von diesen Dingen von Anfang an gewußt, und wenn trotzdem einzelne Genossen in der Frage schwankend waren, dann hatte das den guten Grund darin, daß jeder von uns im Grunde seines Herzens und aus innerster Überzeugung wünscht, daß am Ende des zweiten Weltkrieges nicht einfach die Restauration der Vergangenheit steht, weil wir echte Europäer nicht erst durch die große Bekehrungswelle nach dem großen Zusammenbruch geworden, sondern weil wir es von Haus aus sind. (Beifall.)

Genossinnen und Genossen! Es ist hier der Versuch gemacht worden, historische Parallelen zu ziehen. Historische Parallelen sind immer Glückssache, und wenn der Genosse Max Brauer hier Kautsky zitiert hat und seine Stellungnahme zu der Völkerbundsdelegation im Deutschland in den 20er Jahren, dann darf man wohldarauf aufmerksam machen, daß ein entscheidender Unterschied zwischen damals und heute besteht. Dieses Deutschland der 20er Jahre war, obwohl geschlagen hervorgegangen aus dem Kriege, nicht gespalten; es war souverän und Herr seiner Entscheidungen. Aber, trifft das alles auf unsere heutige Situation zu? Sind wir nicht in einer völlig anderen Lage und bedeutet nicht jeder Schritt, den wir machen, einen Schritt weg von den Gebieten und von den Menschen, die wir unter allen Umständen wieder zurückgewinnen müssen? (Beifall.)

Ich glaube also, man sollte uns nicht mit historischen Parallelen auf eine Ebene führen, auf der wir unter Umständen sehr wohl in eine Sackgasse gelangen können. Genossinnen und Genossen! Jede Entscheidung, die die Partei trifft, trägt das Risiko in sich, daß sie durch die geschichtliche Entwicklung widerlegt wird. Ich bin überzeugt, daß das Risiko in diesem Falle nicht groß ist, aber ich bin auch überzeugt, daß wir keine Politik machen können, die kein Risiko enthält. Deswegen

glaube ich, daß der Parteitag die Entscheidung treffen sollte, die der Parteivorstand ihm vorschlägt und die auf der Linie liegt, die die Partei auch seit Monaten öffentlich vertreten hat.

Ich möchte aber noch ein Wort hinzufügen, Genossen. Die ganze heutige Debatte würde ihren Sinn verlieren, wenn nach der Entscheidung des Parteitages, von der ich hoffe, daß sie positiv im Sinne des Parteivorstandes ausfällt, die Debatte innerhalb der Sozialdemokratie, vor allem am Rande der Sozialdemokratie und von den staatspolitischen Positionen aus, von denen ich am Anfang gesprochen habe, weitergehen würde. Wenn dieser Parteitag gesprochen hat, dann muß es für alle Sozialdemokraten gelten. (Beifall.) Dann darf die Sozialdemokratie ohne Rücksicht darauf, was dieser oder jener Gegner sagen mag, in dieser Frage nur noch mit einer einzigen Stimme auf allen Ebenen sprechen. (Starker Beifall.)

Vorsitzender Schönfelder: Das Wort hat Kurt Mattick, Berlin. Ihm folgt Wehner, Hamburg.

Kurt Mattick, Berlin: Genossinnen und Genossen! Wir haben mit großer Freude bei den Genossen Kurt Schumacher und Erich Ollenhauer die Feststellung registriert, daß Hauptaufgabe der Sozialdemokratischen Partei in ganz Deutschland die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands ist. Lassen Sie mich als ein Vertreter aus der Gegend hinter dem Eisernen Vorhang dazu ein paar ergänzende Bemerkungen aus unserer Atmosphäre machen. Wir sind der Meinung, Genossen, daß es östlich der Elbe keine blühenden Städte mit arbeitsfrohen Menschen geben wird, solange der Bolschewismus an der Elbe steht. Ich möchte vorweg noch eines sagen als Antwort auf die Bemerkungen des Genossen Eichler. Die Berliner Sozialdemokraten sind zwar Antibolschewisten, aber — das nehmen Sie bitte zur Kenntnis — sie sind Antibolschewisten aus dem glühenden Bekenntnis zum demokratischen Sozialismus (Sehr gut! — Beifall.) und aus der Erkenntnis, daß der demokratische Sozialismus in Europa nur möglich sein wird, wenn vorher der Bolschewismus in Europa überwunden ist.

Genossinnen und Genossen! An drei Fünftel des Elbegebietes steht der Bolschewismus, und ich glaube, in Hamburg ist die Feststellung ganz besonders wichtig. Wer sich an dieser Position festhält, der wird eines Tages gezwungen, um den Meeresausgang der Elbe zu kämpfen, denn er kann sich mit den drei Fünftel nicht begnügen. Es wird die Aufgabe der politischen Kräfte in Europa sein, vorher für die Wiedervereinigung Deutschlands und Europas auf demokratischer Grundlage zu sorgen, bevor dieser Sprung über die Elbe möglich ist. Wir haben manchmal den Eindruck — das sage ich jetzt nicht gegenüber dem Parteivorstand, sondern gegenüber der westdeutschen Bevölkerung und auch gegenüber manchen Sozialdemokraten westlich der Elbe —, daß sie nicht ganz klar erkennen, welche Gefahr von dort droht, daß ihnen manchmal das Gefühl innewohnt: Laßt uns doch in Frieden mit dieser ewigen Frage Berlin und Ostdeutschland. Ordnen wir doch unsere Verhältnisse erst mal westlich der Elbe.

Genossinnen und Genossen! An der Elbe steht ein Löwe. Man bändigt einen Löwen nicht, indem man ihm den Rücken zudreht, insbesondere, wenn er in Sprungweite zur eigenen Position steht.

Genossinnen und Genossen! Eine zweite Klarheit, die ich dabei aussprechen möchte: Wir alle haben den Wunsch, daß Deutschland eines Tages frei sein soll, frei von allen Besatzungsmächten. Es muß doch jedermann westlich der Elbe klar sein, daß, solange Deutschland nicht wieder vereinigt ist, solange als die russische Besatzungsmacht mit der SED gemeinsam das halbe Deutschland unterdrückt, auch Westdeutschland eine Besatzungstruppe haben wird. Wer also Westdeutschland befriedigen will, muß wissen, daß dann am Anfang der Kampf um die Einheit Deutschlands steht und nur mit ihrer Wiederherstellung auch die westlichen Besatzungstruppen eines Tages Deutschland verlassen werden.

Genossinnen und Genossen! Östlich der Elbe spielt sich etwas ab, das hier nicht immer ganz richtig eingeschätzt wird. Der Aufbau der Volkspolizei ist nur ein Glied in der großen Kette der Vorbereitungen, die die SED mit ihren Nebenorganisationen trifft in der Wahnvorstellung — und wir alle haben dafür zu sorgen, daß es eine Wahnvorstellung bleibt —, die Auseinandersetzung, die in China geführt worden ist, auch über die Elbe nach Westdeutschland zu tragen. Sie haben nach wie vor den Gedanken, nachdem sie erkannt haben, daß die parlamentarische und demokratische Basis sicher niemals ausreichen wird, um Westdeutschland und Europa zu erobern, daß es nur möglich ist mit Unterstützung der östlichen Besatzungsmacht — eines Tages, wenn die ökonomischen Voraussetzungen am günstigsten dafür sind —, einen Bürgerkrieg über die Elbe hinwegzutragen. Auch das sollte jedem klar sein, wenn er den Rücken zur Elbefront kehrt und sagt: Bauen wir unser eigenes Haus. Aber es geht etwas anderes vor östlich der Elbe. Hier ist das Flüchtlingsproblem besprochen worden. Dieses drückt sich noch in einer anderen Beziehung aus. Monatlich wandern heute noch ca. 30 000 Menschen aus der sowjetischen Besatzungszone nach Westdeutschland aus. Man kann sich ausrechnen, wie lange es dauert, und die letzten, wirklich positiven Widerstandskräfte der sowjetischen Zone sind auf irgendeine Art liquidiert worden.

Der Auswanderungsprozeß geht nicht hervor aus dem Willen oder Unwillen, dort zu leben, sondern aus der ständig sich steigenden Gefahr, die alle Menschen erfaßt, die in der Sowjetzone überhaupt bereit sind, für eine andere Idee einzutreten oder selbst nur eine andere Meinung haben. Ich möchte damit etwas anderes sagen: Wenn wir in der Vorstellung leben, daß es noch eine lange Zeit dauern wird, bis diese Zone zurückerobert wird, dann sollen wir uns auch darüber klar sein, daß eines Tages der Kampf um die sowjetische Zone eine geographische Angelegenheit wird, weil die wirklichen deutschen Kämpfer aus dieser Zone heraus sind und weil inzwischen die Sowjets dafür sorgen werden, daß andere Bevölkerungskreise in diese Zonen hineinwandern. Wir haben uns also zu überlegen, was bei diesem Flüchtlingsstrom aus dieser Zone herauskommt. Es hätte eigentlich gut getan - aber dazu fehlt die Zeit -, wenn auf diesem Parteitag auch ein paar Briefe verlesen worden wären aus dem KZ-Lager Bautzen, wo die Menschen zugrunde gerichtet werden mit noch brutaleren Methoden, als es vor 1945 in Deutschland und Europa der Fall war. Ich glaube, darüber kann doch in unseren Kreisen kein Zweifel sein, daß die Bolschewisierung eine neue Form der übersteigerten Unterdrückung und Ausbeutung ist. Wenn wir gegen die Hedler, Remer und andere neofaschistischen Kräfte mit Ernst und Erfolg ankämpfen wollen, dann ist es unsere Pflicht; gegen alle bolschewistischen Kräfte mit demselben Ernst und demselben Elan zu kämpfen. Wenn ich das sage, dann geschieht es aus dem Grunde, weil wir uns in Berlin auch in der jüngsten Zeit manchmal gewundert haben über die Dinge, die in Westdeutschland vor sich gehen. Der parlamentarische Kampf um die Einheit Deutschlands reicht nicht aus. Die Sozialdemokratische Partei muß Ideen entwickeln, um diesen Kampf auch außerparlamentarisch mit politischen Mitteln zu kämpfen, sonst werden wir uns nicht durchsetzen. Wir haben z.B. erfahren, daß von Lübeck - ich glaube gestern oder vorgestern - ca. 900 junge Menschen sich auf die Reise zum Pfingsttreffen nach Berlin gemacht haben. Wir haben erfahren, daß in einer kleinen Stadt am Rhein 64 Polizeibeamte sich bereiterklärt haben, ihre Unterschrift zu leisten für eine Sammlungsaktion unter dem Zeichen der Friedenstaube mit der Begründung, sie hätten nicht gewußt, für welchen Zweck das ist. Wir haben erfahren, daß in Städten, in deren Gewerkschaftsbewegung mehr als zwei Drittel Sozialdemokraten sind, zum ersten Mai kommunistische Redner die Mairede gehalten haben. Das versteht kein Berliner und kein Bewohner der sowjetischen Zone. (Beifall.)

Um mich kurz zu fassen — es gäbe dazu noch eine Reihe von Dingen zu sagen —: Wir erwarten von unseren Genossen in Westdeutschland eine stärkere politische Unterstützung unseres Kampfes. Ich muß in dieser Beziehung noch auf etwas anderes hinweisen. Es gibt im sowjetischen Sektor Berlins noch ca. 10 000 eingetragene Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei, die in diesem russischen Besatzungsgebiet eine legale Arbeit für unsere Parteibewegung durchführen. (Stürmischer Beifall.)

Wir haben diese Tätigkeit unserer Partei nur aufrechterhalten können, weil wir — so bedauerlich es ist — die Parole in West-Berlin aufstellen mußten: Gegen diese Gegner gibt es nur die Parole: Aug' um Auge.

An dem Tage, als man darangehen wollte, unsere Partei im Ostsektor auf kaltem Wege zu liquidieren, sind wir darangegangen, der SED dieselben Beschränkungen in der Tätigkeit aufzuerlegen, wie das unseren Freunden im Ostsektor geschehen ist. Das ist die einzige Methode, die drüben verstanden wird.

Darum verstehen wir in Berlin nicht, wenn sozialdemokratische Bürgermeister nach Leipzig und Dresden fahren (Sehr richtig! — Starker Beifall). sich dort schöne Reden halten lassen, dann den Gegenbesuch empfangen und sich wieder von dem Gegner schöne Reden halten lassen. — Wir sind der Auffassung, daß Sie im Kampf um die sowjetische Zone viel Positives hinzufügen könnten, wenn Sie dafür sorgen, daß jedes Zusammengehen, jedes Zusammenarbeiten und Hin- und Herreisen zwischen der sowjetischen Zone und Westdeutschland einer konkreten Bedingung unterworfen wird, nämlich, daß jedem, der nach Westdeutschland kommen will, konkrete Fragen vorgelegt werden: Wie stehst Du zu freien Wahlen? Wie stehst Du zur Unterdrükkung der Sozialdemokratie? Wer diese Fragen nicht beantwortet, der darf in Westdeutschland nicht reden.

Der komische Professor Hagemann, der an der Universität in Berlin seine Hetztiraden losläßt, der darf dafür in Westdeutschland bei gesellschaftlichen Veranstaltungen sprechen! Wo ist die Gegenaktion der Sozialdemokraten geblieben? Wo blieb die Gegenaktion in Lübeck? Dort sind 900 Menschen bereit, nach Berlin zu fahren.

Ich muß zum Schluß kommen. Ich glaube, daß hier einiges nachzuholen ist, wenn man den Kampf westlich der Elbe wirklich ernst meint. — Wir haben an diesem Sonntag das Pfingsttreffen. Ich darf hier eines ruhig mitteilen:

Die Abwehr dieses Pfingsttreffens ist ausgestanden. Wir werden jetzt dafür sorgen, daß dieses Pfingsttreffen in Berlin zu einer großen Niederlage der SED-Strategie wird. Aber es wird Ihre Aufgabe sein, daß wir mehr Unterstützung in Westdeutschland finden.

Am 15. Oktober wählt die sowjetische Zone. Ost-Berlin wird mitwählen. Und die "SA" — jeder weiß, was das ist, die sogenannte "Sozialdemokratische Aktion" — hat die Parole herausgegeben: Dann muß die Berliner Sozialdemokratie im Ostsektor verschwinden, dann hat sie keine Existenzberechtigung mehr. Und hier in Westdeutschland dürfen diese Männer herumlaufen?

Helft uns, daß wir über den 15. Oktober kommen und helft uns, daß wir auch dann, wenn Berlin zwölftes Land werden sollte, den Bestand der Organisation im Ostsektor sichern können. Ihr könnt uns helfen.

Genossen! Reißt die außerparlamentarische Führung im Kampf um die Einheit Deutschlands an uns, dann werden uns die Massen auch folgen, wenn es um den Kampf um den demokratischen Sozialismus geht!

Vorsitzender Meitmann: Das Wort hat Herbert Wehner. Ihm folgt Markscheffel.

Herbert Wehner, Hamburg: Ich muß zunächst einige Sätze zu einem Hamburger Antrag sagen, der bei diesem Punkt mit zur Behandlung steht. Es handelt sich um den Antrag, der die Nr. 25 trägt. Und soviel ich weiß und meine Hamburger Freunde wissen, bezieht sich der im Nachtrag zu Nr. 5 unter 60 bezeichnete Antrag des Parteivorstandes und Parteiausschusses auf dasselbe Thema, das unser Antrag Nr. 25 anspricht.

Wir bitten den Parteitag darum, diesem Hamburger Antrag seine Zustimmung zu geben. Es ist ein wohlüberlegter Antrag, bei dem es darum geht, Mängel in der Zusammenarbeit, soweit das menschenmöglich ist, wirklich aus dem Wege zu räumen und die sozialdemokratische Politik zu einer Politik zu machen, die sich an allen Abschnitten gleichzeitig und gleichmäßig auswirkt.

Wenn über einzelne Worte gestritten werden sollte, dann haben wir dafür einen Kompromißvorschlag bereit. Wir schlagen für diesen Fall vor — und es ist mein Auftrag, Ihnen das hier zu sagen —, daß in der viertletzten Zeile — das ist Seite 5 dieser Vorlage — an Stelle der Worte "ihre Vorhaben und Entscheidungen" einfach "ihre politischen Entscheidungen" gesetzt wird, damit klar wird: bei diesem Antrag auf Koordination handelt es sich nicht um alles und jenes, sondern um die Koordination in entscheidenden politischen Fragen.

Ich möchte mich dann zu einigen Punkten äußern, die hier in den beiden Referaten der Genossen Schumacher und Ollenhauer dargelegt worden sind.

Unsere Politik ist ein zusammenhängendes Ganzes. Man kann nicht beliebige Teile der sozialdemokratischen Konzeption herausbrechen, sie durch andere ergänzen und je nach Bedarf auswechseln wollen.

Es stimmt mich nachdenklich — und es sollte auch andere Genossen nachdenklich stimmen —, daß bei der etwas heftigen Argumentation für den jetzigen Beitritt zum Straßburger Rat — soweit man dabei von Argumenten reden kann, denn es ist hier schon gesagt worden, es wird vor allem mit Emotionen gearbeitet — im Grunde ähnliche Erscheinungen zutage treten, wie wir sie in der Zeit seit dem Bestehen des Bundesparlaments in einigen anderen kritischen Situationen erlebt haben.

Es ist wohl kein Zufall, daß sich die Träger dieser Erscheinungen — wenn auch nicht in jedem einzelnen Fall, so doch in fast allen Fällen — decken. Es wundert mich nicht, daß es in solchen Situationen, in denen es darauf ankommt, die sozialdemokratische Grundkonzeption durchzustehen, natürlich Schwankungen und Krisen gibt. Immerhin ist interessant, daß ihre Träger melst dieselben Genossen sind. Das, was wir heute über Straßburg von solchen Genossen und Freunden gehört haben, die der Meinung sind, es sei nahezu alles verloren, wenn man nicht jetzt Ja zu Straßburg sagt, das haben wir auch schon gehört, als es um die Frage ging, ob die Partei in eine Koalition gehen soll. Damals hieß es, daß sie ja in eine Koalition gehen sollte — ich möchte es etwas überspitzt sagen —, und sei es auch nur um den Preis, daß wir das Postministerium bekommen, nur, um unter allen Umständen dabei zu sein. Die Argumente waren damals nicht weniger farbenreich, als sie es jetzt sind. (Bravorufe.)

So ist es auch bei der Wahl des Bundespräsidenten gewesen. Es war dieselbe Panikstimmung, eine hektische Stimmung nahezu derselben Genossen, die mit solchen Auffassungen hervortraten und sagten, es ginge hier um alles, wenn wir nicht dabei wären und einen einigermaßen von den anderen akzeptierbaren Präsidenten vorschlügen, statt unsere Konzeption auch in diesem Fall durchzuziehen. Damals hieß es ebenfalls, dann wäre die Partei so gut wie verloren. Heute haben wir dasselbe Spiel in der Frage Straßburg. Wenn wir uns dazu die "Argumente" des Bundeskanzlers über dieselbe Frage ansehen, über die hier, wenn auch in ganz anderem Geiste, gesprochen worden ist, dann kann es eine Sau jammern angesichts der Art, in der die Regierung einen solchen Schritt begründet.

Mir fehlt leider die Zeit, das im einzelnen auszuführen. Aber entscheidend ist: Adenauer hat auswechselbare Argumente wie in jeder entscheidenden Situation. So, wie er beim Petersberg-Abkommen in derselben Rede einmal gesagt hat, es handele sich bei Petersberg um einen großen Erfolg, den ersten großen Erfolg, um dann am Schluß, unter dem Druck der Argumente der Opposition, zu sagen: Was haben wir denn eigentlich damit zu tun? Wir haben ja gar nichts Besonderes unterschrieben! Es ist uns ja so aufgedrückt worden! Es blieb uns nichts anderes übrig, als das anzunehmen!

Auch jetzt hat er wieder ein auswechselbares Argument, wenn er sagt, wir müßten jetzt hineingehen, sonst glaubten die anderen, wir stünden mit dem einen Bein im Osten. Besonders bestünden solche Befürchtungen hinsichtlich der SPD. Eine ebenso infame wie typische Adenauersche Unterstellung!

Und dann kommt das andere auswechselbare Argument, das in der Gestalt der "Sondermeldung" vorliegt, die sich der Kanzler für diesen Fall zurechtmachte, der Sondermeldung über den Schumanschen Vorschlag, der doch im einzelnen damals überhaupt noch nicht und auch jetzt noch nicht durchsichtig ist.

Wir haben in diesem Fall eine politische Entscheidung zu fällen.

Nun, bitte, wie war es damals, bei der Debatte um das Grundgesetz im Frühjahr 1949, in einer Zeit, in der auch so viele kluge Leute gesagt hatten: Jetzt muß man Ja sagen, die Sozialdemokraten sind kurzsichtig und Schumacher ist ein Doktrinär?! Was wäre daraus geworden, wenn man damals Ja gesagt hätte, voreilig Ja gesagt hätte, und wenn wir in den Knien Baumwolle gehabt hätten, statt das Kreuz zu haben, durchzustehen in der kritischen Situation, in der es ja alle besser wußten? Oder wie wäre es dann, wenn wir solche Argumente auf das Ruhrstatut anwenden würden? Oder wenn man sie angewandt hätte, um dann — von innen heraus — die Revision anzustreben? Das haben ja manche gesagt, ohne zu bedenken, daß wir als Mitglied der Ruhrbehörde solche Revisionsmöglichkeiten gar nicht haben.

Ich gebe das nur mal zu bedenken. Bei allen solchen kritischen Situationen gibt es natürlich Schwierigkeiten. Aber wir sollen sehen: Die Partei macht solche Dinge doch nicht wie in einem Warenhaus, daß man das eine oder das andere nehmen kann, sondern sie hat eine Konzeption. Das sei vor allem denen gesagt, die von dieser Stelle aus behauptet haben, es gäbe keine sozialistische Konzeption. Wer hat sie denn bewiesen in diesen ganzen Jahren, in denen es darum ging, wirklich vernünftige Gedanken und Ideen an Stelle dieser Siegermentalität durchzusetzen?

Wir haben, wenn von Europa die Rede ist, ein besonderes Anliegen. Uns nimmt das keiner ab, Genossen. Ich sage das besonders jetzt, nach der Rede des Genossen Mattick, mit besonderem Nachdruck. Es nimmt uns keiner ab, und niemand hilft uns im Grunde in diesem unserem eigentlichen Lebenskampf. Der gilt der Wiedervereinigung unseres aufgespaltenen Landes. Heute ist es doch noch so, Genossinnen und Genossen: in diesem Punkte sind die andern alle mehr oder weniger platonisch, bzw. da haben wir es, wenn wir keine Dummköpfe sind, doch mit Konzeptionen vor allem in den entscheidenden Kreisen der französischen Politik zu tun, die gegen die Wiedervereinigung sind. Da müssen wir noch einmal wiederholen, was bei der Viermächte-Außenministerkonferenz vor fast einem Jahr der Tenor eines nicht unbeträchtlichen Teils der französischen sogenannten öffentlichen Meinung war. Ich erinnere an die sehr deutlichen Äußerungen, die die Angst vor der Wiedervereinigung dieses Landes mit seinem, wie es hieß, riesigen Industriepotential und seiner großen Arbeiterklasse zum Ausdruck brachten.

Nun, zwei andere Fragen sind an anderer Stelle auch schon von anderen angeregt worden; ich möchte sie hier noch einmal zu bedenken geben. Warum eigentlich macht man das Theater, das man uns um den Straßburger Rat aufzwingt, nicht mit Österreich? Warum zwingt man Österreich nicht eine solche Entscheidung und eine solche kritische Situation auf? (Großer Beifall.)

Ich sage das nicht, weil ich es den Österreichern gönnte. Aber ich sage das, weil das Sozialdemokraten, die doch urteilsfähige Menschen, denkende Menschen sind, zum Nachdenken bringen muß, wo der Grund zu einer solchen zweierlei Art von Behandlung dieser beiden Länder liegt. Will man uns damit in eine Mausefalle hineinlocken, aus der wir nicht mehr herauskommen, auch wenn wir, sobald wir drin sind, noch so sehr herumtoben? Bei Österreich hat man offenbar eine andere Konzeption dazu. Österreich steht um einige Meter vor uns; ihm wagt man nicht derartige Anforderungen zu stellen.

Und wie wäre das mit Finnland? Stellt man ihm derartige Anforderungen?

Es wird gesagt: Wir haben keine Zeit zu verlieren. Ich habe sie leider auch nicht, denn ich hatte mir einiges vorgenommen. Aber gestatten Sie mir: Es wurde hier gesagt von ausländischen Genossen: Ihr müßt nach Straßburg, und wir haben keine Zeit zu verlieren! Wir haben aber auch aus manchem herausgehört, daß man — bitte, nehmt dieses harte Wort so, wie es ist — daß man uns mancherorts als Fußvolk nach dort haben möchte. Und das stimmt uns nicht nur bedenklich — sondern im Zusammenhang mit dem, was uns als Auftrag, als Aufgabe vom deutschen Volk gegeben ist, ist ein solcher Versuch, uns dort hineinzubekommen, mit diesem Tenor für uns völlig inakzeptabel.

Es gibt in Deutschland — das sind wir und mit uns vor allem die Menschen in der sowjetischen Zone, in Berlin — Millionen, die brauchen Europa. Und wenn sie mit ihrem besonderen Anliegen an Europa kommen, so wünschen wir, daß man eines begreift: Es ist kein Hochmut, wenn wir das so sagen, hier muß man ja nicht erst erklären, daß Europa notig ist, um die Gefahr der sowjetischen Gleichschaltung zu beseitigen bzw. ihr entgegenzutreten. Die Frage ist nur, wie das zu machen ist.

Ich habe in diesen Tagen den zweiten, und ich gestehe, mich tief erschütternden Brief aus dem Justizstraflager Bautzen bekommen, einem Lager, in dem sechstausend Menschen, zum großen Teil Sozialdemokraten, aber auch Angehörige anderer in der sowietischen Zone noch existierenden Parteien gefangen sitzen. Einige wenige Zeilen nur haben über den ersten herausgegebenen Brief die meisten Zeitungen gebracht. Im Ausland hat es leider ein kaum vernehmbares Echo gegeben. Ich hoffe, man erlaubt mir, aus dem zweiten Brief hier einiges zu sagen in der vielleicht vermessenen Hoffnung, daß auf diese Weise auch die Presse Gelegenheit nehmen wird, das beim ersten Brief offensichtlich unterlaufene Versäumnis wiedergutzumachen und zumindest in einigen zusammenhängenden Sätzen zu sagen, was auf deutschem Boden vorgeht. Das ist etwas, das wir bei der Debatte um Europa mit hereinzubringen haben. Das sind nämlich nicht zwei voneinander unabhängige Dinge. Man kann nicht entweder von der einen oder anderen Sache reden, wenn wir über Europa sprechen. Man kann nicht nur über ein Stück Kriegsschauplatz kalten Krieges sprechen, sondern man muß über ein Land sprechen, in dem Konzentrationslager und Folterhöhlen sind.

Sechstausend Menschen sitzen in diesem vierfach mit elektrischem Stacheldraht umgebenen Gefängnis in Bautzen hinter fünf Meter hohen Mauern, Tausend von diesen augenblicklich dort gefangengehaltenen sechstausend Menschen sind tuberkulös. Von diesen tausend Tuberkulosenkranken bekommen nur siebzig Krankenkost, die anderen bekommen sie nicht. Es sind in der Zeit des Bestehens dieses Lagers über 18 000 Menschen in ihm zugrunde gerichtet, d. h. in den Tod gejagt worden. (Pfui-Rufe.) Am 13. März haben sich diese Gefangenen in ihrer Verzweiflung und mit allem Mut, den sie in dieser Verzweiflung aufbrachten, dazu aufgerafft, eine Aktion zu unternehmen. Sie hatten die Fenster geöffnet und haben hinausgeschrien, was dort mit ihnen vorgeht. Es wurde ihnen dann erklärt durch die "Volkspolizei" und die anderen Organe, sie sollten alle möglichen Vergünstigungen bekommen, aber sie sollten sofort aufhören zu schreien. Denn das hat man, wenn auch leider nicht hier rechtzeitig, so doch in der Umgebung von Bautzen gehört, und es hat sich herumgesprochen, warum sie geschrien haben. Sie wollten nach dem Bluff mit der "Auflösung" der sowjetischen Konzentrationslager und der angeblichen Überführung in ordentliche Justizverhältnisse auch in den sagen wir - Genuß dieser "Segnungen" kommen. Es hat sich aber nichts geändert nach diesem ersten Hungerstreik, verbunden mit der Fensteraktion. Was man ihnen versprochen hatte, wurde nicht gehalten. Am 31. März griffen sie zu einer zweiten Verzweiflungsaktion, und dann ist ein Massaker angerichtet worden, von dem man sich wohl nur schwerlich eine Vorstellung machen kann. Erlaubt mir, Genossen, daß ich Euch diesen Brief vorlese. Darf ich das noch? (Genosse Schönfelder: Jawohl!)

"Bautzen, den 6. 4. 1950

Deutsche Männer und Frauen!

Zum zweiten Male rufen wir Euch, rufen wir jeden, der noch Anspruch auf die Bezeichnung Mensch erhebt, aus dem gelben Elendsbau in Bautzen um Hilfe. Erhört unseren dringenden Notschrei, denn wir haben nach der Absendung des ersten Berichtes Furchtbares erlebt!

Am 31. März, an dem wiederum von Tausenden unschuldiger Menschen in ihrer Angst vor dem Hunger, vor der Tuberkulose, in ihrer unermeßlichen seelischen Qual und Ungewißheit um das Schicksal ihrer Angehörigen ein Notschrei aus der äußersten Verzweiflung in die Öffentlichkeit hinausgeschrien wurde, wurden wir von der Meute der entmenschten Volkspolizisten mit grausamster Brutalität niedergeschlagen.

Alte und Junge, Kranke und Invaliden, Opfer des Faschismus und Kriegsversehrte wurden derart mit Gummiknüppeln, Koppeln und Fußtritten bearbeitet, daß Hunderte mit schweren Kopfverletzungen, Knochenbrüchen, Blutergüssen und Verrenkungen darniederliegen. Die entmenschten Polizisten, die auch diesmal unter dem Kommando von Polizeirat Schulz standen und die durch Hinzuziehung einer an der tschechischen Grenze stationierten Alarmeinheit verstärkt worden waren, gingen bei dieser blutigen Aktion vollkommen planmäßig vor, indem sie jeweils in einen abgeschlossenen Saal eindrangen — in dem bis zu 400 Mann auf kleinstem Raum zusammengepfercht leben müssen — und dort in der allerbrutalsten, gemeinsten Art und Weise die Kranken, von Hunger geschwächten, wehrlosen Menschen durch die Gänge trieben, zur Tür hinausprügelten und die Treppe hinunterstürzten.

Selbst die diensthabenden Gefangenenärzte, die sich schützend vor die Gefangenen stellten, wurden rücksichtslos mit Gummiknüppeln niedergeschlagen, dann tobte sich der Mut der blauen Banditen selbst an den Schwerkranken in viehischer Weise aus.

Die Hilfeleistung der Saalärzte an bewußtlos im Saal und auf der Treppe liegenden Inhaftierten wurde von Polizeirat Schulz mit der satanisch-zynischen Bemerkung begleitet: "Laßt die Hunde verrecken!"

Man darf die Anzahl der Verletzten mit etwa zwei Drittel der Gesamtbelegschaft annehmen.

Noch einmal, unter diesen Bedingungen vielleicht zum letztenmal, rufen wir die ganze zivilisierte Welt, wenden wir uns an die Gerechtigkeit und Menschlichkeit einer demokratischen, besseren freien Welt, noch einmal entrollen wir vor der Offentlichkeit die Vorgänge von Bautzen.

Nachdem in den ersten Tagen des Februar d. J. die deutsche Verwaltung das Gefangenenlager Bautzen übernommen hatte, in dem etwa siebentausend Unschuldige schmachten, begannen sie ihr Regime mit einer Kürzung der Lebensmittelrationen. Die Verpflegung bestand nun: Früh morgens aus heißem Wasser mit vereinzelten Nudeln, mittags aus einer Futterrunkelbrühe, eingesäuerten Mohrrüben oder Kartoffelschalensuppe mit Sauerkrautfäden. Die Tuberkulose, die schon vorher als Schreckgespenst vor den Häftlingen gestanden hatte, wütete mit jedem Tage stärker, Medikamente waren praktisch nicht vorhanden, die sanitären Einrichtungen in einem Zustande, der es jedem erlaubte, sich auszurechnen, wann er dem würgenden Tod oder dem Hunger zum Opfer fallen würde. Wie unsagbar schlecht, wie katastrophal die sanitären Zustände und der Gesundheitszustand der Häftlinge waren und sind, geht wohl am eindeutigsten aus der traurigen Tatsache hervor, daß bei der Übernahme des Lagers kein Amtsarzt sich bereit erklärte, weder Behandlungen und Betreuung noch etwa gar die Verantwortung für diese sechstausend zum größten Teil schwerkranken, behandlungsbedürftigen Insassen zu

übernehmen und daß selbst heute noch die ärztliche Behandlung allein in den Händen von gefangenen Ärzten liegt, denen lediglich ein Sanitätswachtmeister beigegeben ist.

Schwebt den Amtsärzten der DDR vielleicht das Schicksal der Ärzte in den ehemaligen KZ's der Nazis vor Augen?

Die Volkspolizei sperrt die Post; die Zeitungslieferungen wurden eingestellt; jede kulturelle Betätigung innerhalb der einzelnen Säle verboten. Wir Häftlinge wurden als Verbrecher beschimpft, die Zählungen in Kehrtstellung durchgeführt.

So wurde die Belegschaft des Lagers ganz systematisch in eine Angstpsychose hineingetrieben, die sich noch ganz erheblich steigerte, als selbst sechs Wochen nach der Übernahme durch die deutschen Organe sich keiner der zuständigen Offiziere oder Verwaltungsbeamten dazu hatte bewegen lassen, auch nur mit einem Wort sich über die rechtliche Lage der Inhaftierten zu äußern.

Die Saalältesten und die Vertrauensleute wiesen immer und immer wieder in dringlichen Meldungen und beschwörenden Appellen die verantwortlichen Stellen auf diese Angstpsychose vor Hunger und Tbc hin. In wiederholten Schreiben baten sie den Kommandeur, doch mit einigen aufklärenden Worten über den Fortgang der Dinge diese seelisch vollkommen zugrunde gerichteten Menschen zu beruhigen. Immer wieder wurde darauf hingewiesen, daß die jahrelange unmenschliche Haft mit ihren grausamen Bedingungen die Menschen vollkommen seelisch zermürbt und zerstört hatte.

Es war alles vergebens; es rührte und regte sich nichts. Hunger, Tbc und seelische Qualen trieben die Menschen zum Äußersten. Am 13. März rissen sie die Fenster auf und schrien ihre Not, ihre Angst und ihr Elend, schrien damit aber auch zugleich die Schande und die Schmach dieses Regimes in die Öffentlichkeit.

Diese Rufe mußten den Machthabern grausam in den Ohren gegellt haben, denn schon am nächsten Tage gaben Inspektoren, hohe Offiziere, Verwaltungsbeamte und Minister einander die Türklinke in die Hand, und am 16. März erschien in den einzelnen Sälen eine deutsch-russische Offizierskommission. Während die russischen Offiziere lediglich die Versicherung abgaben, nicht nur in Karlshorst, sondern auch den Herren Pieck und Grotewohl unsere Lage eingehend zu schildern und eine Klärung herbeizuführen, versprachen die deutschen Polizeioffiziere — vor allem der traurig berüchtigte Polizeirat Schulze — das Blaue vom Himmel. Aufbesserung der Verpflegung, Verlegung der Jugendlichen, Arbeitsmöglichkeit für alle, Erneuerung der Bekleidung, sofortige Postzustellung, die Möglichkeit zu schreiben und unbeschränkt Pakete zu empfangen, Zahnbürsten, Kämme, Seife sollten ausgegeben werden usw. Bautzen schien sich mit einem Male in ein Erholungslager verwandeln zu wollen. Wer aber die Herren bei ihren Versprechungen ansah, konnte ihnen die befohlenen und bewußten Lügen vom Gesicht ablesen, und am deutlichsten dokumentierte sich die Wut und Angst in den Worten des Polizeirats Schulze: "Sie sollen alles haben, aber schreien Sie um Gottes willen nicht wieder."

Wir Häftlinge schrien nicht wieder. Wir hatten Verständnis mit verwaltungstechnischen Schwierigkeiten, wir waren auch nicht so gemein wie unsere Wärter, denn wir glaubten — sogar nach all den Jahren der Gemeinheit und der Quälereien — an das Wort eines deutschen Beamten.

Aber wiederum geschah gar nichts. Das Hungern ging weiter, Tuberkulose herrschte, die Lage verschärfte sich noch als deutsche Volkspolizisten von den Wachtürmen herab Anschlagübungen auf uns Inhaftierte vornahmen, als das Essen sich von Tag zu Tag noch mehr verschlechterte und als laufende Neuzugänge die qualvolle Enge noch steigerten, die Seuchengefahr vergrößerten.

Diese armen Opfer, diese schwer Tuberkulosekranken, wurden auf offenen Lastwagen hier eingeliefert, so daß bei der Ankunft schon ein Toter zu beklagen war und am gleichen Tage noch zwei Inhaftierte verstarben.

Wieder waren es die Gefangenen selbst, die in zahlreichen schriftlichen und mündlichen Gesuchen um eine Unterredung mit einem der verantwortlichen Männer nachsuchten. Nichts geschah. Zum erneuten Male wurden die Menschen in einen Zustand getrieben, der ihnen den Genickschuß oder die Gaskammer als humanitärer, weil schnellere und schmerzlosere Methoden erscheinen ließ!

Um alle, aber auch restlos alle Möglichkeiten auszuschöpfen, wendeten sich die einzelnen Säle sogar an die höchsten Stellen der DDR, unabhängig voneinander richteten sie auf dem Dienstwege an die verschiedenen Regierungsstellen der DDR Gesuche und baten um Abstellung der unmöglichen — weil zum Tode von Tausenden Unschuldiger führenden — Zustände; baten um Klärung ihrer rechtlichen Stellung und vor allem um ein ordentliches Gerichtsverfahren, das ja nur ihre Unschuld beweisen konnte.

Als wiederum Tage und Wochen vergingen, ohne daß das Geringste erfolgte, genügte nunmehr eine Geringfügigkeit, um aus dieser Situation eine spontane Kundgebung hervorgehen zu lassen.

Am 31. März d. J. schlug dann die Verzweiflungsstimmung um, wehrten sich die Tausende gegen den immer näherrückenden Würgeengel Tbc und den Hungertod, schrien sie zum zweiten Male ihre Angst, Not und Pein in die Welt hinaus.

Am Mittag hatte man uns wieder eine stinkende dünne Runkelbrühe vorgesetzt; zu gleicher Zeit "durfte" jeder Häftling eine Karte mit dem vorgeschriebenen Text schreiben: "Liebe (r) . . .! Teile Euch mit, daß Ihr mir innerhalb acht Wochen einmal schreiben könnt und auch ich Euch in dieser Zeit einmal schreibe. Besuchund Paketempfang zur Zeit noch nicht gestattet. Herzlichen Gruß! . . ."

Dieser neue Wortbruch, diese neue Gemeinheit führte endlich zu den Vor-

gängen des 31. März.

Wiederum wurden spontan die Fenster aufgerissen, wiederum gellten die tausendfachen Schreie und Sprechchöre den Kerkermeistern und Henkersknechten entgegen, wiederum schrien 6000 gequälte, halbverhungerte Menschen all ihre Not in eine Welt, von der allein sie sich Hilfe versprachen!

Und wenn auch weit über die Hälfte aller Häftlinge diesen Hilfeschrei mit schweren Verletzungen, mit Schmerzen und mit Blut bezahlen mußten, wenn auch die 172 Volkspolizisten mit ihren 16 Offizieren in Gegenwart höchster, goldbetreßter Herren, die sich dieses erhebende Schauspiel nicht entgehen lassen wollten, ihren Mut bewiesen und uns wehrlose Menschen derartig zusammenschlugen, daß noch heute die Opfer mit ausgeschlagenem Auge, bewußtlos und der Sprache beraubt mit zerschlagenen Knochen darniederliegen, ja, selbst wenn noch einige von uns diesen Einsatz mit ihrem Leben bezahlen müßten, da sie bei dieser Behandlung und Kost kaum den Blutverlust ersetzen können, so haben wir, so hat die gesamte Welt doch das Angesicht dieses Regimes als Fratze des Teufels erkannt.

Die Repräsentanten dieser Schandrepublik, die Polizeioffiziere der DDR selbst stürmten mit Gummiknüppel in der Hand die Säle und Zellen, in denen die Häftlinge ruhig auf den Pritschen saßen, sie selbst knüppelten alte, weißhaarige Männer nieder; sie schrien ihren Männern immer wieder zu: "Schlagt vor allem die Jugendlichen zusammen! Schlagt die Verbrecher tot!"

Freie Menschen in Deutschlands Westen! Wenn Ihr nur einen Blick in unsere Säle hättet werfen können, nur einen einzigen Blick während dieser schmachvollen Vorgänge, wenn Ihr gesehen hättet, wie alte Männer blutüberströmt am Boden liegend, von dieser viehischen Soldateska weitergeschlagen und getreten wurden, wenn Ihr gesehen hättet, wie Männer, die ein Lebensalter schon im Dienste der Gemeinschaft standen oder für die sozialistische Bewegung sich eingesetzt hatten, nicht nur körperlich, sondern auch seelisch vollkommen zusammenbrachen, als sie von 18—20jährigen politisch zuverlässigen Bestien den neuen Sozialismus eingeprügelt bekamen, wenn Ihr gesehen hättet, wie man die Kranken von den Liegestätten herunterwarf und blindwütig mit Gummiknüppeln auf sie einschlug, dann würdet Ihr, freie Menschen, mit grenzenlosem Entsetzen und namenloser Empörung vor diesem Verbrechen stehen, vor diesem Verbrechen gegen die Menschlichkeit, begangen fünf Jahre nach der Beseitigung des Regimes, dessen es würdig wäre.

Genossen und Parteifreunde!

Deutsche Menschen diesseits und jenseits der Grenzen!

In unserer namenlosen Verzweiflung und Not wenden wir uns an Euch, wir wenden uns an alle Parteien und Organisationen! An die kirchlichen Verbände und Religionsgemeinschaften!

Wir wenden uns an den Kampfbund gegen die Unmenschlichkeit und das Ministerium für Wiedervereinigung!

Wir wenden uns an das Rote Kreuz und die Liga für Menschenzechte!

Wir wenden uns an alle Demokraten, an alle Menschen in einer freien Welt: Hört unseren Schrei!

Hört den Schrei der 6000 gequälten und hungernden Gefangenen, die in Euch ihre allerletzte Hoffnung sehen, die von Euch Rettung für sich und ihre Familien ersehnen.

Hört uns und helft uns! Helft den Tausenden von Unschuldigen, die als Opfer einer blutigen Tyrannei schon 20 000 ihrer Kameraden in der Erde verscharren mußten!

Hört uns, Genossen der SPD! Tausende Eurer Genossen wurden von den Banditen der Einheitspartei ermordet, hört die Überlebenden und helft ihnen.

Hört uns, Freunde der CDU, LDP, FDP! Eure besten Mitglieder sind es, die hier brutal und systematisch zu Tode gequält werden, weil sie es gewagt hatten, für ihre Partei einzutreten!

Hört uns, ihr Menschen jenseits der deutschen Grenze!

In der allerhöchsten Not schreien wir zu Euch! Schon einmal habt Ihr Legionen Unschuldiger, Gequälter vom Tode errettet, duldet nicht, daß zum zweiten Male unersättliche Machtgier, niedrigste animalische Instinkte und teuflische Mordlust sich an aufrechten Menschen austoben! Menschen in allen Ländern! Erhört uns! Prangert diese Verbrecher und ihre viehischen Willkürakte an!

Ruft durch Eure gesamte Presse die anständigen Menschen auf zum Kampf

gegen dieses Untermenschentum!

Schickt unseren Schrei der Not und Verzweiflung durch Draht und Radio durch alle Welt!

Genossen! Freunde! Menschen! 6 000 beschwören Euch! Hört den Aufschrei dieser Gemarterten!

Jeder Tropfen Blut, der hier vergossen wurde, muß brennen im Gewissen der Menschheit, muß brennen als Schandfleck eines Blutregiments! Duldet nicht länger, daß Verbrecher und Mörder ihre sadistischen Triebe an Unschuldigen austoben! Laßt es nicht zu, daß nach der braunen jetzt die rote Diktatur mit denselben Methoden jede Menschlichkeit niederknüppelt und finsterstes Mittelalter nochmals zur Herrschaft gelangt!

Erhört unseren Notschrei! Hört ihn, alle, die Ihr noch Menschenantlitz tragt und die Ihr noch einer menschlichen Regung fähig seid! Hört und helft uns. Legt diesen Unmenschen, legt diesem Blutregiment das Handwerk! Genug des unschuldig vergossenen Blutes! Genug der Opfer, die im Kampfe gegen Willkür und Diktatur, gegen Sklaverei und Knechtschaft fielen! Genug der Opfer, die hinter Stacheldraht in elenden Baracken, in Zellen und Gaskammern, in Konzentrationslagern hingemordet wurden! Genug der Opfer, die Hunger, Seuchen und Tuberkulose grinsend hinwegrafften! Genug der unschuldigen Toten! Nicht mehr Tod und Vernichtung, Leben und Aufbau sollen regieren!

Wir rufen die gesamte zivilisierte Welt! Wir wollen nicht dem Hunger und der Tuberkulose zum Opfer fallen!

Wir wollen nicht langsam verrecken wie hilfloses Vieh!

Wir rufen die freien Menschen in aller Welt!

Wir wollen arbeiten, aufbauen, leben!!

Wir wollen der Freiheit in der ganzen Welt zum Siege verhelfen!

Erhört uns. Brüder und Schwestern in der ganzen Welt!

Helft uns!"

Ich hoffe, daß einige Vertreter der Presse Gelegenheit nehmen werden, sich aus der Abschrift dieses Briefes — das Original können wir der Öffentlichkeit aus ganz verständlichen Gründen nicht zugänglich machen —, weiteres herauszuholen, damit es wirklich die Welt hört. Wenn man nun fragt, was das eigentlich zu tun hat mit der Diskussion, die hier den Hauptteil ausmacht, so sage ich: sehr viel. Ein Teil unseres Volkskörpers wird gegenwärtig zerfleischt, und es wäre keine Hilfe, weder für diesen noch den übrigen Teil, wenn man diesen Teil abbinden und sozusagen dazu verurteilen würde, daß er abstirbt. (Starker Beifall.)

Genossinnen und Genossen! Adenauer hat gesagt und andere haben es gesagt, wer A gesagt habe, müsse auch B sagen, und es wurde diesem seltsamen ABC die Auslegung gegeben, A sei das Grundgesetz gewesen und B sei der Straßburger Rat. Nun, bei diesem ABC kann man sich vorstellen, was weiter kommt. Aber wir sind auf die se s ABC Dr. Adenauers nicht festgelegt, sondern wir sind festgelegt auf die heilige Verpflichtung, wenn es nicht anders ist, als die einzigen in der Welt; die Wiedererringung der Vereinigung unseres Landes, mit unseren Schwestern und Brüdern, zu unserer Hauptaufgabe zu machen.

Deshalb meine ich am Schluß, und das ist eine Angelegenheit, die ich dem Farteivorstand zu bedenken gebe, ob es nicht richtig wäre, in der uns heute zugänglich gemachten Resolution nachzusehen, ob sich nicht in dieser Resolution ein oder zwei Sätze anbringen lassen, die zeigen, daß die Frage der gesamtdeutschen Politik der Wiedervereinigung nicht Dinge sind, die man trennen kann oder will von Europa. Wir sollten das hier auch demonstrativ tun. Das ist unser Hauptanliegen zu Straßburg, Europa und der ganzen Welt.

Vorsitzender Schönfelder: Ich habe -- die Zustimmung des Parteitages vorausgesetzt -- den Genossen Wehner etwas länger reden lassen. Ich glaube, daß Sie mit mir der Auffassung sind, daß das eine Ausnahme war.

Wir fahren in der Aussprache fort. Das Wort hat jetzt Markscheffel, Mainz.

Günter Markscheffel, Mainz: Ich möchte zunächst meiner Freude darüber Ausdruck geben, daß wir heute diese intensive Diskussion um den Beitritt in den Europa-Rat führen. Ich möchte vor allen Dingen die Vertreter der deutschen und auch der internationalen Presse und die Vertreter des internationalen Sozialismus, unsere Gäste, bitten, diese Tatsache in der Welt laut kundzutun, damit endlich dieses blödsinnige Gerede aufhört, in der Sozialdemokratischen Partei werde in Hannover "ja" gesagt und dann gäbe es keine Diskussion mehr.

Wir erleben eine Diskussion, die weit über die technisch-politische Frage hinausgeht, ob die SPD zum Europa-Rat ja sagt. Wir erleben eine Diskussion um die Beantwortung der Frage, ob die SPD eine neue Partei ist oder die Weimarer Politik des Mitmachens um jeden Preis weiterführen will. (Beifall!)

Ich habe den Ehrgeiz, von der Mahnung des Präsidenten Gebrauch zu machen und nicht 10 Minuten zu sprechen. Deshalb will ich nur in einigen kurzen Schlaglichtern noch einmal feststellen, daß fast alle die Genossen, die heute für den Europa-Rat aufgetreten sind, zu derjenigen Kategorie von Sozialdemokraten gehören, die seit Kautsky für das Mitmachen eingetreten sind.

Wenn der Genosse Brandt eine <sup>3</sup>/<sub>4</sub>-Zustimmung und ein Viertel Nein! Nein! hier zum Ausdruck gebracht hat, dann sage ich: Wir Sozialdemokraten können es uns nicht leisten, uns mit einem Bein durch die Geschichte der Gegenwart hindurchzuschmuggeln. Wir können entweder nein sagen oder wir müssen ja sagen.

Die Vergleiche, die mit der Situation von 1919 angeführt worden sind, hinken vor allem deswegen, weil wir uns seit 1900 in einer Periode der mutmaßlichen Weiterentwicklung des demokratischen Gedankens befanden, in der ein Fernbleiben der deutschen Sozialdemokratie absolut und objektiv falsch gewesen wäre. Seit 1945 stellen wir aber von Parteitag zu Parteitag fest, daß wir uns in zunehmendem Maße in einer Periode von Auseinandersetzungen im Weltmaßstabe befinden, die wir solange nicht im entscheidenden Maße beeinflussen können, solange nicht die deutsche Einheit und Souveränität hergestellt ist.

Wenn der junge Doktor aus Hamburg, der für die jüngeren Genossen sprach und den Appell der "Jugend" hier anführte, sagte, die Jugend wartet auf "Europa", dann möchte ich ihm sagen, daß er nicht beobachtet hat, wie die Diskussion über die deutsche Wiederaufrüstung seit dem Tage abgestoppt wurde, an dem die deutsche Sozialdemokratie die Frage der Verbindung des Eintritts in den Europa-Rat, des Atlantikpaktes und der Wiederaufrüstung Deutschlands mit einem glatten Nein beantwortet hat.

Was bedeutet das? Das bedeutet, daß die Diskussion aufgeschoben, aber nicht aufgehoben wurde. Das bedeutet, daß im Augenblick zwar mit Rücksicht auf den Wunsch, die stärkste demokratische Position des deutsche Volkes, die deutsche . Sozialdemokratie, in den Europa-Rat hinein zu bekommen, jene Elemente des Zweifels aus der öffentlichen Diskussion herausgenommen wurden.

Ich glaube, ich bin nicht allein hier, der da sagt, daß eine deutsche Wiederaufrüstung auf keinen Fall eine Lösung der Probleme darstellt, die von den Russen
und Amerikanern in Europa gelöst werden müssen. Die deutsche Sozialdemokratie
kann sich auch nicht einmal den Anschein geben, im Anhängerwagen einer Konzeption zu sitzen, die ihren Ausgangspunkt in den Haager Beschlüssen durch Anregung von Winston Churchill gefunden hat.

Wenn die Befürworter des sofortigen Eintritts in den Europa-Rat befürchten, daß wir im Negativen bleiben: Schumacher wies schon darauf hin, daß aus dem Nein ein Ja werden könnte. Die Tatsache, daß wir heute sauber dastehen, daß die österreichischen Sozialisten sauber dastehen und daß die finnischen Sozialdemokraten in dieser Phalanx mit uns gemeinsam stehen, ist nur darauf zurückzuführen, daß wir in einer Periode, in der unsere Organisation noch nicht einmal gefestigt war, aus reiner politischer Erkenntnis, daß ein Zusammengehen mit dem Totalitarismus das Ende der Demokratie bedeutet, Nein gesagt haben.

Der Kampf um Berlin, der Kampf um die Vereinigung Deutschlands, wäre gegenstandslos heute, wenn wir auch nur ein einziges Mal in dieser Entwicklung zu verstehen gegeben hätten, daß wir eventuell bereit wären, unter Aufgabe unserer Grundsätze, uns der Kunst der Politik der augenblicklichen Möglichkeiten anzuschließen.

Dann noch ein Wort, vor allem an die ausländischen Genossen: Ich weiß es aus vielen Kontakten, daß ihnen vieles an uns unverständlich ist. Und ich bedauere es außerordentlich, daß Carlo Schmid nicht länger gesprochen hat, als er zum Schluß seiner Diskussionsrede die Frage des Revisionismus der Weimarer Republik nur noch andeuten konnte.

Ich möchte den deutschen und ausländischen Genossen mit aller Deutlichkeit sagen, daß die deutsche Sozialdemokratie die beste Garantie für die Erhaltung des Friedens und der Demokratie in Europa bietet. Die Bundesparteien würden doch auch nicht an den Anfang ihrer Politik den Wunsch nach sofortiger Revision stellen! Es gibt doch kaum einen Deutschen, der heute unter all den Vorbehalten — selbst Herr Adenauer nicht — in der Absicht nach Straßburg geht, Straßburg und die augenblickliche europäische und Weltkonstellation als eine unabänderliche Gegebenheit zu betrachten.

Ich glaube, wenn wir alle diese Dinge zusammenfassen, und wenn wir uns überlegen, wieviel Positives wir der deutschen Jugend geben, was sich aus dem scheinbar Negativen einer Augenblicksentscheidung ergibt, dann ist die deutsche Sozialdemokratie das einzige zuverlässige Element der deutschen Demokratie überhaupt.

Wenn wir allen unseren Funktionären sagen, daß darin die europäische konstruktive Kraft liegt, und wenn Sie diese Ideen in Ihren Ortsvereinen und Bezirken und auch in der Öffentlichkeit mit Nachdruck vertreten und nicht immer gleich wackeln, wenn irgendein Offizier kommt und sagt, auch die Sozialdemokraten müßten in diese oder jene "Union", sondern unsere positiven Forderungen darstellen, die wir durch die Politik der Bundestagsfraktion herausstellen konnten, dann halte ich es für möglich, daß auch diejenigen, die heute noch nicht ganz be-

greifen, was wir wollen, den Sinn der sozialdemokratischen Politik erkennen. Die konsequente Politik, die wir seit 1945 und eigentlich schon immer vertreten haben, ist in ihrer klaren Form nichts anderes als die Politik des international und sozialistisch-demokratisch organisierten Europas. (Beifall.)

Vorsitzender Schönfelder: Es hat jetzt das Wort der Genosse Grunner, Berlin. — Der nächste Redner, Kraft, hat seine Wortmeldung zurückgezogen. — Vielleicht hat das werbende Kraft. Dann folgt Blachstein, Hamburg.

Josef Grunner, Berlin-Grunewald: Genossinnen und Genossen! Genosse Ollenhauer hat in seinem Referat, das ebenfalls zur Diskussion steht, eine erfrischende Kritik an der Bonner Demokratie, an der Bonner Pseudodemokratie, geübt. Diese Kritik hat mich insbesondere deswegen sehr gefreut, weil meiner bescheidenen Meinung nach der Genosse Ollenhauer gestern in einer Frage der internen Parteidemokratie sich eine kleine Inkonsequenz geleistet hat.

Genosse Ollenhauer sprach in seinen Ausführungen außerdem davon — und deswegen habe ich mich zum Wort gemeldet —, daß das Dürkheimer Programm nicht nur ein Programm der Opposition ist, sondern unser morgiges Regierungsprogramm.

Ich glaube, wenn alle Sozialisten dieser Auffassung sind — und ich hoffe, daß sie es sind —, dann muß in allen Ländern und Städten, in denen Sozialdemokraten regieren oder mitregieren, besonders dort, wo Sozialdemokraten Regierungschefs sind, das Dürkheimer Programm schon jetzt in der Praxis in ihrem Bereiche durchgeführt werden. (Zuruf: Sehr richtig!) Sonst ist die Erklärung Ollenhauers für uns nicht verbindlich — ich möchte sagen, eine platonische Liebeserklärung an die Dürkheimer Punkte. Sonst glaubt man uns nicht, daß das Dürkheimer Programm unser Regierungsprogramm von morgen ist.

Mir will fast scheinen, als ob da und dort sozialdemokratische Regierungschefs in deutschen Ländern und Städten sich allzu sehr einzugliedern versuchen in die engen Möglichkeiten der kapitalistischen Ordnung, zu deren Überwindung sie in die Ämter von uns entsandt sind.

Die Sozialdemokratische Partei ist keine Stellenvermittlungsorganisation. Die Sozialdemokratische Partei will aber Vertreter in den Organen, die die Aufgabe haben, in ihnen die gegenwärtige Gesellschaftsordnung überwinden zu helfen. Das alles muß wenigstens in Ansätzen deutlich erkennbar sein, sonst hat es keinen Sinn, Sozialdemokraten in Regierungs- und Verwaltungsstellen zu entsenden.

Es kommt weniger darauf an, in einem deutschen Lande oder in einer deutschen Stadt die Macht nicht mehr aus der Hand zu geben, wie wir gestern hörten. Es kommt vielmehr darauf an, mit dieser Macht im Sinne unserer sozialistischen Grundsätze etwas anzufangen. (Zuruf: Sehr richtig!)

Darum wollte ich in Unterstreichung der Ausführungen des Genossen Ollenhauer allen unseren Funktionären in Regierungs- und Verwaltungsstellen zurufert in dem Ausmaße, mit dem Ihr in der Praxis die Dürkheimer Punkte zur Geltung bringt, nur in diesem Ausmaße wird uns die deutsche Öffentlichkeit glauben, daß dieses Dürkheimer Programm unser Regierungsprogramm von morgen ist. Und nur, wenn unsere Verwaltungs- und Regierungspraktiker dies vor der Öffentlichkeit deutlich vordemonstrieren, dann erst werden wir die Chance haben, vom deutschen Wähler zur Regierung berufen zu werden, um eben in der Regierung das zu machen, was die Sozialisten in den einzelnen Ländern und Städten gemacht haben.

Europapolitik ist gewiß wichtig, aber vergeßt mir beim Kegelschieben mit dem Globus nicht die Wichtigkeit der sozialistischen Gemeindepolitik. Sehen wir unsere Funktionäre genau an, die sich schon heute da und dort als künftige Diplomaten auf dem internationalen Parkett offerieren, ob sie auch in der Innenpolitik, in der Gemeindepolitik Sozialisten sind. Die Beherrschung der Völkerrechtsmaterie ist gewiß wichtig für die europäische Politik, aber wenn ein Sozialist sich auf diesem Felde versuchen will, in Fragen der Vereinigung von Staaten, dann muß er vorher erst schlüssig den Beweis geliefert haben, daß er in der Gemeinde Sozialist

ist. Mit Worten läßt sich trefflich streiten, aus Worten ein Dürkheimer Programm bereiten. Sozialisten aber soll man erkennen an ihren Taten. Dann wird der deutsche Wähler wählen Sozialdemokraten. (Beifall.)

Vorsitzender Schönfelder: Genossinnen und Genossen! Ich habe Ihnen zunächst den Inhalt eines Telegramms bekanntzugeben. Die Sozialistische Partei Griechenlands (Bravorufe) sendet uns brüderliche Grüße und wünscht unseren Verhandlungen vollen Erfolg. (Beifall.)

Das Wort hat der Genosse Blachstein.

Peter Blachstein, Hamburg: Genossinnen und Genossen! Diese große außenpolitische Debatte um Straßburg hat nach meiner Auffassung die anderen politischen Probleme etwas in den Hintergrund geschoben, und ich könnte mir eine Entwicklung vorstellen, bei der wir schon in einigen Monaten vielleicht nicht mehr der Überzeugung sein könnten, daß diese Debatte einen solchen Raum auf unserem Parteitage hätte einnehmen müssen. Aber, Genossen, ich möchte zur außenpolitischen Frage und zum Eintritt nach Straßburg nur eines sagen: damit ist der Kampf um eine wirkliche europäische Lösung von unserer Seite nicht abgeschlossen, sondern tritt in ein neues Stadium. Ich möchte hinzufügen, daß die Hamburger Partei, die mich zu diesem Parteitag delegiert hat, vor einigen Wochen nach dem Referat des Genossen Carlo Schmid zur Frage des Eintritts in den Europa-Rat Stellung genommen hat und mit überwältigender Mehrheit die Gesichtspunkte, die uns heute durch den Genossen Schumacher vorgetragen wurden und die damals Carlo Schmid formulierte, zum Standpunkt der Hamburger Partei gemacht hat.

Genossen, ich möchte aber jetzt über einige innerpolitische Fragen sprechen, die mir wichtig erscheinen, daß sie hier angesprochen werden, die mir ebenso wichtig erscheinen wie die Dinge, die über Berlin und die Ostzone gesagt worden sind, obwohl ich von vornherein klarstellen möchte, daß natürlich die Gefahr dort um soviel größer ist, weil sie das Herrschaftssystem für 20 Millionen Deutsche und zwei Fünftel unseres Landes darstellt, und weil sie uns unmittelbar bedroht. Die Gefahr von rechts, die wir darum nicht übersehen und bagatellisieren dürfen, ist heute noch nur im Ansatz vorhanden, und die Aspiranten für eine neue Führungsposition einer faschistischen oder nationalistischen Großpartei in Deutschland müssen sich heute noch bewerben und stehen in der Reihe.

Aber Genossen, es gibt eine Reihe von alarmierenden Dingen, die in Deutschland vorgehen, und ich glaube, wir müssen auf diesem Parteitag auch aus diesen Symptomen Entwicklungsgefahren erkennen, um die nötigen Maßnahmen, soweit wir sie treffen können, rechtzeitig zu treffen. Es gehört dazu, vorauszuschauen, und ich glaube, daß nach einigen Landtagswahlen in diesem Jahr diese Gefahr von rechts schon wesentlich akzentuierter in Zahlen und Parlamentssitzen zum Ausdruck kommen wird, als es heute noch der Fall ist. (Sehr richtig.) Genossinnen und Genossen! Wenn wir heute nach einem Justizskandal und einem politischen Skandal, die sich aneinanderreihen - Hedler, Remer, Feitenhansl - von München bis Hamburg, uns die Lage auf den Dörfern und dem flachen Lande ansehen, wie es hier auf dem Parteitag ein Genosse aus Niedersachsen sagte, daß ihre Genossen teilweise auf den Dörfern auf offenen Straßen an hellichtem Tage niedergeschlagen werden, dann sehen wir, was dort heranwächst, und wir sollten uns darauf einstellen. Diejenigen, die jetzt wieder mit Vorliebe Schaftstiefel tragen, ich meine nicht die, die keine anderen haben und die die Wirtschaftspolitik unserer Regierung hindert, andere zu kaufen, sondern ich meine diejenigen, die neue Schaftstiefel tragen, die am besten ihren politischen Charakter ausdrücken; diese Reitervereine auf den Dörfern sind nichts anderes als die Fortsetzung der SA und SS. (Beifall.) Genossen, die Existenz dieser Dinge ist nicht verwunderlich nach diesen Jahren faschistischer Zeit und auch nach einer Besatzungspolitik, die geholfen hat, diese Dinge so weit gedeihen zu lassen. (Sehr richtig.) Aber, Genossen, wir müssen uns auch damit beschäftigen, was die Organe tun, die dazu bestimmt sind, einen Wall aufzurichten, was die Polizei tut, und wir sehen, daß in einer Reihe von Ländern und Städten Dinge vorsichgehen, die unsere höchste Aufmerksamkeit erfordern. Wenn bei 100 Friedhofsschändungen die Polizei Kommuniqués herausgibt und erklärt, es liegen keine antisemitischen oder nationalistischen Motive vor, so kann man fragen, welche Motive liegen denn hinter den Verbrechen? Genossen, wenn es bei den Vorkommnissen um den Harlan-Prozeß in Hamburg möglich war, daß man eine Belastungszeugin bedroht, daß es in einem Prozeß wochenlang vom Gericht geduldet wurde, daß eindeutig antisemitisch und nazistisch demonstriert wurde, daß dann sogar die Hamburger Polizei jene Motivierungen fand, das seien keine nationalsozialistischen oder antisemitischen Motive, so handelt es sich hier um Dinge, die nicht in Ordnung sind. - Genossen, die Hamburger Polizei hat sehr interessante Feststellungen gemacht. Sie hat festgestellt, daß kommunistische Provokateure am Werk waren. Ich zweifle nicht an der Richtigkeit dieser Feststellung, aber die kommunistischen Provokationen im Zusammenhang mit den Ereignissen um den Harlan-Prozeß waren nur möglich durch die nazistischen, antisemitischen Demonstrationen im Gerichtssaal, in den Korridoren und vor dem Gebäude. Beide Dinge müssen wir sehen und beide Dinge müssen wir bekämpfen. Wenn wir sie leugnen, wenn wir sie bagatellisieren, werden wir überrascht werden von den Kräften, die aus solchen Bewegungen erwachsen, und die wir aus unserer eigenen Geschichte erkennen sollten. Genossen, dieses Verhalten der Polizei ist eine Begünstigung der neuen nazistischen Tätigkeit, indem sie die wahren Ursachen, die zugrunde liegen und die Hintermänner beschönigt oder sogar freispricht. Ich meine, daß wir den Feind links und rechts sehen und erkennen müssen und danach handeln sollten. Die Erfahrung des Zusammenspiels kommunistischer Provokateure mit Nazis ist auch nicht neu, sondern sie bestätigt Erfahrungen aus der Weimarer Zeit, und sie macht es notwendig, dieses Zusammenspiel zu analysieren, aufzulösen und dagegen aufzutreten. Mir scheint manchmal, daß die Abneigung gegen die Denazifizierung, für die ich volles Verständnis habe, so wie sie sich in Deutschland entwickelt hat, jetzt dazu führt, daß man den neuen Nationalismus nicht entschlossen ist zu bekämpfen und dort, wo er zur Gefahr für die Demokratie wird, wirklich niederzukämpfen.

Ich glaube auch, daß der Kampf gegen die Kommunisten, von dem unsere Genossen aus Berlin heute wieder so eindrucksvoll gesprochen haben, wirklich nur effektvoll im Westen geführt werden kann, wenn er gepaart ist mit dem Kampf gegen die Gefahr von rechts. (Beifall.) Ich glaube, daß die Arbeiterschaft im Westen erwartet, daß mit gleicher Energie und mit gleicher Hartnäckigkeit die demokratische Ordnung gegen alle Feinde der Demokratie verteidigt wird. Der Genosse Schumacher hat gesagt, daß kein republikanisches Schutzgesetz diese Republik wirklich sichert, wenn Justiz und Polizei in dem täglichen Kampf zur Erhaltung unserer Freiheit gegen die Feinde von rechts und links versagen. Wir werden dafür Sorge tragen müssen, daß durch den Kampf um die soziale Besserstellung unseres Volkes durch höhere Löhne, durch das Mitbestimmungsrecht und durch Maßnahmen in den Betrieben die Massen des arbeitenden Volkes die Demokratie als ihre Sache betrachten, und daß sie selbst — hoffentlich mit den staatlichen Einrichtungen —, wenn es notwendig ist, aber aus eigener Kraft, aus eigenem Lebensinteresse diese Demokratie verteidigen.

Ich komme zum Schluß. Höhere Löhne, Mitbestimmungsrecht sind, wie heute schon gesagt worden ist, eine Sache des Selbstbewußtseins der Arbeiterklasse. Ich glaube, wir müssen versuchen, bei aller Bewunderung für Spitzen und Spezialisten, für Spitzenverhandlungen und Spezialkomitees, die Massen als selbstschöpferischen Teil unserer Bewegung und als Grundlage einer lebendigen Demokratie zur Verteidigung dieser Demokratie in Bewegung zu bringen. Auf die Dauer ist ein Staat, dessen Bürger nicht gewillt sind, seine Staatsform zu verteidigen, zum Untergang verurteilt. Wir müssen heraus aus der Defensive, zu einer aktiven Politik in der Wirtschaft und auf politischem Gebiet kommen. Lassen Sie mich schließen mit den Worten des Genossen Schumacher: Wir müssen auf dem Posten sein! Vor allem aber müssen wir darauf achten, daß diejenigen, die auf dem Posten sind, dafür

sorgen, daß die Posten im Interesse der Demokratie auch angewandt werden. (Lebhafter Beifall!)

Vorsitzender Schönfelder: Es empfiehlt sich, die Aussprache jetzt abzubrechen und den Bericht der Mandatsprüfungskommission entgegenzunehmen. Wir werden auch dazu Beschlüsse zu fassen haben. Die Diskussion ist nur abgebrochen und wird morgen früh fortgesetzt. Wir haben die Absicht, nach Möglichkeit alle Redner, die den Wunsch haben zu sprechen, zu Wort kommen zu lassen. Ich hoffe dabei im stillen, daß eine Anzahl noch verzichtet. Ich werde also jetzt dem Redner der Mandatsprüfungskommission das Wort geben.

Ich mache noch einmal darauf aufmerksam, daß bis morgen mittag, 12 Uhr, die Vorschläge für die Wahl des Parteivorstandes und der Kontrollkommission an das Büro eingereicht werden müssen.

Es sind jetzt noch sieben Redner eingetragen. Das Wort hat jetzt der Genosse Völker von der Mandatsprüfungskommission.

Alex Völker, Berlin: Ich habe nach dieser Unterbrechung Ihnen den Bericht der Mandatsprüfungskommission zu geben. Im Auftrage der Kommission gebe ich folgenden Bericht:

Der Parteitag setzt sich zusammen aus 380 Delegierten, davon männliche 318 und weibliche 62. Die Zahl 380 verteilt sich darüber hinaus wie folgt: Auf die Vertretung der Bezirke entfallen 300, der Parteivorstand ist vertreten mit 28 Mitgliedern, der Parteiausschuß mit 30, der Bundestag mit 14 und die Kontrollkommission mit 8, insgesamt 380.

Von den 380 Parteitagsdelegierten sind anwesend 371. Es fehlen somit neun, und zwar sieben männliche und zwei weibliche. Die Fehlenden verteilen sich auf die Bezirke, die mit 300 Mandaten vertreten sind. Sie sind anwesend mit 297. Aus den gesamten Bezirken fehlen also lediglich drei Genossen, und zwar zwei männliche und eine weibliche. Die Fehlzahl ergibt sich mit eins aus Hamburg-Nordwest und mit zwei aus Franken.

Vom Parteivorstand, Parteiausschuß, Bundestagsfraktion und Kontrollkommission fehlen sechs Delegierte, davon fünf männliche und eine weibliche.

Die Mandatsprüfungskommission hat festgestellt, daß sämtliche Mitgliedsbeiträge laufend gezahlt sind, so daß aus diesem Grunde keine Mandate aberkannt zu werden brauchten. (Bravo.)

Es ist jedoch festzustellen, daß fünf Genossen entgegen allen Erwartungen ihre Mitgliedsbücher vergessen haben. Laut den Herner Beschlüssen muß die Mandatsprüfungskommission erklären, daß damit die fünf Mandate verfallen sind. (Sehr richtig.) Die Mandatsprüfungskommission ist jedoch nach Aussprache zu dem Entschluß gekommen — und es war nach Lage der Dinge nicht anders möglich —, dem Parteitag anheimzustellen, über die Gültigkeit der Mandate zu entscheiden.

Es darf in diesem Zusammenhang vor allem darauf hingewiesen werden, daß die Zahl von fünf fehlenden Mitgliedsbüchern im Gegensatz zu Düsseldorf einen außerordentlich geringen Prozentsatz darstellt.

Bei der Prüfung hat sich weiterhin ergeben, daß der größte Teil der Bezirke bereits neue Mitgliedsbücher eingeführt hat. Die Mandatsprüfungskommission gestattet sich, darauf hinzuweisen und zu bitten, daß auch die übrigen Bezirke diesem Beispiel folgen. Sie weist insbesondere darauf hin, daß die Mitgliedsbücher alle Angaben enthalten müssen, die Aufschluß über die Person bieten.

Darüber hinaus sind vom Büro noch Feststellungen darüber getroffen worden, wie sich die Zahlungen der Mitgliedsbeiträge innerhalb der Delegationen zusammensetzen. Wir können die erfreuliche Mitteilung machen, daß nur 35 Prozent der Delegierten Beiträge bis zu 1,— DM entrichtet haben, während 65 Prozent über 1,— DM entrichtet haben.

Dazu noch einige Details: Von den 65 Prozent über 1,— DM entfallen auf 2-DM-Beiträge 43 Genossen, auf 3-DM-Beiträge 45 Genossen, auf 5-DM-Beiträge 50 Genossen, 7-DM-Beiträge 5 Genossen, 41 Genossen 10,— DM, 28 Genossen 20,—, 2 Genossen 25,— DM, 22 Genossen 36,— DM.

Das ist im wesentlichen der Bericht. Ich darf darum bitten, daß der Parteitag 366 Mandate bestätigt und daß er darüber hinaus über fünf Mandate die Gültigkeit zu beschließen hat.

Vorsitzender Meitmann: Das Wort zum Bericht der Mandatsprüfungskom-

mission hat der Genosse Kukielczynski.

Max Kukielczynski, Kiel: Wir haben aus dem Bericht der Mandatsprüfungskommission entnommen, daß in einer selten gut geleisteten Arbeit innerhalb der Bezirke die Mandate anerkannt werden können bis auf fünf Mandate der Genossen, die ihre Mitgliedsbücher nicht abgegeben haben. Wir haben die Beratungen zweier Tage bereits hinter uns gebracht. Ich möchte die Gründe nicht untersuchen, und ich weiß auch nicht, welche fünf Genossen und Genossinnen ihre Mitgliedsbücher aus irgendwelchen Umständen nicht mitgebracht haben. Aber ich würde es, nachdem der Parteitag bereits zweimal hier getagt hat, als eine Ungerechtigkeit gegenüber diesen Genossen empfinden, wenn wir diese Mandate für ungültig erklären, allerdings mit zwei Einschränkungen. Erstens müßten diese fünf Genossen durch ihre Bezirke legitimiert werden, daß sie tatsächlich als Mandatsträger von ihren Bezirken anerkannt werden, und zweitens müßten die Mitgliedsbücher dieser fünf Genossen an die Bezirke zur Einsicht und Überprüfung übersandt werden.

Unter diesen Voraussetzungen stelle ich den Antrag, diese fünf Mandate für gültig zu erklären. (Beifall.)

Vorsitzender Schönfelder: Wird weiter das Wort gewünscht? — Das scheint nicht der Fall zu sein.

Dann hätten wir zunächst zu entscheiden, daß 366 Mandate für gültig erklärt werden. — Widerspruch erhebt sich nicht. Wir haben dann zu entscheiden über die fünf Fälle, in denen das Mitgliedsbuch nicht vorliegt. Der Genosse Kukielczynski hat beantragt, auch diese Mandate für gültig zu erklären, wenn die Bezirke hier dokumentieren, daß das Mandat an sich rechtsgültig zustande gekommen ist.

Wenn ich aus keinem Bezirk einen Widerspruch höre, nehme ich ohne weiteres an, daß die Bezirke dies hier legitimieren. (Zurufe, u. a.: "Wer ist es?")

Ja, das wird in den Bezirken schon bekannt sein. Oder ist das vielleicht nicht der Fall? (Zurufe: Nicht bekannt!)

Genosse Kukielczynski: Du muß die Bezirke nennen! Du brauchst nicht die Namen zu nennen. Wir sind ja eine diskrete Organisation. Nur die Bezirke nennen.

Alex. Völker, Berlin: Es sind betroffen: die Bezirke Schleswig-Holstein mit einem, Hessen-Süd mit zwei, Südbayern mit einem und die Bundestagsfraktion mit einem! (Herzhaftes Lachen.) Glocke des Präsidenten.

Vorsitzender Schönfelder: Genossinnen und Genossen! Ich möchte doch bitten, diese letztere Heiterkeit nicht so sehr ernst zu nehmen. Wir haben doch in der Diskussion so viele Vorwürfe über die Vergeßlichkeit der Bundestagsfraktion gehört, daß der Vorwurf, das Mitgliedsbuch vergessen zu haben, nicht gerade der schwerste ist.

Und nun wissen die Kreise oder Bezirke Bescheid, um welche es sich handelt. Ist jetzt noch aus irgendeinem Bezirk ein Widerspruch zu erwarten?

Das ist nicht der Fall. Die Bezirke haben gehört, daß die betreffenden Genossen sich innerhalb einer Woche legitimieren sollen, und falls man ihnen dann etwa noch eine Strafe auferlegt, so braucht das der Genosse Nau nicht zu wissen.

Unter diesen Umständen lasse ich jetzt abstimmen, ob die fünf Mandate anerkannt werden sollen.

Wer damit einverstanden ist, daß diese fünf Mandate anerkannt werden, den bitte ich, eine Hand zu erheben.

Das ist einstimmig, glaube ich, beschlossen. (Es erhebt sich Widerspruch.) Dann machen wir die Gegenprobe. Wer ist dagegen?

Die Beinahe-Einstimmigkeit wird dadurch nicht umgeworfen. Also sind jetzt 371 anerkannte Mandate hier zu verzeichnen, die hier auf dem Parteitag vertreten sind.

Wenn sonst das Wort nicht gewünscht wird, dann mache ich darauf aufmerksam, daß wir morgen früh, 9 Uhr, mit der Debatte wieder beginnen. Die jetzigen Wortmeldungen bleiben bestehen. Heute abend haben sich die Landsmannschaften in ihren Kreisen zu beraten, damit morgen wieder in derselben vorzüglichen Weise wie heute hier getagt werden kann.

Außerdem sind die Aktentaschen diesmal mitzunehmen, weil sie ja gebraucht

werden bei der Beratung bei den Landsmannschaften.

Schluß der Sitzung 18.35 Uhr.

(Dienstag, den 23. Mai 1950)

## Vormittagssitzung

Vorsitzender Meitmann: Genossinnen und Genossen! Ich eröffne unsere heutige Tagung. Wir setzen die Diskussion fort. Aber ich will zunächst ein Telegramm verlesen, das uns von der isländischen Bruderpartei zugesandt wurde.

"Sozialdemokratische Partei Islands sendet herzliche Grüße mit Wünschen eines siegreichen Kampfes für demokratisches und sozialistisches Deutschland.

Stefansson, Vorsitzender Gislason, Sekretär." (Beifall.)

Und nun, Genossinnen und Genossen, ist der schon während der gestrigen Tagung angesagte und leider nur durch eine wichtige Konferenz in England verhinderte Genosse Percy Knight von der Labour Party zu uns gekommen. (Beifall.) Ich erteile ihm das Wort.

Percy Knight, Großbritannien: (Übersetzung aus dem Englischen) Es ist mir eine Ehre, zu Eurem Parteitag eingeladen worden zu sein, und es freut mich, Euch herzliche brüderliche Grüße der Britischen Labour Party überbringen zu können.

Als Angehöriger der Handelsmarine bin ich besonders froh über die Gelegenheit, Euren größten Seehafen zu besuchen — und ich hoffe, Ihr werdet es mir nicht übelnehmen, wenn ich schlicht wie ein Seemann rede und die Worte benutze, um meine Gedanken auszudrücken, nicht um sie zu verbergen. Ich bin kein Neuling, weder als Seemann noch als Gewerkschaftler; denn ich habe schon 40 Jahre harter Arbeit in der Gewerkschaftsbewegung hinter mir, und zwar auf industriellem wie auf politischem Gebiet. Ich habe die alten, geschätzten Pioniere der sozialistischen Bewegung kennengelernt und gemeinsam mit ihnen schwer gearbeitet, und ich werde sie nie vergessen. Ich vergesse auch nicht jene Genossen in Deutschland, die in Konzentrationslagern gelitten und das höchste Opfer gebracht haben für die große Sache der Freiheit.

1950 ist ein sehr kritisches Jahr für die ganze Welt, und Europa steht vielleicht vor den schwierigsten Problemen. Kein Land hat größere Probleme als Deutschland, wo die gesamte Gesellschaftsstruktur auf einer gesunden demokratischen Grundlage neu aufgebaut werden muß. Es ist deshalb von der allergrößten Bedeutung, daß die deutschen Sozialisten, die so vielen Angriffen und Schwierigkeiten ausgesetzt sind, so eng wie möglich mit ihren sozialistischen Bruderparteien zusammenarbeiten. Und wir unsererseits sollten alles nur mögliche tun, um den traditionellen Idealen sozialistischer Solidarität durch die Schaffung einer gemeinsamen demokratisch-sozialistischen Front praktischen Ausdruck zu verleihen.

Auf diesem Gebiet liegt die Bedeutung der Internationalen Sozialisten-Konferenz. In Europa wie auch in Asien und auf dem amerikanischen Kontinent gibt es große Hilfsreserven für die Sozialdemökratie, aber sie müssen organisiert und koordiniert werden, um eine feste politische Macht zu bilden, die sich überall fühlbar macht. Die COMISCO ist bestrebt, diese Aufgabe zu erfüllen, und ich hoffe, daß sich auf der im nächsten Monat in Kopenhagen stattfindenden Sozialisten-

Konferenz einige Anzeichen ihres Erfolges für alle sichtbar zeigen werden. Obgleich der Sozialismus nur in Großbritannien und Skandinavien die volle Macht hat, ist seine Stärke und sein Einfluß in ganz Europa ein sehr realer Faktor.

Wir glauben, daß wir in den letzten fünf Jahren in England einen festen Grundstein für eine sozialistische Gesellschaft gelegt haben. Vor allem haben wir bewiesen, daß die Arbeiter durch die Methoden der parlamentarischen Demokratie Gerechtigkeit erlangen können. Wir sind stolz auf die Tatsache, daß die Arbeiter heute in England besser und die Reichen schlechter leben als sonst irgendwo in Europa. Innerhalb unseres eigenen Staatswesens haben wir das Volk von Furcht und Unsicherheit befreit. Die Grundlage unserer Wirtschaftspolitik ist Vollbeschäftigung. Allen Menschen - Männern, Frauen und Kindern - ist in Krankheit und Gesundheit ein anständiger Lebensstandard gesichert. Gleichzeitig haben wir die Schlüssel der wirtschaftlichen Macht in den sicheren Gewahrsam des Volkes gegeben. Unsere Kohle, unser Verkehrswesen, unsere Gas- und Elektrizitätswerke sind bereits Nationaleigentum. Wir sind nicht mehr den Privatkapitalisten ausgeliefert. Und all das haben wir außerdem noch zu einer Zeit erreicht, wo unser Land beängstigenden Problemen gegenübersteht als Folge eines Krieges, in dem ein Viertel unseres Nationalreichtums verlorenging und die Grundlagen des Welthandels zerrüttet wurden. Und schließlich haben wir anderen Völkern ebensoviel geholfen, wie uns von Nord-Amerika und Kanada geholfen wurde. In allen vom OEEC veröffentlichten Statistiken werdet Ihr die sozialistischen Länder an der Spitze und die anderen am Ende finden, ob es sich nun um Produktivität, Dollar-Exporte, ausgeglichene Zahlungsbilanzen, Inflationskontrolle, Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung, soziale Sicherheit oder Hilfeleistungen im Rahmen des intereuropäischen Zahlungsabkommens handelt. Wir sind uns aber durchaus darüber klar, daß die britische Gesundung wenig bedeutet ohne eine stabilisierte, friedliche Welt. Dadurch, daß wir unsere Beziehungen zu anderen Völkern durch sozialistische Prinzipien bestimmen lassen, haben wir einen echten Beitrag zur Stabilisierung und zum Frieden geleistet. In den letzten fünf Jahren haben wir anderen Ländern in Europa, Afrika und Asien ohne Gegenleistung Waren im Werte von 6 000 Millionen Dollars geliefert - fast soviel, wie wir selbst von den Vereinigten Staaten und Kanada bekommen haben. Wir haben angefangen, das ererbte Empire in ein Commonwealth freier Menschen umzuwandeln. Zusammenarbeit, nicht Ausbeutung, bestimmt unsere Kolonialpolitik. Keine unserer Leistungen hat eine größere geschichtliche Bedeutung als die Befreiung Indiens, durch die wir 400 Millionen widerstrebender Untertanen in ehrliche Freunde verwandelt und den Grundstein für eine größere Einigkeit zwischen Asien und der westlichen Welt gelegt haben. Auch hier kann man die Leistungen des sozialistischen Großbritannien dem Versagen der altmodischen Politik in anderen Teilen der Welt gegenüberstellen.

Obwohl wir bei der Schaffung der europäischen Einheit eine führende Rolle gespielt haben, können wir als Sozialisten Europa nicht den anderen Teilen der Welt voranstellen. Der Kampf gegen Krieg und Wirtschaftskrisen kann ebensogut im Fernen Osten wie im nahen Westen verlorengehen. Die Kriegsgefahr ist klein, solange die freie Welt innerhalb ihrer augenblicklichen Grenzen stark und einig bleibt. Aber wenn der Kreml zu seiner bestehenden Stärke die Indüstriequellen Westeuropas oder die Arbeitskräfte und Rohstoffe Süd-Asiens hinzufügt, dann besteht die Gefahr, daß die Sowjetunion sich zu einer militärischen Offensive mit dem Ziel der Welteroberung entschließt. Außerdem können die wirtschaftlichen Pröbleme Europas — und der Vereinigten Staaten — nur gelöst werden, wenn erreicht werden kann, daß die noch nicht voll entwickelten Gebiete der Welt mehr zur internationalen Produktion und zum internationalen Handel beitragen. Nur eine weltumspannende Einheit kann den heutigen Notwendigkeiten gerecht werden.

Aber innerhalb dieses weltweiten Rahmens hat die europäische Einheit eine lebenswichtige Rolle zu spielen. Keines der europäischen Länder kann es sich leisten, seine eigenen Probleme isoliert von den übrigen Ländern zu lösen. Wir glauben, daß die europäische Einheit nur auf der Grundlage der Vollbe-

schäftigung und der sozialen Gerechtigkeit erreicht werden kann. Sonst wird sich Europa durch Klassenkampf an den Wurzeln ebenso schnell spalten, wie wir es an der Spitze vereinigen. Deshalb hoffen wir, daß alle Sozialisten in jedem Organ der europäischen Zusammenarbeit beim Kampf um den Fortschritt mithelfen werden.

Wir hoffen, daß insbesondere unsere deutschen Genossen nicht zögern werden, unseren Kampf für die gemeinsamen Ziele zu unterstützen. Im OEEC und im Europa-Rat werden Entscheidungen gefällt, die den Charakter Europas auf Generationen hinaus bestimmen können. Vielleicht hängt es gerade jetzt von unserem Vorgehen ab, ob die Möglichkeiten für den Sozialismus überhaupt erhalten werden können. Wenn z. B. der Schuman-Plan im Interesse der Völker entwickelt wird, wird er für uns alle ein neues Zeitalter sozialistischen Fortschritts herbeiführen. Wenn er aber einfach ein größeres und besseres kapitalistisches Kartell wird, dann zerstört er die europäische Einheit an ihren Wurzeln.

Die Zeiten sind bedrohlich, und unsere Probleme müssen schnell gelöst werden, wenn wir nicht untergehen wollen. Wir im Westen müssen zusammenstehen, insbesondere wir Sozialisten. Es hat genug Schwierigkeiten und Mißverständnisse zwischen Deutschland und dem übrigen Europa gegeben. Wir hoffen, daß 1950 den Beginn eines neuen Zeitabschnittes kennzeichnen wird, in dem ein sozialistisches Deutschland vollberechtigtes Mitglied der europäischen Gemeinschaft sein und Hand in Hand mit der Britischen Labour Party schreiten wird. Kollegen und Freunde von der SPD, die Britische Labour Party grüßt Euch und wünscht Euch vollen Erfolg. (Starker Beifall.)

Vorsitzender Meitmann: Genossinnen und Genossen: Wir haben die herzlichen aber sehr ernsten und nachdenklichen Worte des Genossen Percy Knight als des Sprechers der Labour Party gehört.

Wir möchten nun, ich glaube mich mit dem Parteitag einig, dem Genossen Percy Knight und der Labour Party für diese Begrüßungsworte besonders und herzlich danken. (Beifall.)

Und wir möchten ihnen versichern, nachdem gestern hier eine Empfehlung des Bundeskanzlers an den Parteitag der Sozialdemokratie ergangen ist, in England mitzuteilen, wenn es dort noch nicht bekannt sein sollte: daß damals, als die Labour Party gewählt hatte, der Herr Bundeskanzler der Deutschen Bundesrepublik nicht im Auftrage — ich glaube, nicht einmal der Mehrheit des deutschen Volkes und vielleicht auch nicht einmal in Übereinstimmung mit allen seinen Anhängern und seiner Regierungskoalition eine höchst taktlose Bemerkung machte, daß er sich nicht in der Lage dieser Labour-Regierung befinden möchte. Denn die ganze Welt weiß, daß sein Mandat nur auf einer einzigen Stimme Mehrheit beruht.

Nun, liebe Freunde, wollen wir unsere Diskussion fortsetzen. Das Präsidium hat sich gestern noch mit dem Ablauf des heutigen Tages beschäftigt.

Wenn es irgend möglich ist, möchten wir, daß etwa um 11 Uhr die Diskussion beendet sein könnte — wobei ich ausdrücklich bemerke, daß volle Übereinstimmung im Präsidium besteht, nicht an der Diskussion abzuknappen, sondern alle Genossen zu Worte kommen zu lassen.

Aber es sind jetzt bereits — ich muß das mitteilen — 14 Redner, die noch nicht zu Worte gekommen sind.

Wenn wir etwa um 11 Uhr mit der Diskussion abschließen können, die Schlußworte der beiden Referenten zu den Hauptreferaten entgegennehmen und die politischen Anträge zu diesen beiden Tagesordnungspunkten erledigen, dann glaube ich, ist es Zeit, die Mittagspause zu beginnen. Und dann möchten wir nach der Mittagspause die übrigen Anträge und die Anträge zum Statut erledigen. Ist der Parteitag einverstanden, daß wir so verfahren?

Danke — dann setzen wir jetzt die Aussprache fort.

Als erster hat das Wort Peter Jacobs, Trier. Ihm folgt Dr. Wilhelm Kroeger, Hamburg.

Peter Jacobs, Trier: Genossinnen und Genossen! Die Koppelung einer Anzahl Ihnen vorliegender Anträge mit der Aussprache über die Reden der Genossen Schumacher und Ollenhauer gestattet es mir leider nicht, dem wiederholt geäußerten Appell des Präsidiums, von weiteren Wortergreifungen Abstand zu nehmen, Folge leisten zu können. Zudem scheint mir der Verlauf der bisherigen Diskussion— ihr Niveau, bewiesen zu haben—, daß sie die Bestätigung dessen ist, was ein weiser europäischer Staatsmann einmal als das Wesen der Demokratie bezeichnet hat: Demokratie ist Diskussion

Darüber hinaus bewegt mich die Hoffnung, es heute vormittag, soweit die Wirkungen der liebenswürdigen landsmannschaftlichen Zusammenkunfte des gestrigen Abends nicht allzu stark bemerkbar sind — mit einem ausgeruhten und erneut aufnahmefähigem Hause zu tun zu haben.

Ich habe für den Bezirk Rheinland-Hessen-Nassau den Auftrag, Sie zu bitten, den Antrag 26 anzunehmen, mit welchem der Parteivorstand beauftragt werden soll, umgehend eine Stellungnahme zum Artikel 29 des Grundgesetzes derart bekanntzugeben, daß die einzelnen Bezirksorganisationen der Partei in der Lage sind, bei der Diskussion zur Ländergrenzenfrage sich auf die einheitliche Auffassung der Sozialdemokratischen Partei zur Neugliederung der Deutschen Bundesländer beziehen zu können.

Dieser Antrag gewinnt noch an Aktualität im Hinblick auf die mir bekannt gewordene Tatsache, daß der, wenn auch nur in einem losen Zusammenhange dazu stehende Antrag 1 des Bezirks Mittelrhein auf Wiedervereinigung der Bezirksorganisationen innerhalb der Partei nach den Maßstäben von vor 1933 lediglich als Material dem Parteivorstand überwiesen werden soll. Daraus muß zwangsläufig geschlossen werden, daß es vorläufig mit der Verwirklichung dieses und ähnlicher Anträge nichts ist und auch den Umständen gemäß nichts sein kann.

Es ist nicht meine Absicht, bei der Erläuterung des von mir hier zu vertretenden Antrages etwa ein Plädoyer für irgendeines der nach dem Willen der Besatzungsmächte geschaffenen Länder in Westdeutschland zu halten, geschweige denn für das Land, aus dem ich komme. Ein Land, das ganz gewiß in seiner derzeitigen Zusammensetzung ein Produkt ist, das so nicht lebensfähig ist. Meine ablehnende Haltung gegenüber diesem Lande als Endzustand einer aus der Nachkriegszeit sich ergeben habender Entwicklung wird nicht zuletzt bestimmt im Hinblick auf meinen persönlichen Respekt vor dem hier anwesenden Sprengmeister dieses Landes und seiner Helfershelfer (Heiterkeit), denen anzugehören ich mir ebenfalls als Ehre anrechne. Wenn sich dennoch für uns die Frage der Länderbildung in der heutigen Situation anders stellt, dann doch, wenn ich es so bezeichnen darf, im Hinblick auf das historische Versäumnis der Westdeutschen Ministerpräsidenten-Konferenz auf dem Rittersturz, neue Tatsachen im Sinne unserer notwendigen Forderungen konkret zu schaffen. Wir müssen deshalb wohl zwangsläufig die einzelnen Länder in ihrer jetzigen Zusammensetzung mindestens vorläufig als Realitäten ansehen. Nun zeigen sich aber immer wieder Schwierigkeiten im Hinblick auf unsere nach wie vor erhobenen Forderungen und Auffassungen nach Auflösung dieser Länder und der anderseits gegebenen Notwendigkeit, im Rahmen der nun einmal bestehenden Institutionen mitarbeiten zu können. Das zeigt sich besonders dann, wenn auf der parlamentarischen und ministeriellen Ebene eine Politik der konkreten Hilfeleistung gefordert wird, die anderseits zum Teil im Widerspruch mit der politischen Aufforderung nach der Auflösung dieser Länder steht.

Deshalb hat der hier von mir vertretene Bezirk den vorgenannten Antrag gestellt und bittet um eine entsprechende Berücksichtigung desselben, da keine andere politische Partei so sehr, nicht nur nach ihren Grundsätzen und dem mehr oder minder in die Zukunft weisenden Weg beurteilt wird, sondern vielmehr noch, ja im entscheidenden Ausmaße nach ihrer Fähigkeit und ihrem Willen zu einer Politik der konkreten Hilfeleistung, wie die vom Vertrauen des denkenden Teiles der arbeitenden Bevölkerung getragene Sozialdemokratische Partei.

Wenn ich zu Beginn meiner Ausführungen darauf hingewiesen habe, daß das bisherige Niveau der Diskussion es rechtfertigt, das Ausspracherecht des Parteitages nicht zu beschränken, dann gestatten Sie mir auch noch einige Hinweise zu geben, die, wie ich glaube, geeignet sind, unter Umständen die Minderheit - wobei es gewiß keiner prophetischen Gabe bedarf, zu wissen, wer sich hinsichtlich des Eintritts oder Nichteintretens in den Europarat in der Minderheit befindet, davon zu überzeugen, daß die Mehrheit nicht nur auf Grund ihres zahlenmäßigen Übergewichts Recht hat. Die mir von besonderer Bedeutung zu sein scheinenden Ausführungen u.a. des Genossen Heydorn, Hamburg, veranlassen mich auf Grund gewisser praktischer Erfahrungen, die ich zum Thema Saargebiet gewonnen habe, zu erklären, daß es falsch ist, aus der Forderung des Genossen Schumacher, bei der derzeitigen Lösung der Saarpolitik unter keinen Umständen in den Europarat zu gehen, zu schließen, daß die Weigerung lediglich deshalb erfolgt, weil das Bedürfnis nach Wiederherstellung früherer deutscher Souveränitätsrechte besteht. Es darf bei dem damit aufgeworfenen Fragekomplex nicht außer acht gelassen werden, daß der derzeitige Zustand, hervorgerufen durch das sogenannte Saargebiet, in dem wie es Realität ist, Wirkungen für die angrenzenden westdeutschen Gebiete zeigt, die auf die Dauer den wirtschaftlichen und damit auch politischen Tod für diesen Teil der westdeutschen Bundesrepublik bedeuten. Wenn wir unter Zustimmung der gesamten Partei, und ich glaube, der gesamten gesitteten Welt gegen die Methoden der östlichen Besatzungsmacht stets angegangen sind, dann muß im Hinblick auf andere Gebietsteile gesagt werden, was die tatsächlichen und wirksamen Fakten sind. Es ist doch kennzeichnend — und das gibt der Forderung des Parteivorstandes, unter diesen Umständen nicht in den Europarat eintreten zu wollen, die notwendige Akzentuierung, daß es beispielsweise leichter möglich ist, ordnungsmäßige Papiere für die Einreise in die russisch besetzte Zone zu erhalten, als für die Anrainer und in den westdeutschen Gebieten Wohnenden die Möglichkeit einer Reise nach dem Saargebiet, obwohl familiäre und aus der früheren Zusammengehörigkeit resultierende wirtschaftliche Bindungen geradezu danach verlangen.

Das Bedauerliche an der derzeitigen Fehlkonstruktion des Saargebietes ist doch als weiteres Faktum ein Ergebnis des falschen Sicherheitsbedürfnisses Frankreichs. um so mehr als Frankreich niemals die Forderung erhoben hat, das wirtschaftliche Potential des Saargebietes zur Stärkung seiner eigenen Industrie zu verlangen. Das, was ist, ist eine Negation Europas, da die jetzige Lösung - und das scheint das wesentliche für viele Leute in Frankreich zu sein - 1,7 Millionen t Stahl weniger für Westdeutschland bedeutet. Sie müßten selbst einmal die Wirkung in der Praxis erleben, um wissen zu können, daß bei dem jetzigen Zustand dadurch im Westen Europas eine Enklave der Unfreiheit und der ökonomischen Widersinnigkeiten entstanden ist, eine Enklave der Unfreiheit, die so weit geht, daß in erster Linie unsere Genossen von Ausweisungs-Maßnahmen der Vergangenheit betroffen wurden, die, wenn sie in Parallele in der russischen Zone erfolgt sind, einen entsprechenden Protest hervorgerufen haben. Gewiß erfolgten sie in einer der Wesensart des französischen Volkes entsprechenden charmanten und, soweit man das bei diesem Tatbestand sagen darf, liebenswürdigen Art, aber im Effekt sind sie halt doch erfolgt. Ich bedaure es außerordentlich, nicht das Glück zu haben, im Moment den Genossen Grumbach anwesend zu wissen, der sicherlich ein Gefühl dafür hat, was praktisch zu tun notwendig ist. Mir scheint, daß diese unter ausgesprochen anti-europäischen Vorzeichen zustandegekommene Lösung eine der entscheidenden Gründe unserer Haltung, ohne Rücksicht auf die Größe des Gebietes, sein muß. Unser Nein in diesem Falle zum Europarat gilt auch deshalb, weil der Preis für einen Eintritt letztlich nicht mit einem gefälschten und damit antieuropäischem Wechsel bezahlt werden kann. (Beifall.)

Vorsitzender Meitmann: Es hat das Wort der Genosse Kröger, ihm folgt Gayk, Kiel.

Wilhelm Kröger, Hamburg: Genossinnen und Genossen! In dem Referat des Genossen Ollenhauer ist es als eines unserer wesentlichsten Ziele bezeichnet worden, einen demokratischen Staatsaufbau in Gesetzgebung und Verwaltung zu gewährleisten und herbeizuführen. Ich möchte dem hinzufügen, nicht nur Demokratisierung in Gesetzgebung und Verwaltung, sondern notwendig auch Demokratisierung in der dritten Staatsgewalt, der Justiz. Genossen, wir müssen uns der Tatsache bewußt sein, daß wir in einem immer stärkeren Maße eine gegenseitige Kontrolle der drei Staatsgewalten erleben, daß wir insbesondere einer immer stärkeren Juridifizierung ausgesetzt sind, d. h., daß in immer stärkerem Maße die dritte Staatsgewalt, die Justiz, einen Einfluß gewinnt auf die Kontrolle der Gesetzgebung und der Verwaltung, was von einer wesentlichen politischen Bedeutung sein wird. Das zeigt sich in der Ausbreitung der Verwaltungsgerichtsbarkeit, das zeigt sich in der Schaffung von Staatsgerichtshöfen, des Verfassungsgerichtshofes. Genossinnen und Genossen, das braucht kein Übel an sich zu sein.

Wir haben aber das Gefühl, daß wir eine Justiz und ein Richtertum vor uns haben, von dem wir nicht glauben können, daß es von dem demokratischen Geist erfüllt ist, den wir zu erwarten haben. Wir haben in Deutschland nach 1945 die Hoffnung gehabt, daß die Justiz sich unter den Erfahrungen des Hitlerregimes gewandelt haben könnte und sind bitter enttäuscht. Wir haben in Deutschland feststellen müssen, daß die deutsche Justiz nicht einmal in der Lage gewesen ist, die größten Übel der Weimarer Vergangenheit zu liquidieren und die Mörder politischer Führer der Gerechtigkeit zu überantworten. Ich erinnere an das erste politische Beispiel, an das Tillessen-Urteil. Wir haben als weitere Folge eine große Zahl von Urteilen erlebt, mit denen wir uns auseinandersetzen müssen. Das ist besonders symptomatisch für die politische Haltung und Kontrolle eines wesentlichen Teiles der Richterschaft. Ich erinnere an das Urteil gegen Garbe, wo man einen Kriegsdienstverweigerer verurteilte, der zur Rettung seiner Freiheit einen Gefängniswärter niederschlug. Ich erinnere an das letzte Beispiel eines politischen Urteils, das Hedler-Urteil. Im achtzehnten und neunzehnten Jahrhundert hat das freiheitliche Bürgertum die Unabhängigkeit der dritten Staatsgewalt, der Richter, erkämpft, indem es die Kabinettsjustiz des absoluten Monarchen beseitigte. Es hat dabei die Unabhängigkeit erkämpft auch für unsere heutigen Verfassungen. Diese Unabhängigkeit zerfällt in zwei Teile, in zwei wesentlich unterschiedliche politische Funktionen, nämlich die sachliche und persönliche Unabhängigkeit des Richters. Auch wir haben festzustellen, daß wir die sachliche Unabhängigkeit der Justiz, d. h. die Sicherheit, daß in die einzelnen Urteile der Richter nicht hineingeredet werden kann, wünschen und im Interesse eines demokratischen Rechtsfriedens aufrechterhalten wissen wollen. Was wir aber nicht aufrechterhalten können in dem Umfange wie es heute besteht, wenn wir eine wirklich demokratische Justiz haben wollen, das ist die persönliche Garantie für den Richter, daß er auf Lebenszeit unabsetzbar und nicht versetzbar ist, was politisch zur Folge gehabt hat, daß sich bei manchem Richter Hochmut und politische Weltfremdheit entwickelt haben, die zu einer wesentlichen Gefahr zu werden drohen. Wir müssen uns mit der gegenwärtigen Situation beschäftigen, in der wir zur dritten Staatsgewalt, der Justiz, stehen. Die Unabhängigkeit der Richter, die ein freiheitliches Bürgertum erkämpft hat, droht zu einem politischen Widerstandsnest gegen die Reformbewegung der deutschen Arbeiterschaft zu werden. Wir haben, um diese Gefahr zu beseitigen, zu fordern, wie das auch in einigen Anträgen, insbesondere in dem Antrag Nr. 34 der Berliner Genossen, zum Ausdruck kommt, daß erstens wir nicht jeden jungen Juristen nach seiner Staatsprüfung zum lebenslänglichen Richter machen, sondern uns vorbehalten, ihn überprüfen zu lassen auf die Übereinstimmung seiner Rechtsprechung mit dem Geist der demokratischen Verfassung. Wir haben zweitens zu fordern, daß diese Richter, wenn sie für eine Amtszeit ernannt werden, ernannt werden nach Prüfung durch einen besonderen Wahlausschuß, in dem Vertreter der beiden anderen Staatsgewalten sitzen, also neben den Richtern Parlament und Verwaltung beteiligt sind.

Und wir haben weiter zu fordern, daß diese Richter nicht in allen Gerichten und unter allen Umständen auf Lebenszeit ernannt werden, sondern wir sollten fordern, daß eine zeitlich beschränkte Amtsperiode eingeführt wird, um dieser politischen Gefahr zu steuern. Und man sage mir nicht, daß das undemokratisch sei. Denn wenn dem so wäre, dann wären die Schweizer und Amerikaner sehr schlechte Demokraten, die diese Institution der beschränkten Amtszeit ihrer Richter haben.

Genossinnen und Genossen, wenn wir das tun, dann tun wir damit weiter nichts, als den im Grundgesetz von Bonn gelassenen Rahmen der Artikel 97 und 98 voll auszuschöpfen. Und es ist gar kein Anlaß vorhanden, bei diesem Grundgesetz von der Möglichkeit nicht Gebrauch zu machen, angesichts der Gefahr, die uns aus dem Widerstand des Richtertums droht.

Genossen, wir befinden uns in der Situation eines Angreifers auf die Konstruktion der Gesellschaftsordnung, der an zwei Stellen in die Zitadelle, in die Gesetzgebung und die Verwaltung, eingedrungen ist, aber am Eindringen in den Kern selbst behindert wird durch das Sperrfeuer der dritten Staatsgewalt, nämlich der Justiz.

Genossen, wir können uns an diesem Problem nicht vorbeidrücken. Und es hat wenig Wert, wenn wir nur immer dann entrüstet sind, wenn wir neue Justizexzesse vor uns haben. Und es hat auch wenig Wert, wenn wir in allgemeinen Proklamationen diese Justizexzesse beanstanden.

Wir müssen uns entscheiden, dort, wo wir es tun können, einzugreifen in die Konstruktion dieser Justiz, das heißt, sowohl auf der Bundes- wie auf der Landesebene dafür zu sorgen, daß diesen Urteilsexzessen gesteuert werden kann, indem wir nicht dem Richtertum die Gelegenheit geben, durch eine lebenslängliche Versicherung so zu handeln, wie sie glauben, aus ihrer zum Teil monarchistisch-reaktionären Verschwägerung — die sie immer noch nicht vergessen haben, aus Wilhelms Zeiten — handeln zu müssen.

Genossinnen und Genossen! Wenn das nicht erreicht wird, was uns das Bonner Grundgesetz dieser dritten Staatsgewalt gegenüber bietet, dann haben wir die Richter, die wir verdienen. (Sehr gut, starker Beifall.)

Vorsitzender Meitmann: Ich gebe das Wort an Gayk, Kiel.

Andreas Gayk, Kiel: Genossinnen und Genossen! Der diesjährige Parteitag ist, wie ich glaube, den Genossen zu besonderem Dank verpflichtet, die mit der Aussprache über den Europarat eine echte, politische Diskussion über die Gesamtpolitik der Partei eingeleitet haben. (Sehr richtig, Beifall, klatschen.) Sie haben damit einen Mythos zerstört, der von unseren Gegnern bewußt in die Welt gesetzt wird. Den Mythos nämlich, daß die SPD keine echte demokratische Partei sei und daß es in der SPD nicht erlaubt sei, eine andere Meinung als die des Parteivorsitzenden zu haben.

Von der Richtigkeit ihrer Standpunkte haben mich die Genossen Brauer und Löbe nicht überzeugen können. Aber ihr Verdienst, diese große politische Diskussion in Gang gesetzt zu haben, ich glaube, dieses Verdienst wird dadurch nicht geschmälert.

Mit dem Europarat, da geht es wie mit Hamburg und mit vielen anderen Dingen. Bei näherem Zusehen sieht ja manches sehr viel anders aus, als in unseren Wunschträumen. Hamburg habe ich zum Beispiel immer für eine Stadt mit alter, republikanischer Tradition gehalten. Trotzdem hat der Präsident des Senats den sozialdemokratischen Parteitag im Kaisersaal und mit dem Kaiserwalzer empfangen. (Bravo, große Heiterkeit, klatschen.)

Ich glaube, diejenigen unter uns, die durch Parteitagsbeschlüsse daran gehindert werden müssen, sich heute schon eine Fahrkarte nach Straßburg zu lösen, die würden dort weit größere Überraschungen erleben. Sie würden gewiß die Möglichkeit finden, wohl temperiertere Reden halten zu dürfen, als hier auf dem Parteitag. Aber an dem unglücklichen Europa, das heißt an der mangelnden Solidarität der

europäischen Völker, da würden sie wenig ändern, weil die politischen Entscheidungen an einer ganz anderen Stelle gefällt werden.

Genosse Brauer hat das große Wort gelassen ausgesprochen, daß das Nein der Sozialdemokratie zum Eintritt in den Europarat ein Unglück, ja ein Verhängnis für unsere politische Zukunft sei. Da unsere Rede — wieder nach Brauer — immer Ja, Ja oder Nein, Nein, sein soll, so möchte ich dieser Brauerschen These eine klare Antithese gegenüberstellen, nämlich die, daß auch ein verfrühtes Ja ein Unglück für die demokratische Entwicklung in Europa sein kann. (Lebhafter Beifall.) Der Völkerbund, auf den uns Genosse Brauer verwies, ist für mich ein Beweis, wie man es eigentlich nicht machen sollte. (Sehr gut!) Nach dem ersten Weltkrieg ist eine große politische Idee durch eine unmögliche Praxis in wenigen Jahren restlos kompromittiert worden. Dasselbe könnte in kürzester Zeit auch mit der Idee der europäischen Zusammenarbeit geschehen. Solange Deutschland nicht als gleichberechtigter Faktor in den Europarat eintritt, so lange kompromittiert unsere Mitarbeit die Idee der Zusammenarbeit freier demokratischer Völker im Bewußtsein des deutschen Volkes.

Parteigenossen! Wir erleben doch heute beim Aufbau der Demokratie in Deutschland eine ganz ähnliche und interessante Parallele. Die Demokratie in Deutschland kann bekanntlich nur dann die Massen in Bewegung setzen, wenn sie die soziale Frage einer Lösung näher bringt. Die Lösung dieser sozialen Frage aber haben die Besatzungsmächte nicht gefördert, sondern behindert.

Wohin eine solche Politik führt, dafür ist die Entwicklung in Schleswig-Holstein ein überzeugender Beweis. Die Alliierten haben nach dem Zusammenbruch dieses Land bis an den Rand mit Flüchtlingen vollgestopft. Die deutschen Länder haben es an der selbstverständlichen Solidarität mit den ärmsten Menschen im ärmsten Land der Bundesrepublik fehlen lassen. (Beifall.) Auf diese Weise ist Schleswig-Holstein der soziale Krankheitsherd der Bundesrepublik geworden. Die politischen Folgen dieser Entwicklung haben wir bei der Wahl zum Bundestag erlebt, und der Hedler-Prozeß hat der Welt bewiesen, zu welchen politischen Dummheiten entwurzelte und verzweifelte Massen auch heute wieder fähig wird.

Leider hat es den Anschein, als ob die Alliierten in ihrer Deutschlandpolitik nicht einmal durch Erfahrung klug werden. Ich habe hier in meinen Händen einen Brief des Landeskommissars für Schleswig-Holstein vom 10. Mai 1950. Darin werden die Sicherheitsbedingungen der Hohen Kommission für den Neuaufbau des Industriegeländes auf dem Kieler Ostufer mitgeteilt, um das wir bekanntlich fünf Jahre lang vergeblich gekämpft haben. Die Hohe Kommission wird die Ansiedlung von allen Industriebetrieben auf dem Ostufer genehmigen, so heißt es in diesem Schreiben, soweit sich diese nicht mit industrieller Tätigkeit befassen, die in der Liste der verbotenen und beschränkten Industrien aufgeführt ist, mit industrieller Tätigkeit, die die Aufstellung eines Krans mit einer Tragfähigkeit von mehr als 10 t erfordert (Gelächter); mit Stahlbaukonstruktionen, das heißt Kränen, Brücken usw., mit Eisengießerei, mit dem Bau von Kraftmaschinen aller Art und aller Größen und diesbezüglichen Reparaturarbeiten, mit dem Bau von Kesseln, mit dem Bau von Eisenlokomotiven, Eisenbahnen und so weiter und so weiter.

Auf die Frage, was wir denn überhaupt auf dem Ostufer noch produzieren dürften, hat ein Engländer, der Humor hatte, vor Jahren einmal geantwortet: Nun, Mausefallen werden Sie bestimmt machen dürfen!

Bis heute haben wir zwar noch keine Mausefallen produziert — aber politisch sitzen wir mit dieser Besatzungspolitik heute in der Mausefalle. (Sehr richtig! — Beifall.)

In den fünf Jahren seit dem Zusammenbruch ist es uns leider nicht gelungen, die Allierten davon zu überzeugen, daß wir in Deutschland in Wahrheit unter einem ganz anderen Zeitdruck leben als dem, unter den sie uns in der Europapolitik zu stellen versuchen.

Wir leben nach meiner Überzeugung in der Gefahr, trotz des Marshall-Planes den Kampf um die Demokratie in Deutschland zu verlieren, weil die deutsche Demokratie jede Anziehungskraft und jeden Schwung verliert, wenn sie die Not der Massen ignoriert, und wenn sie zum Instrument einer nackten Besitzverteidigung wird. (Beifall.)

Das Ende einer solchen Politik kann nur sein, daß die demokratische Idee eines Tages keinen Hund mehr hinterm Ofen hervorlockt. (Sehr gut!) Mit andern Worten: Die deutsche Demokratie ist in Gefahr, den Wettlauf mit der sozialen Katastrophe zu verlieren.

Die Partei hat es mit Recht abgelehnt, sich an einer Regierung zu beteiligen, die für diese Politik mitverantwortlich ist. Auch dieses Nein, Genossinnen und Genossen, war ein konstruktives Nein. Unser Nein zur Adenauer-Regierung war ein Ja für eine lebensfähige Demokratie, für eine soziale Demokratie. (Starker Beifall. — Glocke des Präsidenten.)

Niemand hat bisher auf diesem Parteitag zu behaupten gewagt, daß wir durch diese unsere Politik die Entwicklung zur Demokratie in Deutschland gefährdeten. Aber ebensowenig gefährdet unsere Politik, unser Nein zum Europarat, die Zusammenarbeit freier demokratischer Völker. Eine solche Politik bringt uns nach meiner Überzeugung nur schneller ans Ziel, und die Kassandrarufe des Genossen Brauer erinnern deshalb auch mich an die Beschwörung, die wir vor der Verabschiedung des Grundgesetzes gehört haben.

Hätten wir damals auf die Genossen gehört, die das Wagnis einer großen Politik nicht eingehen wollten — die deutsche Bundesrepublik wäre heute wahrscheinlich völlig arbeitsunfähig gewesen. (Sehr gut!)

Heute, wenn ich das zum Schluß sagen darf, geht es darum, einen arbeitsfähigen Europarat zu schaffen. Und wieder einmal sind wir dem propagandistischen Trommelfeuer unserer innenpolitischen Gegner und dem moralischen Druck der Besatzungsmächte ausgeliefert. Und wieder einmal wird die Standfestigkeit der Sozialdemokratischen Partei auf eine harte Probe gestellt.

Den Kampf um das Grundgesetz haben wir gewonnen, weil wir die besseren Nerven und die bessere Prognose hatten. Ich bin fest davon überzeugt, daß wir zu den großen Möglichkeiten europäischer Zusammenarbeit, von denen der Genosse Brauer gestern hier sprach, nur im Kampf um die Gleichberechtigung des deutschen Volkes in dieser internationalen Zusammenarbeit kommen werden. (Starker Beifall.)

Vorsitzender Meitmann: Jetzt hat Fritz Henßler, Dortmund, das Wort.

Fritz Henßler, Dortmund: Genossinnen und Genossen! Ich habe bei der bisherigen Diskussion vereinzelt den starken Eindruck bekommen, als ob eine ziemlich verkrampfte Beweisakrobatik betrieben würde, die ich nicht nur für viel zu gewagt halte, sondern die mir auch absolut unnötig erscheint. Darunter zähle ich auch die abfällige Stellungnahme zu Weimar (Richtig!), die ich für ebenso unsachlich wie überflüssig gehalten habe. (Sehr richtig!) Ich hoffe noch einige Bemerkungen dazu machen zu können, am Schluß meiner Ausführungen. Ich bemühe mich, die Sachlage so unkompliziert wie eben möglich zu sehen. Dem Wort des Genossen Schöttle, daß in unserer Politik Risiken liegen, stimme ich zu. Das gilt sowohl für das eventuelle Ja zu Schumacher wie für das eventuelle Ja zu Brauer und zu Löbe. Unsere Entscheidung ist ja nur ein kleines Teilchen des Geschehens, das in Straßburg erfolgt. Niemand kann voraussagen, ob, wie Schumacher sagte, Straßburg Vorraum bleibt, oder ob es die entscheidende Stätte für die europäische Gestaltung wird. Unsere Entscheidung kann nach meiner Auffassung deshalb heute nur eine zeitbedingte und zeitbegrenzte sein. (Sehr richtig!) Das Ja oder Nein kann immer nur für den gegen wärtigen Status gelten, well eine Entscheidung nur aus der Beurteilung des Gegenwärtigen erfolgen kann und nicht davon, was Straßburg vielleicht werden könnte. Dabei komme ich zu einem klaren Nein, für das der Saarkomplex nicht der eigentliche Grund für mich ist, sondern nur eine Bestätigung der gegenwärtigen Beurteilung von Straßburg. Es ist an sich überflüssig, und trotzdem möchte ich es wiederholen: dieses Nein ist selbstverständlich kein Nein zum europäischen Einheitsgedanken, sondern - so möchte ich mich ausdrücken - ein Nein zu einer Europaspielerei (Richtig!), die

viel mehr Schein als Wahrheit ist zur Übertünchung von Unzulänglichkeiten. (Sehr richtig!) Ich lehne gegen wärtig Straßburg ab, weil — so befürchte ich — wir sonst eine Täuschung begünstigen würden. Was soll, so frage ich mich, unsere Anwesenheit in Straßburg bedeuten, solange von den Siegermächten das Recht der Entscheidung über Fragen, die in Straßburg gelöst werden sollen, in Deutschland von ihnen selbst in Anspruch genommen wird. Ich glaube, es ist ein Gebot der Selbstachtung für uns, daß wir uns nicht gönnerhaft mitnehmen lassen, daß wir Wert darauf legen, nicht bloß geduldet zu werden. Ich bin dafür, daß wir nach Straßburg gehen, wenn wir mit den Rechten einer selbständigen Nation in Straßburg wirken können.

Genossinnen und Genossen! Unser Eintritt im gegenwärtigen Augenblick — ich wiederhole es — wäre nach meiner Auffassung eine Begünstigung einer Täuschung, als ob schon eine volle gleichberechtigte Einbeziehung Deutschlands erfolgt. Es würde die Gewissen einschlummern, anstatt sie wachzuhalten, sie zu schärfen und darzutun, daß sich etliches ändern muß, ehe man von einer europäischen Gemeinschaft unter Einschluß Deutschlands reden kann.

Genossinnen und Genossen! Ich möchte in diesem Zusammenhang auch gleich ein Wort zu dem Schuman-Vorschlag machen. Es ist selbstverständlich, daß wir alle es begrüßen würden, wenn eine echte deutsch-französische Zusammenarbeit erfolgt, eine Zusammenarbeit, die auf der Verständigung der Völker beruht. (Sehr gut!) Soviel Verständnis ich für die Besorgnis habe, daß die Ruhr nicht wieder wirtschaftliches Zentrum für eine friedensstörende Politik werden kann, so wenig Verständnis habe ich aber auch für manche Maßnahmen der Alliierten an der Ruhr. Mir fällt es manchmal schwer, sehr schwer, zu glauben, es sei wirklich beabsichtigt, die gestrigen Kräfte an der Ruhr nicht wieder zur Wirksamkeit kommen zu lassen. (Sehr richtig! — Beifall.) Wir haben als Sozialisten und als Gewerschaftler an der Ruhr manchmal den Eindruck, nicht so beachtet und gewertet zu werden, wie wir es erwarten müssen, und ich weiß nicht, ob Herr Reusch und seinesgleichen auch unter diesem Eindruck leiden, oder ob sie nicht vielmehr der Auffassung sind, daß der Weizen für sie wieder anfängt zu blühen. Ich möchte von hier aus ausdrücklich - und ich bin überzeugt, damit für jeden Sozialisten im Ruhrgebiet reden zu können — sagen, uns liegt nichts an einer kapitalistischen deutsch-französischen Vereinigung (Sehr richtig!), nichts an einem deutsch-französischen schwerindustriellen Kartell. Das ist kein Ersatz für die Verständigung, die wir wollen. Das ist eher ein Hindernis für eine solche Verständigung. Aus der Schau Nordrhein-Westfalens betrachte ich als erste politische Aufgabe, zu verhindern, daß die Ruhrwirtschaft jemals wieder als politisches Machtinstrument von wenigen Leuten mißbraucht werden kann. (Beifall.) Und aus nationalen Gründen komme ich zu der Auffassung, daß, wenn auch der Schuman-Plan verwirklicht werden soll, der Weg Deutschlands zu dieser Gemeinschaft mit Frankreich über die sozialisierte Ruhrwirtschaft gehen muß. Die Sozialisierung ist, wenn dieser Schuman-Plan in Erfüllung gehen sollte, nicht überflüssig, sondern dringlicher denn je. Es ist in der Debatte darauf hingewiesen worden, daß wir doch sehen müßten, mit unseren ausländischen Freunden zur Zusammenarbeit zu kommen. Ich glaube, Genossinnen und Genossen, dafür ist COMISCO eine viel dankbarere Stätte als Straßburg. (Beifall.) Ich wünsche, daß, wenn wir nach Straßburg kommen, man dann von einer einheitlichen Stellungnahme der Sozialisten, ob sie aus Deutschland, Frankreich oder England kommen, reden kann. Die Vorarbeit haben wir in der COMISCO zu leisten. Genossinnen und Genossen! Ich bitte, mir noch zwei Minuten zu gestatten um noch einmal auf den Hinweis Weimar zurückzukommen. Ich habe den Eindruck, wir vergessen vieles. Wie kann man behaupten, daß man in Weimar — das möchte ich auch an dieser Stelle aussprechen — Politik trieb nach dem Prinzip, unter allen Umständen dabei zu sein! Ich glaube, wenn man jene Zeit kritisch überprüft, dann ist der dunkelste Punkt als wir nicht dabei waren, aber tolerierten, und dann wäre es dankbarer, einmal zu überlegen, ob

das Nicht-Dabeisein in der Reichsregierung in jedem Fall so richtig war, wenn wir es mit der Situation in Preußen vergleichen.

Ich muß sagen, daß wir heute noch auf die Männer, die die Sozialdemokratische Partei damals herausgestellt hat, stolz sind (Beifall), ob es sich um Otto Braun, den man damals als den preußischen Zaren bezeichnete, oder um Carl Severing handelte, den wir heute hier begrüßen können, ob es sich um Hermann Müller, Ebert, Wels oder Breitscheid gehandelt hat. Ich kann erklären, daß wir heute keine andere Partei sind als damals. Wir sind eine Partei, die nicht stirbt, die stets an sich selbst Kritik betreibt. Es ist für mich gar keine Frage, daß wir nicht sklavisch nachahmen können, was wir in Weimar gemacht haben. Ich hoffe, daß wir auch über so viel Selbstkritik verfügen, um zu erkennen: nicht alles war gut und richtig, was wir seit 1945 gemacht haben. (Zustimmung.) Wir müssen uns einer ständigen Verpflichtung zur Selbstkritik unterstellen. Außerdem: Wir wissen heute gar nicht, wenn es anders gemacht wird, ob es dann besser gemacht wird. Das muß auch erst ausprobiert werden. (Beifall.)

Max Kukielczynski, Kiel: Es ist ein erfreulicher Tatbestand dieses Parteitages, daß wieder einmal in stärkerem Maße um die politischen Probleme innerhalb der Partei gerungen und gekämpft wird. Ich glaube, wir alle nehmen den Wunsch mit nach Hause, daß dies auch nach draußen wieder stärker zum Ausdruck kommt. Wenn wir diese Selbstkritik üben und uns auch der Verhältnisse in der Zeit vor 1933 erinnern, dann werden wir immer mit Bedauern feststellen müssen, daß es bisher an der echten politischen Diskussion gefehlt hat. Ich glaube, daß auch unsere jungen Freunde, die neu zu uns gekommen sind, sich nach dieser politischen Auseinandersetzung sehnen, allerdings in echter kameradschaftlicher und genossenschaftlicher Form. Die Diskussion hat sich in der Hauptsache um die außenpolitischen Dinge, um den Europarat, gebildet. Aber in einem Teil der Ausführungen ist auch ein anderes Problem mit angeschnitten worden, da es in gewissem Zusammenhang mit den außenpolitischen Dingen steht, und zwar das Flüchtlingsproblem. Ich glaube, wir sollten beide Probleme nicht voneinander trennen. Ich befinde mich hier im Gegensatz zu dem Genossen Lüdemann, der meinte, daß in dem Referat des Genossen Schumacher diese Dinge zu wenig angesprochen worden seien. Es handelt sich in Deutschland nicht allein um die Flüchtlingsfrage, sondern um die Lösung des sozialen Problems überhaupt. (Beifall.) Im Rahmen dieses sozialen Problems nimmt selbstverständlich die Flüchtlingsfrage die erste Stelle ein. Aber wir sollten nicht vergessen, daß auch in dem Referat am gestrigen Tage die grundsätzliche Stellungnahme der Sozialdemokratischen Partei, für alle Unterdrückten und Armen einzutreten, im positiven Sinne behandelt worden ist. Gestatten Sie mir, dachdem auch die heutige "Welt" schon die Überschrift bringt: "Gegensätze in der SPD wegen Europarat", auch dazu einige Ausführungen zu machen. Ich stehe hier im Gegensatz zu unserem Freund Paul Löbe. Wir haben länger als 25 Jahre in Breslau gemeinsam vielfach in einer Front gestanden und gerungen in der Partei und in den großen politischen Auseinandersetzungen. Paul Löbe hat am gestrigen Tage einen Vergleich gezogen mit den Vorgängen im Jahre 1919 und der Stellungnahme von Philipp Scheidemann zu der verdorrten Hand.

Ich kann dieses Gleichnis nicht anerkennen, denn die Sozialdemokratische Partei stand damals in einer anderen Situation als heute. Wir waren nicht nur Regierungspartei, nicht nur führend an der Regierung beteiligt, sondern damals stand zur Debatte die Annahme oder Ablehnung des Versailler Friedensvertrages, ob die staatliche Souveränität aufgegeben wird und ob dem Einmarsch der Alliierten in Deutschland nicht vorgebeugt werden kann. Heute haben wir die staatliche Souveränität noch nicht endgültig erlangt. Wir haben aber die Besetzung Deutschlands, und deswegen sollten wir ein Gleichnis aus dem Jahre 1919 nicht anwenden.

Der Genosse-Heydorn hat gestern Sätze geprägt, die auch "Die Welt" wiedergibt. Er hat gesagt, es kommt darauf an, daß die tragenden Kräfte aus dem sozialistischen Lager kämen und nicht aus dem Lager der bürgerlichen Kräfte. — Genossen! Hat es jemals einen Zweifel gegeben, daß wir für Europa eingetreten sind,

und zwar zu einer Zeit, vor 1933, als diejenigen, die heute für Europa eintreten, ein Europa abgelehnt haben?

Heute sehen wir die Einheitsfront in Europa bei Herrn Adenauer in Deutschland und bei Winston Churchill in England. Sie wollen aber ein anderes Europa als wir. Sie wollen die Stabilisierung der kapitalistischen Kräfte.

Im Jahre 1920 hat Edo Fimmen, als er aus Rußland geläutert zurückkam, ein Buch geschrieben: "Die Vereinigten Staaten von Europa". In diesem Buche kommt er am Schluß zu der Überzeugung, daß der Kampf darum entbrennen wird, ob dieses Europa kapitalistisch oder sozialistisch sein wird.

Es sind dreißig Jahre ins Land gegangen, und wir haben alle in der Frage nicht zu entscheiden, ob dieses Europa sozialistisch sein wird. Wir wollen aber unsere Gedankengänge hineinpflanzen in dieses Europa. Auch wissen wir, daß, wenn ein Europa auch mit den kapitalistischen Staaten geschaffen wird, wenigstens ein Krieg zwischen den europäischen Staaten in Zukunft eine Unmöglichkeit ist.

Aber, Genossinnen und Genossen, was ist denn auch im kapitalistischen Zeitalter eine unbedingte Notwendigkeit, wodurch uns die Möglichkeit gegeben wird, unsere Position zu verteidigen und um sie zu ringen?

Das ist die Gleichberechtigung, das ist die Frage der Bejahung der Demokratie! Wenn uns im Europarat nicht diese selbstverständliche Gleichberechtigung eingeräumt wird, dann müssen wir als überzeugte Demokraten sagen, daß, wenn diese Voraussetzungen nicht geschaffen werden, wir auch nicht ein "Ja" aussprechen können.

Genossen! In der Flüchtlingsfrage — und damit komme ich zu dem zweiten Punkt — sollte der Genosse Lüdemann nicht vergessen, daß es unsere Partei gewesen ist, die bereits auf dem Parteitag 1946 neben der Prognose des Genossen Schumacher in bezug auf die Oder—Neiße-Linie sich zum ersten Male auch in einer positiven Resolution für die Belange der Flüchtlinge eingesetzt hat.

Es ist immer wieder die Sozialdemokratische Partei gewesen, die in klaren Richtlinien gesagt hat, wie diese Interessen wahrgenommen werden müssen. Vieles ist ungenügend gewesen, ist gescheitert am Verwaltungsapparat.

Es wird unsere Aufgabe sein, unseren Funktionären mit aller Entschiedenheit beizubringen und sie-zur Ordnung zu rufen, wenn sie nicht tun, was ihre Aufgabe sein muß: Im Sinne dieser Voraussetzungen auch die Belange der Flüchtlinge zu vertreten

Wenn ich mich in diesen Tagen umgesehen habe, dann habe ich im Kreise der Delegierten so manchen gefunden und Gedanken mit ihm ausgetauscht, mit dem wir vor 1933 in den Ostgebieten für unsere Partei gerungen haben.

Wenn wir nach 1945 durch die Ereignisse uns an verschiedenen Orten in der politischen Arbeit wiedergefunden haben, dann, glaube ich, ist für uns das erste die politische Zusammengehörigkeit gewesen, die wir als ein Stück unserer Heimat betrachtet haben.

Ich glaube, Genosse Schumacher, daß es im Sinne der Delegierten aus den Ostgebieten liegt, wenn wir Dir danken für die klare Formulierung in bezug auf die Wiedergewinnung unserer Heimat. (Beifall.)

Wir haben nicht draußen als Partei gesagt, daß wir auf den St. Nimmerleinstag warten, bis diese Gebiete eines Tages zurückkehren, sondern wir haben immer gesagt, wir wollen auch jetzt im Moment die praktische Arbeit leisten, die in der Hilfeleistung für die Ärmsten der Armen besteht.

Genosse Schumacher, wir danken Dir, daß Du uns durch die Formulierung zu der Frage des Europarates und einer Zustimmung am gestrigen Tage erklärt hast, daß es gefährlich ist, ein Ja zu sagen, weil es dann bedeuten würde, auch zu entscheiden gegen die Heimatansprüche und gegen die Rückkehr in die Ostgebiete. Damit haben wir durch den Mund des Parteivorsitzenden ein klares Bekenntnis für die Ostgebiete abgelegt. Und ich glaube, es wird unsere Aufgabe sein, dem

letzten Heimatvertriebenen draußen diese Stellung der Sozialdemokratischen Partei kundzutun.

Wir wollen als diejenigen, die auch früher im Osten für die Gedankengänge der deutschen Sozialdemokratie gekämpft haben, erklären: Wenn eines Tages diese Gebiete wieder zum einigen Deutschland gehören, dann werden wir dafür sorgen, daß auch dort wieder das Banner der Sozialdemokratie aufgepflanzt wird. (Beifall.)

Vorsitzender Schönfelder: Der Genosse Thiele hat auf das Wort verzichtet. Es folgt jetzt Heinrich Edler, Goslar.

Heinrich Edler, Goslar: Genossinnen und Genossen! Es wurde heute schon verschiedentlich der Genugtuung Ausdruck gegeben, daß hier vor dem Forum des Parteitages eine sachliche Diskussion und das Ringen um Entscheidungen möglich ist und daß den bösartigen Unterstellungen, eine Parteilmie des Parteivorstandes sei vorgeschrieben und nach dieser Parteilinie sei zu marschieren, der Boden entzogen worden ist.

Diese Tatsache gibt uns Grund, Sie zu bitten, dieser gesunden Entwicklung innerhalb unserer Sozialdemokratischen Partei Raum zu geben und Sie zu bitten, unseren Anträgen, die Sie im Nachtrag unter Nr. 66 und Nr. 77 finden, Ihre Zustimmung zu geben.

Wenn diese Anträge hier erst verspätet auf den Tisch des Hauses gelegt worden sind, so liegt das nicht zuletzt in der Zeitnot begründet, von der schon an den Tagen vorher hier wiederholt gesprochen worden ist.

Aber wir sind der Auffassung — und das ist die einmütige Auffassung des Bezirks Braunschweig (ich spreche nicht nur im Namen der Delegierten, sondern wir sind mit gebundenen Mandaten hierhergekommen [Zuruf]), insofern gebunden —, daß man dem Parteivorstand und Parteiausschuß, der Leitung der Partei, dadurch, daß man sie wählt, das Vertrauen gibt. Man sollte aber doch hier dem Parteitag die Möglichkeit einräumen, die Parteileitung zu beurteilen, und diese Beurteilung ausschließlich den Delegierten des Parteitages überlassen.

Wir Jüngeren in der Partei wünschen keineswegs eine Einschränkung der Aktionsfähigkeit und vor allen Dingen der Aktionsfreudigkeit des Parteivorstandes. Im Gegenteil!

Vorsitzender Schönfelder: Einen Augenblick, Genosse! Du sprichst zum Organisationsstatut, Antrag Nr. 66.

Wir sprechen jetzt über die beiden Tagesordnungspunkte 4 und 5, Berichte der Organisation.

Edler, fortfahrend:

Schön, also zum Antrag 66 habe ich dann nachher noch Gelegenheit, Stellung zu nehmen. (Zum Vorsitzenden Meitmann gerichtet): Ich habe Dich gefragt, Du hast gesagt, wir haben dann nach dem Schlußwort keine Möglichkeit mehr, hier zu sprechen; daraufhin hast Du meine Wortmeldung entgegengenommen.

Vorsitzender Meitmann: Edler hat begonnen, ich lasse ihn jetzt ausreden. Edler: Genossinnen und Genossen! Die Mandatsprüfungskommission hat das bestätigt, was Ihr auf den Seiten 52 bis 53 des Jahrbuchs nachlesen könnt, daß die Stärke des Parteivorstandes und des Parteiausschusses, wenn sie hier stimmberechtigt am Parteitag mit teilnehmen können, in sehr starkem Maße eine Entscheidung begründen, die vielleicht einer normalen Meinungsbildung nicht in allen Fällen gerecht werden kann.

Wir sind der Meinung, wenn wir diesen Genossen die beratende Stimme hier ohne weiteres und uneingeschränkt geben, tragen sie in sehr starkem Maße zur Meinungsbildung bei. Denn es ist so: Wir haben ja erleben können, daß im Verlauf dieses Parteitages in der Stellungnahme des Parteivorstandes zum Antrag 6 (Düsseldorf) von Genossen Franke gesagt worden ist, es sei selbstverständlich, daß die Mitglieder des Parteivorstandes oder Parteiausschusses in eigenen Angelegenheiten nicht Stellung nehmen würden. Wenn das so selbstverständlich ist, Genossinnen und Genossen, dann soll man doch dieser Selbstverständlichkeit auch Raum geben und sollte nicht die Ablehnung des Düsseldorfer Antrages empfohlen haben.

Denn es sind nicht nur optische Gründe, — es sind grundsätzliche Erwägungen, die uns bestimmen, diese Dinge aufzunehmen.

Es könnte bei einer Abstimmung ein Abstimmungs-Gleichstand sich ergeben, und wenn dann ein beteiligter Genosse, ein sachlich beteiligter Genosse mitstimmt, dann besteht auf Grund des Parteiprogramms keine Möglichkeit, ihn darauf hinzuweisen, daß er nicht seiner Stimme Ausdruck geben kann.

Und, Genossinnen und Genossen, noch etwas anderes. Wenn der Genosse Ollenhauer in die Diskussion zu diesem Punkte eingriff und sagte, daß der Organisationsausschuß (Glocke) diese ganzen Punkte aufgestellt habe, so stellt bitte fest, daß dieser Organisationsausschuß nach der Aufstellung auf Seite 57 im Jahrbuch besteht: aus sieben Parteisekretären, drei Sekretären des PV und der Genossin Lemke.

Es ist also so, daß wir sagen: Schön, sie haben eine gründliche und sachliche Vorarbeit geleistet, im Parteiausschuß ist auch darüber gesprochen worden — wie schnell und wie übereilt, das können wir hier nicht ohne weiteres feststellen. Ich bin der Meinung, daß wir schon bei der Erledigung des Geschäftsordnungsantrags von Berlin feststellen mußten, daß vielleicht viele Genossen sich infolge der durchaus gewandten Verhandlungsführung des geübten Parlamentariers im einzelnen nicht darüber klargeworden sind, daß sie damit einer Entwicklung Raum gaben, gegen die wir uns mit unserem Antrag wenden wollen. (Zuruf: Selbstverständlich!) Und ich bin der Meinung, wenn die Mitglieder unserer leitenden Parteiinstanzen mit beratender Stimme hier wesentlich an der Meinungs- und Entscheidungsbildung beitragen, und wenn sie darüber hinaus eine gesunde und ordentliche Politik machen — gerade die Ausführungen des Genossen Schumacher haben doch ganz unzweideutig hier eine beinahe einmütige Resonanz gefunden -, daß wir gar keine Veranlassung haben sollten, einen Schutzwall zu errichten, der eine irgendwie aufkommende neue, gesunde Meinung zurückhalten sollte. Denn wenn nun auch noch die Zweidrittel-Mehrheits-Klausel eingebaut wird und daneben zu überlegen ist, daß 20 bis 25 Prozent der Stimmberechtigten nachher Mitglieder des PV, des Parteiausschusses und Vertreter des Bundestages sind, dann ist es sehr schwer, irgendwie - heute steht das ja gar nicht zur Debatte, aber es könnte sich in der Zukunft ergeben —, irgendwie gegen die Auffassung des Parteivorstandes und Parteiausschusses zu einer gesunden Meinungsbildung zu kommen.

Deshalb zum Schluß, Genossen, ich bin überzeugt, — die Entscheidung, mag sie positiv oder negativ ausfallen — fällt sie nicht positiv aus, dann wird aus grundsätzlichen und optischen Erwägungen dieses Thema in der Parteimitgliedschaft nicht von der Diskussion abgesetzt werden. Ich möchte deshalb bitten, aus grundsätzlichen Erwägungen und aus den bereits hier angeschnittenen optischen Gründen diesen Anträgen die Zustimmung zu geben.

Vorsitzender Meitmann: Ich habe den Genossen Edler ausreden lassen aus Gründen der Loyalität. Ich stelle aber fest, daß der Parteitag gestern beschlossen hat, daß die Debatte über das Organisationsstatut abgeschlossen ist, und es sollte in der heutigen Sitzung über die Anträge entschieden werden. Ich werde also in der kommenden Debatte nicht zulassen, daß diesem Parteitagsbeschluß zuwidergehandelt wird.

Jetzt hat das Wort der Genosse Koch, Düsseldorf.

Karl Koch, Düsseldorf: Genossinnen und Genossen! Um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen, möchte ich zu dem Antrag 41 des Kreisverbandes Düsseldorf bezüglich der Bundestagsdiäten und Ministergehälter sagen, daß wir die Ausführungen des Genossen Ollenhauer hierzu völlig anerkennen. Wir haben den Antrag gestellt, weil unverantwortliche und der Demokratie feindlich gesinnte Elemente in den vergangenen Wochen die Bevölkerung mit Veröffentlichungen über die Höhe der Bezüge beunruhigt haben. Dabei mußten wir zu unserem Bedauern feststellen, daß die uns nahestehende Presse zu diesem Thema nicht eindeutig und allgemein verständlich Stellung genommen hat. Dieses Verhalten bildet den Nährboden für Gerüchte und Diskussionen hauptsächlich in den Betrieben, die

dem Ansehen des Parlaments und der Demokratie Abbruch tun. Bei bewußter Anerkennung der Notwendigkeit ausreichender Diäten muß erwartet werden, daß die Höhe der von der Partei geforderten oder bewilligten Bezüge unter Berücksichtigung der großen Not eines Teiles unseres Volkes verantwortet werden kann und die Notwendigkeit dieser angemessenen Bezüge offen und ehrlich vertreten und nicht kommentarlos veröffentlicht wird.

Aber ich möchte noch zu einer anderen, höchst wichtigen Frage sprechen. Auf dem Parteitag in Düsseldorf ist ein Antrag Göttingen, der sich mit dem Wahlsystem befaßte und das Mehrheitswahlsystem forderte, dem Parteivorstand und dem Verfassungspolitischen Ausschuß zur weiteren Bearbeitung und Sammlung von Erfahrungen über die Auswirkungen der einzelnen Wahlsysteme in den verschiedenen Ländern überwiesen worden. Ich glaube, daß wiele Genossen brennend daran interessiert sind, zu erfahren, zu welchen Resultaten die weitere Bearbeitung der Wahlrechtsfrage geführt hat. Das Ergebnis der Bundestagswahlen hat gezeigt, daß trotz eines kombinierten Mehrheits- und Verhältniswahlsystems die SPD in die Opposition gedrängt wurde. Die Rechtsparteien mußten eine Koalition eingehen, um regieren zu können. Koalitionen mit den damit verbundenen Kompromissen sind in Deutschland der Demokratie abträglich. Reine Mehrheitswahlsysteme schaffen klare Regierungsmehrheiten auch in Zukunft für die SPD.

Bei Beibehaltung des bisherigen Wahlsystems wird bei Erfolgen der SPD die Partei gezwungen sein, mitzuregieren, ohne allein eine Mehrheit im Parlament zu haben. Die dadurch bedingte Koalitionspolitik verschlechtert aber wieder die Aussichten für den darauffolgenden Wahlkampf. Nur das Mehrheitswahlsystem kann bei verhältnismäßig geringfügigem Stimmungsumschwung in der Wählerschaft eine wirklich regierungsfähige Mehrheit bringen. Ich glaube, wenn wir den Kulmbacher Wahlsieg als Stimmungsbarometer für die Bundesrepublik betrachten, dann würden auch schon die nächsten Bundestagswahlen bei einem Mehrheitswahlsystem eine eindeutige Mehrheit im Parlament bringen. (Zwischenrufe: Oh, oh!) Genaue Erhebungen und Untersuchungen darüber müßten angestellt werden, damit wir in der Zukunft uns durchsetzen können. (Beifall.)

Vorsitzender Meitmann: Ich bitte, Zwiegespräche außerhalb des Tagungsortes zu halten. Jetzt hat das Wort Genosse Alfred Heider, Lippstadt; ihm folgt der Genosse Dr. Günther, Aalen.

Alfred Heider, Lippstadt: Genossinnen und Genossen! Ich bin vielleicht der Jüngste der bisherigen Diskussionsredner und habe absichtlich bis jetzt mit meiner Wortmeldung gewartet, im Vertrauen auf den vom Präsidium und Parteivorstand geäußerten Wunsch, die Diskussion nicht zu beschränken.

Genossinnen und Genossen! Noch einmal Europarat. Ja, wir jungen Menschen sehnen uns nach einem vereinigten Europa, aber dieses Sehnen entfernt uns nicht von dem Boden der Tatsachen, und wir wünschen kein Europa und keinen Europarat um jeden Preis, unter allen Umständen. Blenden wir einmal zurück, wie es heute hier schon geschehen ist, auf das Hannoversche Nein vom 20. April 1949. Die kurzsichtige bürgerliche Kritik warf uns damals sture Obstruktion an Stelle von Opposition vor. Genossinnen und Genossen! Heute wird es wohl innerhalb und außerhalb der SPD kaum einen Menschen geben, der nicht bereit ist, zuzugeben, daß dieses Hannoversche Nein die bisher größte innenpolitische Tat der Sozialdemokratischen Partei für Deutschland war, und nun wage ich zu behaupten, daß die vom Genossen Schumacher erarbeitete und von der Mehrheit des Parteitags geteilte Auffassung über das Nein zur Saar und zum Europarat einmal, vielleicht schon sehr bald, als die bisher größte außenpolitische Tat der Sozialdemokratischen Partei gewertet werden wird. Die Genossen Max Brauer und Paul Löbe und andere mehr haben Wesentliches ausgesagt, das nicht überhört werden darf, und ich glaube, daß es vor allem ihre echte Sorge um eine mögliche Isolierung der SPD in diesen Fragen war, die aus ihren Worten herauszuhören war.

Wenn man aber nun die kühne Auffassung des Genossen Schumacher mit einem dazu notwendigen innerlichen Ruck zu Ende denkt, dann erkennt man eine Long-Term-Politik und die auf lange Sicht unausbleiblichen Konsequenzen. Diese Auffassung gewinnt mehr und mehr an Beund Beweiskraft, wenn man von der scheinbar über Straßburg bis zum Atlantikpaktsystem vorstößt, zwar zu den zunächst wirtschaftlichen und militärischen, dann auch politischen Fragen. Dann stellt man fest, daß es sich nicht mehr um die Zeiten des Morgenthau-Planes für Deutschland handelt. 1947 hat Genosse Schumacher auf dem Parteitag in Iserlohn gesagt: Deutschland hat keine Mission, sondern eine Funktion zu erfüllen. Das heißt, daß es ohne Deutschland im Herzen Europas nicht geht, da sonst ein Vakuum entstehen würde. Ein solches Vakuum gibt es im politischen Kräftespiel nicht. Es entstehen zu lassen, wäre bereits ein Rückzug mit anschließender Niederlage. Hier ist eine Möglichkeit, einen Trumpf auszuspielen und von den Alliierten im Rahmen des Atlantikpaktsystems ganz konkrete wirtschaftliche und militärische Garantien zu verlangen. Dann wird aus der mehr oder weniger hin und her geschobenen Figur Deutschlands auf dem internationalen Schachbrett der Mitspieler Deutschland in der Außenpolitik, hoffentlich nicht repräsentiert durch Adenauer und seine drittklassigen politischen Seiltänzer. Wir diskutieren nicht darüber, ob es einen Europarat geben wird, sondern wie er aussehen soll. Es scheint, als sei nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Ländern die Idee des neuen Europas nur eine Nachfolge der früheren, überholten politischen Auffassung. Früher betrieb ein alldeutscher Ausschuß die Träumerei von einem Groß-Deutschand bis an den Kaukasus. Das ist heute nicht mehr aktuell, darum macht man in gewissen bürgerlichen Kreisen jetzt in Europa. Das ist modern. Wir Sozialdemokraten wünschen dieses vereinte Europa mit heißem Herzen, denn wir wissen, daß Europa als Ganzes mehr ist als die Summe seiner einzelnen Staaten. (Beifall.)

Vorsitzender M e i t m a n n : Das Wort hat jetzt Günther, Aalen. Es folgt als Nächster Renger, Schleswig-Holstein.

Norbert Günther, Aalen: Genossinnen und Genossen! In der Erklärung der Vereinten Nationen vom 1. Januar 1942 wurden die Prinzipien der Atlantik-Charta von fast allen Staaten der Welt feierlich anerkannt und damit auch ihr Punkt 2: "Sie wünschen nicht, daß territoriale Veränderungen zustande kommen, die nicht mit den frei geäußerten Wünschen der betroffenen Völker übereinstimmen." Genossinnen und Genossen! Ich überlasse es Ihnen, sich die Frage zu beantworten, ob dieser edle und während des Krieges propagandistisch so wirksame Grundsatz unserem Volke gegenüber bisher mit der nötigen Fairneß zur Anwendung gebracht worden ist. Wenn dem aber nicht so sein sollte, wenn die wirtschaftlich kaum erträgliche Zusammendrängung ansässiger und heimatvertriebener Menschen in Westdeutschland gegen die Prinzipien der Atlantik-Charta verstoßen sollte, so wäre es gut, wenn das öfter und deutlicher gesagt würde, gerade von denen, die sich zu diesen Prinzipien bekennen und das Leben der Völker nach ihnen zu gestalten beabsichtigen.

Wir Sozialdemokraten fordern eine Wirtschaftspolitik der Vollbeschäftigung, um den Wert der Arbeitskraft vom Wechselspiel des Angebotes und der Nachfrage unabhängig zu machen. Ich hege ernsthafte Zweifel daran, daß dieses Ziel in unserem beengten Lebensraum erreichbar sein wird. Ein Mißerfolg unserer Bestrebungen aber verewigt nicht nur die Not der breiten Masse unserer arbeitenden Bevölkerung; sondern entwickelt aus dem gedrückten Lebensstandard heraus eine international unerwünschte, ja gefährliche Konkurrenz der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt. Vielleicht hat Herr Morgenthau sehr wohl vorausgesehen, daß ein so überfülltes Deutschland nur durch ein wirtschaftliches Dumping seine Bevölkerung auf die Dauer am Leben erhalten kann. Vergessen wir aber nicht, daß ähnliche Entwicklungen in der Vergangenheit unzweifelhaft zu den gewaltigen Konflikten der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts beigetragen haben; Konflikte, deren Wiederholung oder Fortsetzung wir uns nur mit einem Gefühl des Grauens vorstellen können.

Genossinnen und Genossen! Es ist nicht meine Absicht, an irgendeiner der vier Besatzungsmächte irgendwelche Kritik zu üben. Wenn aber von diesen Seiten immer wieder betont wird, das Flüchtlingsproblem sei ein innerdeutsches Problem, so kann ich nur sagen, daß denen, die das glauben, eines Tages die Augen aufgehen werden. Ein überhitzter Dampfkessel platzt bei geschlossenen Ventilen früher oder später, ohne Rücksicht darauf, wer dabei Schaden leidet. Ich halte es für eine der vornehmsten Aufgaben der Sozialdemokratie, den aus diesen Ursachen geborenen, wiedererwachenden Nationalismus nicht leichtfertig auf ein mangelndes Gedächtnis der Bevölkerung oder auf Böswilligkeit zurückzuführen, sondern seine wahren Hintergründe zu studieren und den Besatzungsmächten immer wieder aufzuzeigen. Es darf nicht ein zweitesmal passieren, daß das Ausland durch eine kurzsichtige Politik Entwicklungen im Herzen des europäischen Kontinentes fördert, für die es hinterher jede Verantwortung ablehnt. Die Ansicht, daß man einen überhitzten Dampfkessel auf ewige Zeiten am Platzen hindern kann, ist eine gefährliche Illusion. Machen wir Sozialdemokraten uns rechtzeitig von ihr frei und versäumen wir keinen Tag, die Siegermächte an die von ihnen unterschriebenen edlen Grundsätze der Atlantik-Charta zu erinnern, deren fünfter Punkt lautet: "Sie (die Unterzeichnerstaaten) wünschen die vollste Zusammenarbeit aller Nationen auf wirtschaftlichem Gebiet herzustellen mit dem Ziel, für alle verbesserte Arbeitsbedingungen, wirtschaftlichen Fortschritt und soziale Sicherheit zu gewährleisten." (Starker Beifall.)

Vorsitzender Meitmann: Es hat das Wort Renger, Kiel.

Rolf Renger, Kiel: Genossinnen und Genossen! Es sind gestern wichtige Diskussionen über außenpolitische Probleme geführt worden. Wir haben aber auch die Aufgabe, kleinere Probleme hier zu entwickeln. Und ich glaube, mancher Verkehrsunfall eines sonst hoch qualifizierten Autofahrers hat seine Ursache im Übersehen kleiner Nebensächlichkeiten.

Aus diesem Grunde möchte ich die Aufmerksamkeit des Parteitages auf das Problem der mittleren und jüngeren Generation lenken. Wir alle waren hoch erfreut über die nützlichen, klaren Vorstellungen Schumachers zu dieser Frage. Aber es genügt nicht, wenn der Parteivorstand dieses Problem klar anschneidet und begrenzt. Ich glaube, auch auf die Gefahr hin, Widerspruch auszulösen, daß das Beharrungsvermögen unserer Funktionäre sehr verhängnisvoll in solchen Fragen ist. Oft werden wir in eine Defensive gedrängt und ich glaube, wir sind alle überzeugt, daß eine Sozialdemokratie immer in der Offensive zu bleiben hat, und auch bleiben muß. Erkennen wir daher frühzeitig, so frühzeitig wie möglich, die ersten Anzeichen irgendwelcher aufsteigender Probleme und nehmen wir dazu auch mutig Stellung. Auch wenn man hier und da irgend etwas alt Überkommenes überprüfen muß und auch etwas über Bord werfen soll und muß.

Zu meinen Ausführungen einige nüchterne und praktische Beispiele: Vor zweieinhalb Jahren haben wir innerhalb der Partei das Problem des Jugendaufbauwerkes diskutiert. Wir in Schleswig-Holstein waren der einzige Bezirk, der eine positive Stellung dazu einnahm, und zwar aus folgenden Erwägungen, daß wir uns sagten, eine Sozialdemokratie hat nicht Nein zu sagen, wenn sie keinen anderen Ausweg weiß. Wenn wir auch die Vollbeschäftigung anstreben, so haben wir trotzdem darauf zu achten, was wir machen, wenn wir ein Arbeitslosenheer gerade unter den Jugendlichen haben. Ich glaube, wir müßten den inneren Mut und die Kraft haben, nicht Angst zu haben, daß ein Jugendaufbauwerk wieder in einen Arbeitsdienst ausartet, sondern wir müßsen stark genug sein, ihm einen sozialistischen und demokratischen Stempel aufdrücken zu können. So haben wir in Schleswig-Holstein das Werk begonnen, und jetzt erst gehen die anderen Länder dazu über — auch die Sozialdemokraten anderer Länder — es nachzubauen.

Als zweites Problem, um aufzuzeigen, wo wir ebenfalls eine schnelle Entschlußkraft zeigen müssen, möchte ich auf die jüngere Generation hinweisen, deren Jahrgänge wir unter die Amnestien fallen lassen wollen und wofür wir ja immer eingetreten sind. Das sind die Jahrgänge von 1913 an. Es geht dann aber nicht, daß wir auch jetzt noch gegen solche jungen Menschen, die schon innerhalb unserer Parteiorganisation sind, irgendwelche Vorurteile mit uns herumschleppen. Ich weiß noch, daß vor zwei Jahren Hans Hermsdorf vom Genossen Schumacher den Auftrag bekam, mit jungen ehemaligen HJ-Führern zu diskutieren. Wir konnten das damals nicht so sehr in der Öffentlichkeit sagen, weil wir sogar mit Befürchtungen innerhalb unseres Funktionärkörpers rechnen mußten. Ich glaube, hier sollen wir, wie Genosse Schumacher sagte, das Eis brechen und alle irgendwie brauchbaren Kräfte auch aus diesen Kreisen herausholen.

Ich möchte ein weiteres Problem ansprechen, und zwar das Soldatenproblem. Auch hier sagte Genosse Schumacher, daß ja eigentlich unsere Jahrgänge alle Soldaten waren. Ich erinnere an das Gedicht, das im "Vorwärts" erschien und in manchen Bezirken glatt den Wahlkampf entschieden hat, das Soldatengedicht von Lestiboudois. Ich mache dem Dichter keinen Vorwurf; denn das Gedicht, mit einem Kommentar vorgebracht, wie wir es in allen Wahlversammlungen gemacht haben, hat gar keinen Anlaß gegeben, einen Widerspruch auszulösen. Aber wenn es nur so einfach ohne diesen Kommentar hingesetzt wurde, so mußten auch viele einfache SPD-Mitglieder, Mütter, die ihren Sohn verloren haben, daran Anstoß nehmen; da sie meinten, ihr eigener Sohn solle beleidigt und verunglimpft werden. Wir haben hier also eine Weltfremdheit bei manchen führenden Genossen festzustellen, weil sie einfach die Volksmentalität und die Mentalität der jungen Generation nicht richtig erfaßt haben. Diese Übelstände haben wir schnellstens abzustellen.

Zum Schluß möchte ich noch das Problem der Emigranten und Widerstandskämpfer anschneiden. Ihr wißt, daß wir in Schleswig-Holstein den Hedler-Prozeß hatten. Und es ist wohl kein Zufall, daß man gerade das Verfahren gegen unseren Genossen von Knoeringen abgetrennt hat, da die reaktionäre Richterschaft nämlich doch noch versuchen will, unseren Genossen von Knoeringen als Landesverräter zu brandmarken, weil sie ganz genau weiß, daß das bei der jetzigen Volksmentalität immer noch eine ungeheure politische Wirkung auslöst. Es war für mich erschütternd, als mir der Hauptbelastungszeuge dieses Prozesses erklärte, daß, als er abends nach diesem Prozeß in der Eisenbahn mit jungen DP-Leuten zurückfuhr, diese jungen Leute ihm erklärt haben, hätten wir einen Mann und Widerstandskämpfer wie Knoeringen vor einem halben oder dreiviertel Jahr gehört und hätter uns einmal richtig erklärt, wie der Idealismus des Widerstandskämpfers von der guten Überzeugung beseelt war, dem Volke einen Dienst zu erweisen, dann wären wir heute nicht in der DP, sondern in der Sozialdemokratie.

Ich glaube, Ihr seht hier, wie labil die ganzen Verhältnisse bei der jungen Generation sind. Wir müssen uns schon an diese Mentalität anpassen, wenn wir sie gewinnen wollen. Ich möchte vor einem Trugschluß warnen. Ein führender Genosse sagte mir, mein Problem und meine Sorge kommen schon in Ordnung; denn im Bundestag sei ein Gesetz erschienen, das die illegale Arbeit der Widerstandskämpfer während der Nazizeit legalisiert. Das ist ein Trugschluß. Ein Gesetz bleibt ein totes Stück Papier, wenn es nicht in dem Volksempfinden Einlaß gefunden hat und von ihm selbst vertreten wird. Ich glaube, wir hätten solche Leute wie von Knoeringen viel intensiver einsetzen müssen. Ein einziger Artikel für uns Redner hätte schon genügt, um dieses Problem in die Massen zu tragen. Dann hätten wir jetzt eine ganz andere Situation vor uns. Diese Beispiele mögen genügen, um die Probleme aufzuzeigen, die mich hier bewegen, zu Euch zu sprechen. Entscheidungen sind bestimmt auf der großen politischen Ebene notwendig, aber sie können durch Fehler bei irgendwelchen kleinen Problemen vollkommen sabotiert und absorbiert werden. Wir dürfen also gerade in diesen entscheidenden Kleinigkeiten keine Fehler begehen, wenn wir einen größeren Stimmenzuwachs für uns erreichen wollen. Wir sind uns wohl im klaren darüber, daß die Rechtsparteien aus Mangel an sonstigen zugkräftigen und stichhaltigen Argumenten immer wieder bewußt versuchen, die Diskussion von den großen Problemen eben auf diese kleinen Probleme abzulenken. Und ich glaube, wir können es durchaus begrüßen, daß die Beschlüsse in Herne gefordert haben, daß die Vorstände aller Organisationsstufen erweitert werden durch jugendliche Elemente, die diesen Instinkt und diese Mentalität der abseitsstehenden jungen Generation noch richtig mitempfinden und hier der Partei wertvolle Ratschläge geben. Und ich hoffe nur, daß der Parteitag sich auch besinnt, daß in den Herner Beschlüssen steht: . . . in allen Organisationsstufen sollen diese jugendlichen Elemente eingebaut werden, und daß auch der Parteivorstand keine Ausnahme macht. (Sehr gut! Beifall.)

Vorsitzender Meitmann: Genosse Luetkens hat aus Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit aufs Wort verzichtet. Als letzter der gemeldeten Diskussionsredner hat jetzt das Wort der Genosse Felix Kraft, Göttingen.

Felix Kraft, Göttingen: Genossinnen und Genossen! Ich möchte mit wenigen Worten auf die vom Unterbezirk Göttingen gestellten Anträge hinweisen, die zu diesem Tagesordnungspunkt gehören. Der erste Antrag fordert die Beseitigung der Mittelinstanz bei einem Neuaufbau der Länder. Genossinnen und Genossen! Wir sind uns klar darüber, daß der Parteitag das hier nicht beschließen kann, wünschen jedoch, daß dieser Antrag dem Parteivorstand bzw. den zuständigen Instanzen zur Prüfung und Bearbeitung überwiesen wird. Es bezieht sich das grundsätzlich auf das Problem der Bürokratisierung unserer Verwaltung. Wir sind der Meinung — und das wird ja schließlich auch der Standpunkt des ganzen Parteitages sein —, daß es keine Verwaltungsinstanz geben darf, die nicht der parlamentarischen Kontrolle ausgesetzt ist. Es ist leider so, daß auch in den Kreisen sozialdemokratischer Verwaltungsbeamter ab und zu festzustellen ist, daß sie nicht gerade daran interessiert sind, in ihrer Verwaltungsarbeit ständig kontrolliert zu werden.

Genossinnen und Genossen! Ein weiterer Antrag, der Antrag 39, bezieht sich auf Änderung der Sozialgesetzgebung. Ich würde hier wiederholen, wenn ich auf die einzelnen Abschnitte einginge. Ich möchte jedoch darauf hinweisen, daß es sehr zweckmäßig ist, wenn in der Partei etwas eifriger diskutiert wird, ob es nicht zeitgemäß ist, dafür einzutreten, daß die Sozialversicherung schrittweise- auf die gesamte Bevölkerung ausgedehnt wird. Der letzte Antrag 40 fordert, daß für krankenversicherte Arbeitnehmer eine besondere zusätzliche Pflichtleistung eingeführt wird, die sich auf Stellung von Hilfskräften bei Erkrankung der Frau des Versicherten bezieht.

Genossinnen und Genossen! Hierzu möchte ich etwas Grundsätzliches sagen. Wir bemühen uns um die sozialen Verhältnisse aller Arbeiter, der Angestellten, der Heimatvertriebenen, der politisch Verfolgten und anderer. Ich glaube aber, es ist notwendig, daß wir in Zukunft etwas mehr auf die Frauen des Arbeiterhaushaltes sehen, daß wir uns einmal vor die Frage stellen: Haben wir in dieser Hinsicht alles mögliche getan, um das Los der Frauen im Arbeiterhaushalt zu erleichtern? Ich frage: Wie steht es mit dem Urlaub für die Frau in einem Arbeiterhaushalt mit Kindern? Es ist doch praktisch so, daß die sozialen Lebensverhältnisse in letzter Instanz, in ihrer ganzen Tragweite sich abwälzen auf die Frau im Haushalt, auf die mehr oder weniger in letzter Instanz alle Sorgen aufgebürdet werden. Es ist notwendig, daß wir bei der kommenden Gesetzgebung auch einmal an diese Frauen denken. Wir müssen fragen: "Was haben wir zu tun, um das Los, um die Stellung der Frau im Arbeiterhaushalt mit Kindern zu erleichtern?"

Ich möchte deshalb empfehlen, diesen Antrag 40, der teilweise diese Frage berührt, ebenfalls, wie verlangt, an die zuständigen Instanzen weiterzugeben.

Vorsitzender Meitmann: Genossinnen und Genossen! Das Präsidium freut sich, daß es diese lange Liste von 39 Diskussionsrednern ohne Beschränkung der Redezeit hat abwickeln können. Das Präsidium macht Ihnen jetzt den Vorschlag, daß der Genosse Bruno Leddin, der mit unserer Amerika-Delegation gestern wieder zurückgekehrt ist, ein paar kurze Worte der Begrüßung unserer Freunde aus Amerika an Sie richten kann. Dann würden wir eine kurze Pause einlegen und dann das Schlußwort des Genossen Schumacher entgegennehmen. Der Genosse Ollenhauer verzichtet auf das Schlußwort. Ist der Parteitag damit einverstanden?

Ich höre keinen Widerspruch. Dann bitte ich den Genossen Leddin das Wort zu nehmen.

Bruno Leddin, Hannover: Genossinnen und Genossen! Namens unserer fünf sozialdemokratischen Freunde, die gestern und heute aus Amerika zurückgekommen sind, möchte ich mich eines kurzen, aber ich glaube sehr wichtigen Auftrages entledigen. Noch in letzter Minute vor unserer Abreise suchte uns der Vertreter der großen amerikanischen Gewerkschaft AFofL, der Deutschland-Berater, Genosse Brochowicz, auf und bat uns, im Auftrage seiner Organisation herzliche Grüße und Wünsche für das beste Gelingen des sozialdemokratischen Parteitages allen Genossen der Sozialdemokratischen Partei zu übermitteln. (Beifall.) Ihm hatten sich mit dringlichem Auftrag im Laufe der Reise angeschlossen die drei Gebrüder Reuthers, von denen Sie wissen, daß sie wie auch die anderen großen amerikanischen Gewerkschaften (Beifall) das weitgehende Verständnis für uns in all den schweren Jahren gezeigt haben. Mit gleicher Herzlichkeit grüßt uns auch die Deutsche Sprachgruppe New York der Sozialdemokratischen Partei, ebenso der Genosse Claasen von der Sozialdemokratischen Föderation USA. (Beifall.)

Die AFofL hätte ihren Vertreter gern persönlich zu unseren Verhandlungen geschickt, aber infolge der Kürze der Zeit und infolge von Paßschwierigkeiten war es leider nicht möglich. Darüber hinaus haben Toni Sender, Siegfried Aufhäuser und viele andere Freunde, die für uns bekannte Namen sind, allen Sozialdemokraten die herzlichsten Grüße übermittelt. (Beifall.)

Genossinnen und Genossen! Ich will nicht über die vielen, vielleicht allzuvielen Eindrücke berichten, die wir bei unserer Reise in den USA sammeln konnten, sondern ich will nur ein kurzes Resumee unserer zahlreichen Besprechungen geben, die wir in Amerika gehabt haben.

Im Vordergrund standen ebenso wie hier auf dem Parteitag natürlich die großen sozialen Probleme, die uns besonders beschäftigen: die schwere Lage der arbeitenden Menschen in Deutschland, die Arbeitslosigkeit, die Wohnungsnot, die Flüchtlingsnot, die Demontage. Daneben aber war eine der heikelsten Fragen die des Europarates und des Saargebietes. Über die letzte Frage besonders und über die Haltung der Sozialdemokratischen Partei herrscht außerordentlich große Unkenntnis in den Vereinigten Staaten. Wir werden prüfen müssen, wie wir angesichts der ungenügenden Information der amerikanischen Presse durch ihre Berichterstatter in Deutschland Möglichkeiten für eine bessere Information der amerikanischen Öffentlichkeit schaffen. Aber wir haben — das darf ich hier betonen — bei den großen Gewerkschaftsorganisationen, bei den Gebrüder Reuthers von der CIO, und auch bei der AFofL das weitestgehende Verständnis für die Politik der Sozialdemokratischen Partei gefunden, und ich darf wohl sagen, ein Verständnis, das manchmal größer war als bei vielen europäischen Freunden. (Beifall.)

Ihnen dafür zu danken und für die Hilfe, die sie in schwerer Zeit geleistet haben, ist, glaube ich, die besondere Aufgabe der Partei. Im übrigen, Genossinnen und Genossen, möchte ich der Hoffnung Ausdruck geben, daß der Wunsch, den einer der Gebrüder Reuther an uns richtete, daß neben Parlamentariern möglichst auch viele Arbeiter aus den Betrieben künftig Amerika kennenlernen sollten, in Erfülung geht und damit der Grundsatz, der uns bei unserer Begrüßung in Amerika übermittelt wurde, das Verständnis der Nationen nicht nur durch Diplomaten, sondern durch die einfachen Menschen aus den Nationen zu vertiefen.

Vorsitzender Meitmann: Wir haben uns alle gefreut, als der Genosse Bruno Leddin eben einige Namen, die in der Politik der deutschen Sozialdemokratie eine Rolle gespielt haben, genannt hat, und wir danken ihm für diese freundschaftlichen Grüße unserer deutschen Genossen in Amerika. Die Grüße von 13 Millionen organisierter gewerkschaftlicher Arbeiter in Amerika ist eine politische Realität, über die ich wohl sagen darf, daß die ganze Sozialdemokratie in Deutschland sich herzlich freut und den Dank an den Genossen Leddin ausspricht. Nun wollen wir unsere Verhandlungen um zehn Minuten unterbrechen. Ich bitte, die zehn Minuten einzuhalten. Dann beginnen wir mit dem Schlußwort des Genossen Schumacher.

Kurt Schumacher: Genossinnen und Genossen! Ein Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist keine Kundgebung von vornherein. Ein Parteitag demokratischer Sozialisten ist Auseinandersetzung. Und wenn mich irgend etwas in der öffentlichen Meinung, und ich glaube mit Recht, amüsiert, dann ist es die bei jedem Parteitag neue Entdeckung von Journalisten und Beobachtern:

"Ach Gott, in der Sozialdemokratie kann man wirklich sagen, was man meint, und Ansicht gegen Ansicht stellen." (Beifall.) Die Welt ist voller Kolumbusse des Journalismus; sie entdecken alle Jahre einmal neu den sozialdemokratischen Kontinent. Nun möchte ich doch grundsätzlich ein Wort zur Berichterstattung über den ersten Tag unseres Parteitages sagen. Ich meine den ersten Tag der sachlichen Diskussion und der Grundlegungsversuche über den gestrigen Montag. Ich habe so den Eindruck, als ob die Kunst der Berichterstattung erst wieder in jahrzehntelanger Arbeit aufgebaut werden muß. (Sehr gut.) Berichtet wird, was einem paßt oder den Auftraggebern paßt, aber berichtet werden keine materiellen Standpunkte. Ich bin aber nicht deswegen besonders pikiert, denn diese Art der Berichterstattung entspricht genau der Berichterstattung, wie sie über den Bundestag und das politische Leben in Deutschland, besonders seit der Etablierung dieser rechten Bundesregierung, üblich ist. Es gibt keinen Vergleich zwischen Position der Regierung und Opposition der Sozialdemokraten und man sagt nicht, was sie materiell wollen und welche Argumente ihnen zur Verfügung stehen, sondern man erzählt etwas unter deutlicher Protegierung derjenigen, die heute auf den Regierungssesseln sitzen und deswegen meinen, daß sie regieren. (Große Heiterkeit.) Diese Art kann uns nicht stören. Ich möchte sogar schmunzelnd feststellen: wenn einmal eine sozialdemokratische Regierung oder eine sozialdemokratisch geführte Regierung in unserem Lande nicht nur repräsentieren und beharren, sondern gestalten und verändern will, ich glaube, dann könnte diese Regierung froh sein, wenn sie auch nur 50 Prozent des Wohlwollens finden würde, wie hier durch Ummodelung der Tatsachen in der Berichterstattung der Fall ist.

Das Erstaunen unserer Beobachter und Kritiker beruht einfach auf dem Nichtverstehen dessen, was die Sozialdemokratische Partei ist. Wir sind stark genug, um uns auseinanderzusetzen, und wir sind stark genug, eine derartige Berichterstattung zu überstehen. Ich kann nicht für mich allein, sondern für die ganze Partei sagen: Derartige Hindernisse können weder unser Kraftgefühl noch die Grundlage unserer sozialdemokratischen Kameradschaft, das ist die Freiheit der Meinung und ihrer Außerung, irgendwie beeinflussen.

Ich möchte den Genossen Paul Löbe und Max Brauer als Persönlichkeiten von repräsentativer Kraft und Allgemeingeltung danken, daß sie die Wortführer der Kritik gewesen sind. (Brave, starker Beifall.) Sehen Sie, die Art der Kritik, wie die beiden Genossen sie gestern verkörpert haben, die ist doch nicht abhängig von der einen oder anderen Formulierung, sondern sie ist abhängig von der Gesinnung. (Bravo, Beifall.)

Das ist das Große in dieser Partei, daß sie einen Freiheitsbegriff hat, der das Recht für sich in Anspruch nimmt, seine Meinung zu haben und dann die Verantwortung mitträgt für den Willen der ganzen Partei, wie er auf dem Parteitag gebildet wird.

Worum gehen nun die sachlichen Unterschiede? Ich glaube, es sind immer Unterschiede, die sich ergeben aus den verschiedenen Resultaten der Analysen, die der eine oder der andere von uns vornimmt gegenüber den objektiven Gegebenheiten. Dieselbe Diskussion in ihrem allgemeinen Teil, in ihrem warnenden und beschwörenden Teil, sogar mit denselben Worten und denselben Formulierungen, haben wir gehabt bei der gemeinsamen Sitzung der Fraktion des Parlamentarischen Rates, des Parteiausschusses und des Parteivorstandes am 20. April 1949. Es waren, möchte ich sagen, nicht nur emotionale, sondern auch persönlichkeits-strukturelle Motive der Frontenbildung, die dabei zum Ausdruck kamen. Wir haben damals die Ansicht durchgesetzt, die wir von der Parteileitung für richtig hielten. Diese Ansicht hat sich bewährt. Ich glaube, wenn man der Partei einen Vorwurf machen

kann, dann ist es der, daß sehr viele Parteimitglieder nicht Aktivität genug gehabt haben, um diese nationale und staatspolitische Leistung der deutschen Sozialdemokratie zu einem tragenden Moment der politischen Willensbildung in der Öffentlicheit zu machen. (Starker Beifall.)

Aus einer ziemlich genauen Untersuchung hatten wir dort die Möglichkeit der Hebelwirkung einer selbständigen sozialdemokratischen Politik auskalkuliert. Und diese Hebelwirkung ist eingetreten. Ich bin mir keinen Augenblick darüber im unklaren: Wir hätten noch beträchtlich mehr hochhebeln können, wenn das Volk in seiner politischen Bewußtseinsbildung schon weiter gewesen wäre, und wenn wir mit einer stärkeren Kraftanstrengung auch auf das Verständnis im Volk hätten rechnen können. Ich erkläre zu dieser Frage von damals, wie zu dem Problem, das sich heute in den Vordergrund schiebt: Es ist keine antialliierte Politik, sondern es ist eine pronationale und prointernationale Politik. Da ich aber ein Schlußwort habe, das sich auch in der Sache mit den kritisch tendierenden Genossen auseinandersetzen muß, möchte ich natürlich auch Antikritik üben und meine Antikritik geht dahin, daß ich den gestrigen Kritikern sagen muß: Eins habt Ihr vergessen. Ihr habt vergessen, die Unlöslichkeit der europäischen Politik und des Internationalismus im Wesen der Sozialdemokratie auch bei der Bekämpfung des Standpunktes; wie ich ihn hier vorzutragen hatte, anzuerkennen, denn die Sozialdemokratische Partei hat ja achtzig Jahre internationaler Tradition.

Die Sozialdemokratische Partei war schon vor der Okkupierung der Macht durch das Dritte Reich die Partei, die in ihrem Programm die Vereinigten Staaten von Europa hatte. Die Sozialdemokratische Partei ist 1945 mit dieser Forderung aufgetreten, und ich glaube, die Sozialdemokratische Partei ist von dieser Forderung nicht abgewichen. Vergeßt aber nie die einfachste, klarste Grundtendenz jedes Internationalismus: Das Wesen des Internationalismus schließt eine Graduierung und eine Differenzierung aus. Das Wesen des internationalen Sozialismus erfordert die Anerkennung der Gleichwertigkeit der Menschen und der Völker. (Beifall.)

Um zu meiner Antikritik zurückzukehren: Seht einmal, die fanatischen Europäer von heute, die Akteure der europäischen kapitalistischen Aktionen, das sind doch die Nationalisten von gestern. Wir sollten der Weltöffentlichkeit doch eindeutig sagen, daß sie es jetzt mit ihrer Behandlung der Prinzipien der europäischen Frage, wie sie sich in der Behandlung des Saargebietes ausdrückt, erreichen, daß alle Nationalisten nach Europa drängen und die Partei des Internationalismus die größten Reserven hat, den europäischen Gedanken bloßzustellen, indem sie eine Mißkonstruktion Europas auf der Grundlage der Ungleichwertigkeit akzeptiert.

Diese aktiven Europäer auf der deutschen politischen Bühne, wie sie sich heute um die Parteien der Regierung und rechts davon gruppieren, diese Art der Europäer sind doch die Europäer des Opportunismus. Es sind die Nationalisten von gestern und die Nationalisten von morgen. Und da ja die deutsche politische Krankheit die Bewußtseinsspaltung ist, können wir erleben, daß dieselben Leute nach außen in europäischer Devotion und im Kreise ihrer Anhänger in nationalistischer Agitation machen. Wenn wir selbst sehr wohlwollend, ich möchte beinahe sagen, in einem sozial-medizinischen Sinne wohlwollend, die europäischen Aktionen mancher Kreise der Regierungsparteien betrachten — und besonders schwerindustrieller Kreise —, so müssen wir, selbst wenn wir an die europäische Geburt an dieser Stelle glauben wollten, doch sagen: Es sind Säuglinge des Europäertums! Aber die Sozialdemokraten sind in diesem Lande die einzigen Erwachsenen des Europäertums!

Bei dieser Gelegenheit, Genossen, ein Wort zur inneren Atmosphäre der Partei, in der Zusammenarbeit von Genossen, die auf verschiedenem Boden stehen müssen, weil sie verschiedene Aufgaben haben. Europa ist Gemeinschaft — aber die Gemeinschaft der Deutschen untereinander, selbst in den formalen Beziehungen der Kompetenzverteilung, der Wirkungsmöglichkeit und der Angleichung der Wirkung in Gemeinde, Land und Bundesrepublik, die ist noch reichlich unentwickelt. (Zuruf: Sehr gut!) Man drängt in Kreisen der deutschen Rechten nach Europa — aber man

hat nicht so viel Kraft; man verspricht die internationale Vereinigung und hat nicht einmal die Kraft der nationalen und sozialen Konzentration in der Angleichung der Lebensbedingungen hier in unserem Lande. (Zuruf: Sehr gut!)

Je nach dem Standort und der Funktion, die jemand hat, wird heute bei den Repräsentanten der deutschen Bürger die Linie entwickelt: man postuliert den Föderalismus. Aber wenn man selbst an der Macht ist . . Ich glaube, die Gleichschaltungspolitik gegenüber den Ländern, ausgeübt durch den Bundeskanzler, und die Finanzpolitik des bayrischen Hyperföderalisten, der jetzt Bundesfinanzminister ist — die sind doch heute reichlich zentralistisch. So komme ich jetzt zu der skeptischen Diagnose: Wenn Gott in Deutschland einem Föderalisten ein Bundesamt gibt, dann gibt er ihm auch einen unitarischen Verstand. (Gelächter, Beifall.) Über die Größe der Portion ist damit nichts ausgesagt. (Große Heiterkeit, Gelächter.)

Übertragen wir einmal diese Erkenntnis als ein Moment des Antreibens auf unsere Genossen, und wehren wir uns dagegen, daß partikulare Tendenzen in unserem staatlichen Leben aus der Verschiedenartigkeit der Position, der Staatsfinanzen, der Beschäftigungslage, der sozialen Situation auch noch in unsere Partei eindringen. Dieser Status, der uns durch die falsche Konzeption alliierter Kräfte, besonders französischer und amerikanischer Kräfte, aufgezwungen worden ist, von dem neu erstehenden Deutschland durch die Länderbildung, hat doch die unselige Institution geschaffen, daß wir auf dem Wege über die Ministerpräsidenten-Konferenzen eine Föderalisierung der deutschen Politik bekommen haben, die den Aufgaben unserer Zeit in unserem Lande — und den sozialdemokratischen Administrationsfunktionären gesagt: der Gesinnung der Sozialdemokratischen Partei — nicht angemessen ist. (Zuruf: Sehr richtig!) Und da Wohltun zu Hause beginnt, wollen wir, glaube ich, die Konzentration des Solidarischen, die wir für Europa erstreben, als ersten Schritt in unserem Lande verwirklichen. (Bravorufe, Rufe Sehr gut! Beifall.)

Nun, Genossen, hat sich unter dem Druck einer gespannten Erwartung der öffentlichen Meinung in Deutschland und der Welt gestern der Europäische Rat in der Saardiskussion in den Vordergrund geschoben. Dieser Austausch von Argumenten, glaube ich, hat eindeutig erwiesen, daß der Versuch eines geschlossenen Gebäudes von sachlichen Gründen von den kritischen Genossen, die aus einem achtungswerten Gefühl an Euch appellierten, in der sachlichen Beziehung in keinem Punkte erschüttert werden konnte. Und ich möchte Ihnen sagen: Man muß hierbei berücksichtigen, daß man nie den Fehler machen darf, der Pseudo-Chance des Moments wegen Tatsachen zu schaffen, die nachher irreparabel sind und die Entwicklung entweder hemmen oder auf ein falsches Gleis schieben.

Europa wird nicht errichtet durch den Aufbau von Hindernissen, und in dieser Gestalt zeigt sich ja heute die politische Praxis, die uns als Europa ausgegeben wird, ohne Europa zu sein. Man darf den anderen Fehler nicht machen, des Tempos wegen materielle Dinge zu opfern. Der Druck der Zeit ist ein Problem, das nicht nur von den Deutschen gelöst werden muß; der Druck der Zeit muß von den Europäern gelöst werden, oder sie zeigen damit, daß ihnen Europa nicht der Wert ist, an den wir glauben sollen, nach ihrem Willen und den wir aus eigener Konzeption glauben, aber eben an Europa selbst. Und gestern ist zum Teil in der Aussprache der Fehler begangen worden, die Institution des Europäischen Rats in Straßburg in seiner Kompetenzverteilung, in seinen Wirkungsmöglichkeiten und in seiner politischen Atmosphäre, in seinem Prinzipiellen, wie er sich in der Behandlung der Saarfrage ausdrückt, gleichzusetzen mit der europäischen Idee oder mit den Möglichkeiten der europäischen Politik. Diese Gleichsetzung, Genossen, versperrt uns den Blick der Erkenntnis; aber diese Gleichsetzung bringt unsere politischen Gegner und die Träger anderer Auffassungen in die agitatorische Chance, so zu tun, als ob dieser Europäische Rat die einzige, unter Garantie beste Möglichkeit der Realisierung Europas wäre. Diese Fehler dürfen wir nicht machen. Wir handeln aus einer Verpflichtung gegenüber der Idee der Internationalität, und wir handeln aus einer Verpflichtung gegenüber Problemen, die gar nicht parteigebunden

sind, nämlich gegenüber den Vertriebenen und der damit verbundenen Konsequenz der Oder-Neiße-Linie. (Beifall.) Wir handeln aus der anderen Verpflichtung der deutschen Einheit, der unlöslichen Verbundenheit mit der Ostzone, und wir handeln aus der Verpflichtung gegenüber Berlin. Aber alle drei Faktoren sind beträchtlich, wenn nicht gar entscheidend bedroht. Weder sind es die Möglichkeiten der Gleichberechtigung unseres Volkes, noch werden die großen dringend dahinterstehenden Probleme des atlantischen Systems und der Wiederaufrüstung in einem uns begünstigenden Sinne, bei dem uns noch Entscheidungsfreiheit gelassen würde, gelöst worden. Es zeigt sich, offen gesagt, nicht einmal der Weg der Lösung. Wir müssen, um die Hebelwirkung ausüben zu können, noch Trümpfe in der Hand haben. Und der Trumpf, den die Deutschen in ihrer westdeutschen bundesrepublikanischen Gestalt im vorigen November weggegeben haben, war der Trumpf einer wertbewußten, aber nicht nationalistischen Anspruchserhebung bei dem Komplex Ruhr und Saar, und wenn wir heute über die Saar diskutieren, Genossen, die Ruhr war ein Bumerang, der Schuman-Vorschlag ist der zurückfliegende Bumerang Ruhr. Damals hatten wir die Chance, die Sache konzentriert und einheitlich zu bringen, und damals haben wir dieser Bundesregierung einen außenpolitischen Trumpf zugespielt, wie ihn in der Periode von Weimar kein Hermann Müller und kein Gustav Stresemann gehabt haben. Damals hatte die Bundesregierung die Möglichkeit, zu erklären, meine Herren Alliierten, die internationale Sozialdemokratie hält Ihre Ruhr- und Saarfrage nicht für national erträglich. Um wieviel mehr müßten es erst die anderen Parteien rechts von der Sozialdemokratie tun, die doch in einer nationalistischen Tradition erzogen worden sind! Nicht begriffen, nicht gekonnt und vielleicht nicht gewollt! (Beifall.)

Genossen, damals haben es die Leute in der Regierung für richtig gehalten, sich mitten im Kampf umzudrehen und auf die Sozialdemokratie loszuschimpfen. Sie hatten sie als nationalistisch verdächtigt, die alten Nationalisten, genau so wie wir heute in der Presse von den Herren der gleichgeschalteten Presse des Dritten Reiches über das Wesen der Demokratie und der Internationalität belehrt werden. Sie haben uns als Nationalisten beschimpft zur Freude aller unbelehrbaren Feinde Deutschlands; denn es gibt einen weltpolitisch gefährlichen Moment der Unbelehrbarkeit auch außerhalb der deutschen Reichsgrenzen, im Verhältnis zum deutschen Volk genau so, wie es die gefährliche Unbelehrbarkeit bei unseren Nutznießern und Akteuren der blutigen Vergangenheit der zwölf Jahre gibt, zu deren Freude sie jetzt sagen konnten: seht ihr, das deutsche Volk ist unverbesserlich; alle Deutschen sind Nationalisten, sogar die Sozialdemokraten sind Nationalisten. Hier ist eine große deutsche Karte weggeworfen worden, ohne eine andere Trumpfkarte ins Spiel zu bringen. Denn an dem Internationalismus der schweren Industrien, meine ich, werden die Völker keinen sehr tiefen, gewaltigen Glauben haben. Deutschland und damit die Möglichkeit der Öffnung der deutschen Herzen und Hirne für internationale Kooperation, ist der Leidtragende dieser Impotenz und dieses Mangels an entscheidendem gutem Willen. Und wir als Sozialdemokraten müssen doch immer wieder, als internationale Sozialdemokraten wie als deutsche Staatsbürger, die Politik der Gleichwertigkeit einsetzen. Lassen wir uns ein in eine Politik der Ungleichwertigkeit, dann sind wir die Wand, an die die Geschosse aller Gegner anprallen, und hinter der unsere innerpolitischen Gegner sich verstecken können. Denn Verantwortung trägt in dem deutschen Staatsleben in erster Linie, gleichgültig, wo sie steht und mit welchen Waffen sie kämpft, in der Meinung des deutschen Volkes immer die Sozialdemokratie. (Sehr richtig!) Das beruht einfach auf der einen Tatsache: Man kann sich jede andere Partei aus der deutschen Politik wegdenken, aber eben nicht die deutsche Sozialdemokratie (Beifall.) Von dieser Seite aus haben wir immer die Politik der Unabhängigkeit und der Selbständigkeit unserer Partei gezeigt, mutig und fest. Die Elastizität, die wir in der Politik bei Berücksichtigung von Realitäten zeigen müssen, darf nie die Elastizität des Gummis sein, sondern immer die Elastizität des Stahls. Und diese Elastizität, Genossen, das heißt, die Unverrückbarkeit im Prinzipiellen, die haben wir doch den

deutschen Arbeitern im Januar 1946 versprochen, als wir den Versuch der machtmäßig bedingten Vereinigung von Kommunisten und Sozialdemokraten ablehnten.

Damals haben wir den arbeitenden Massen gesagt: Diese Partei ist keine russische und keine britische, keine französische und keine amerikanische Partei, sie ist eine deutsche Partei und als solche der Repräsentant des politischen Willens der deutschen arbeitenden Menschen und der Weg zur internationalen Zusammenarbeit. (Beifall.) Das haben wir versprochen, und wehe uns, wenn wir von diesem Versprechen an irgendeiner politischen Front etwas zurücknehmen, dann wird uns nämlich die moralische Grundlage, das Zutrauen, das zu unserer Partei herrscht, die vielleicht der stärkste Bestandteil der deutschen Politik ist, täglich erschüttert, und zum ersten Male ist eine entscheidende Bresche vom östlichen Totalitarismus und vom deutschen Nationalkommunismus in diesen großen Damm Europas, in diese deutsche Sozialdemokratie, geschossen. Denn unsere politischen Gegner in Deutschland selbst treiben doch eine Politik, die die europäische Diskussion auf Irrealitäten und Fiktionen aufbaut. Und sie haben, anstatt sachlich mit uns zu argumentieren, was sicherlich die deutsche Position im internationalen Leben stärken würde, sich zurückgezogen auf eine Propagandaformel des Europäertums. Aber sie sagen den Menschen in dieser Lage nicht, was die Realitäten sind, was die Möglichkeiten sind, welches die rechtlichen, die machtmäßigen Positionen sind. Sie erzeugen die Illusion, als ob man in Straßburg bloß darauf wartete, alle Tage eine deutsche Protestrede gegen die mangelnde Gleichberechtigung und das Saarproblem anzuhören. Sie tun ja gerade so, als ob das Realitäten wären, wo wieder politische Spekulationen sind. Die heutige Regierung, die die sozialdemokratische Frage nicht mit uns auskämpfen kann, versucht die sozialistisch-demokratische Idee Europas als Nutznießer gegen uns auszuwerten. Diese Nebel müssen zerrissen werden. Dieser pseudo-europäische Propagandaschwung gründet sich auf die Erzeugung einer öffentlichen Meinung, die mit dem, was in der Welt geschieht, gar nichts zu tun hat.

Wenn Sie die Versuche des Bundeskanzlers im einzelnen betrachten, in der Saar- und Europafrage, zur psychologisch-emotionalen Befriedigung des deutschen Volkes zu kommen, dann wurde immer so getan, als ob die Alliierten bereit wären, in diesem Punkte etwas zu versprechen. Aber schaut einmal genau hin. Alle diese Versuche sind erfolglos geblieben. Die haben ja gar nicht daran gedacht, uns etwas Greifbares zu versprechen. In dem juristischen Ausdruck der machtpolitischen Position der Besatzungsmächte hat sich nichts geändert, gar nichts geändert, trotz der Aufforderung, in den Europarat einzutreten. Das heißt, den wirklichen Machthabern der Welt waren diese Dinge gegenüber den Deutschen nicht einmal eine juristische Konzession wert. Dafür haben die Deutschen, die eine internationale Sicherung des Gegners suchen, die Versprechungen freigebig ausgestreut, die nur aus dem Munde von Alliierten einen Wert gehabt hätten. Und so bleibt uns eindeutig das eine Europas wegen in Bonn gegenüber der Gesetzesvorlage zum Eintritt der deutschen Bundesregierung in den Europarat in Straßburg erneut "Nein" zu sagen, um den Weg der Massen zu Europa offenzuhalten. (Beifall.)

Sehr interessant ist, daß gestern und heute vormittag weniger über den sogenannten Schuman-Vorschlag gesprochen worden ist als über den Europarat, trotz der internationalen Aufmerksamkeit und im speziellen des Interesses des französischen Volkes, wenigstens soweit es sich in Gesprächen widerspiegelt, mit politischen, demokratischen Beamten der französischen Republik.

Nun sind wir uns darüber im klaren: Es ist dieser Schuman-Plan ja gar kein Plan, sondern ein Verhandlungsvorschlag. Der Weg zu dem Ziel, den er aufzeigt, ist ein unendlich längerer. Und an hundert Kurven dieses Weges besteht die Gefahr, daß die Karre abstürzt. Aber auch dieser Weg ist nicht der einzige Weg. Er ist auch kein neuer Weg. Das können wir deutschen Sozialdemokraten, besonders aus der Kenntnis unserer eigenen Vorschläge, die wir schon gemacht haben, sagen.

Er ist vor allem aber nicht das, als was die Agitation in der Offentlichkeit ihn hinstellen will, wie der Bundeskanzler mit der ihm eigenen Blicklosigkeit für Dimensionen und für die Wirkung der Worte es gesagt hat. Er ist keine weltgeschichtliche Tat. Ein solcher Ausdruck und eine solche Wertung kann nur unter der Kategorie "blühender Unsinn" publiziert werden.

Wenn wir diesen Plan oder Vorschlag als Vorschlag akzeptieren, so deswegen, weil er von französischer Seite kommt, und weil er eine, wenn auch nicht große Eventualität der Gestaltung von Tatsachen haben könnte.

Aber eindeutig habe ich gestern eine Reihe von Problemen aufgezeigt, von denen jedes einzelne positiv in unserem Sinne beantwortet werden muß, wenn wir auf den Weg der Gestaltung dieses Vorschlages uns begeben wollen. Wir können, wie ich sagte, nicht die Politik machen, die zum Staat der Manager und der Aushöhlung der europäischen Demokratie führt. Wir können nicht gleichzeitig den internationalen Kartellismus als Oberinstanz anerkennen und die Demokratie in Deutschland zum Siege führen. Wir können nicht an eine Gleichwertigkeit im Ökonomischen glauben, wenn zur gleichen Zeit das Ruhrstatut besteht und die Ruhrbehörde den Deutschen die Verfügungsgewalt über ihr Eigentum vorenthält.

Wir können nicht auf das Recht des deutschen Volkes, nach eigenem Willen und eigenem Ermessen das Eigentum zu gestalten, verzichten. Und ich bin sehr bedenklich über all diese Momente der Skepsis hinaus geworden, als ich gestern nachmittag und heute morgen in der Zeitung las, daß der französische Außenminister die These verfolgt, daß die Eigentumsfrage immer mehr in den Hintergrund trete.

Nein, mit einer Eigentumsfrage im Hintergrund gehen wir nicht in diese Situation. Die Eigentumsfrage ist im Vordergrund in Gestalt der Sozialisierung und in Ergänzung der Verfügungsfrage durch das Mitbestimmungsrecht der Arbeitenden. (Lang anhaltender Beifall.)

Was ich gestern erklärt habe, und worin wir uns einig sein sollten, das ist der gute Wille der Sozialdemokraten, über die politischen und ökonomischen Mittel und Wege auf Grund dieser Anregung zu reden.

Darüber hinaus geben wir kein Zugeständnis. Unsere Zugeständnisse fangen erst da an, wo die Lebensnotwendigkeiten der demokratischen Arbeiterbewegung effektiv durch Taten gesichert werden und nicht durch Versprechungen und Reden.

Wir denken auch nicht daran, in Konkurrenzsituationen, wie ich gestern sagte, zu kommen, gegenüber anderen Ländern, besonders nicht gegenüber den Ländern mit den hohen Löhnen und der Vollbeschäftigung. Wir sind kein Faktor eines kapitalistischen, kein Bestandteil eines kapitalistischen Konkurrenzsystems gegenüber Ländern mit schon teilweise realisierten sozialistischen Tendenzen.

Wir sind uns also, glaube ich, über diese Frage klar. Und ich glaube, meine gestrigen Thesen und ihre heutige Kommentierung wird auch der Welt, insbesondere den Menschen in Frankreich, die Einstellung der deutschen Sozialdemokratie klargemacht haben.

Nun muß ich noch die Bemerkung anhängen, daß in den heutigen Morgennummern der Zeitungen fast überall zu lesen ist, daß in Bonn, im Anschluß an den Besuch von Dr. Monnet, dem eigentlichen gedankenstarken Projektemacher dieser Anregung, eine Reihe von Einzelbesprechungen auch mit den Politikern und Wirtschaftlern stattfinden sollen; Besprechungen, denen wir uns zur Klärung der Situation nicht verweigern. Dahinter soll eine permanente deutsch-französische Delegation eingerichtet werden, die die Probleme, möchte ich sagen, mehr kollektiv diskutiert.

Aber selbst, wenn wir bis dahin keine Klarheit im Negativen haben sollten, sondern im Busen noch immer die Hoffnung auf eine positive Gestaltung tragen würden, selbst dann würde eine Teilnahme von Sozialdemokraten an der permanenten französisch-deutschen Verhandlungsdelegation nicht die Verstrickung und die Bindung der Sozialdemokratie bedeuten. Die Teilnahme an der Diskussion ist noch nicht die Widerstandslosigkeit gegenüber einem taktisch geschickten Hineingezogen-werden. Auch die Teilnehmer dieser Delegation werden freie Exponenten einer in ihrem Entschluß absolut freien deutschen Sozialdemokratie sein.

In diesen letzten zehn bzw, vierzehn Tagen kann man in Zeitschriften und Zeitungen, die sonst leidlich oder sogar enragiert demokratisch tun und sich vor lauter Sympathie zur deutschen Sozialdemokratie gar nicht zu halten wußten, lesen, daß die Charakterisierung Schumachers, wir wollen Europa, aber wir wollen in kein Europa gehen, ohne die Formulierung der Europa-Idee, richtig sei. Aber die Sozialdemokraten müßten doch einsehen, daß es keine andere europäische Realität gäbe im Politischen und im Wirtschaftlichen, als sie Europa gibt.

Das bedeutet die Zumutung an uns, zu kapitulieren und den Kapitalismus in seiner internationalen Managerform zu akzeptieren. Das bedeutet, wenn wir uns auf diesen Weg begeben, unsere Aufgabe der Demokratie. Und da ja so viel Demokraten außerhalb unserer Partei in Deutschland nicht existieren, bedeutet das einen Beginn der Funktionsunfähigkeit der Demokratie in Deutschland.

Die deutschen und die französischen Schwerindustriellen haben die Schuld an zwei Weltkriegen. Sie haben die Schuld an den zerrüttenden wirtschaftlichen Konkurrenzkämpfen. Und diesen Leuten eine Privilegierung in der Regierung des demokratischen Teiles unseres Kontinents einzuräumen, heißt, aus Angst vor dem Tode Selbstmord zu begehen. (Sehr richtig!) In diesen ganzen Diskussionen soll man doch nicht den verengenden Denkfehler begehen, so zu tun, als ob von allen gesellschaftlichen Faktoren nur die Wirtschaft da wäre; zweitens so zu tun, als ob von allen Faktoren der Wirtschaft nur die Industrie da wäre; und drittens so zu tun, als ob von allen Faktoren der Industrie nur die schwere Industrie da wäre.

Das Ganze ist etwas Größeres. Eine Reihe von sozialistisch internationalen Konzeptionen über die Organisation der schweren Industrien in Europa sind politische Konzeptionen, sind meinetwegen auch wirtschaftspolitische Konzeptionen — aber ich fürchte, daß der Kern dessen, was diskutiert — von Ahnungslosen oder von Täuschenden diskutiert wird —, eine gewinnpolitische und Besitzsicherungs-Konzeption ist.

Nun kann man diesen Problemen, soweit sie sich im Europäischen Rat aktualisieren, nicht beikommen mit der Anwendung von Formeln, wie der von "drinnen und draußen". Ich glaube, daß die Frage, ob man das Kampffeld drinnen oder draußen sucht, eine Frage ist, die für jeden konkreten Tatbestand konkret neu untersucht werden muß.

Bei dieser Frage "drinnen und draußen" hat sich ja z. B. bei der Frage der Regierungsbildung in Bonn als größere Kraftquelle der Standort draußen erwiesen. Wie wären wir heute dran - ich glaube, die Regierung würde nicht einmal die geringen sozialpolitischen und wirtschaftspolitischen Arbeitsbeschaffungs- und Wohnungsbaukonzessionen machen, wenn wir drin wären und sie sagen könnte: die Wirtschaft erträgt das nicht, und, daß das so ist, dafür zeugt ja die Anwesenheit der Sozialdemokratie im Bundeskabinett. Diese Situation, also drinnen und draußen, können wir nicht a priori mit einer Axiomatik der Werte für die eine oder andere Taktik erleben. Wir müssen das untersuchen. Und die heutige Situation in Straßburg läßt keinen einzigen, einem deutschen Sozialdemokraten erkennbaren Grund erkennen, der für eine politische Operation auf dem Kampffeld "drinnen" zwangsläufig hinweisen würde. Vergeßt in diesem Umfang und in diesem Zusammenhang das eine nicht: Die Behandlung der Saarfrage ist nicht die Saarfrage, die Behandlung der Saarfrage ist nicht einmal auch die Oder-Neiße. Beides ist in ihr enthalten, und der ganze Wert und die ganze Wichtigkeit, die schon allein entscheidend sein müßte, steckt in jedem dieser Probleme. Aber über allem steht doch unsere Erkenntnis, daß die Behandlung der Saarfrage der Ausdruck eines noch nicht geläuterten europäischen Willens auch bei anderen ist. (Zuruf: Sehr gut!)

Die Läuterung dieses Willens und die Verkörperung dieses geläuterten Willens in der Gleichwertigkeit der Völker wird widerlegt durch die Behandlung der Saarfrage. Deswegen ist die Saarfrage ihr Ausdruck eines historisch-politischen Prinzips, das man nicht ignorieren kann, wenn man die demokratischen Kräfte unseres Landes und vielleicht auch über unser Land hinaus in eine Situation der Wehrlosmachung gegenüber den Anhängern der östlichen Diktatur bringen will. (Beifall.)

Wir wollen in diesem Zusammenhang jetzt nicht den ganzen Komplex staatlicher und völkerrechtlicher Positionen Deutschlands in einem Europäischen Rat Straßburger Modells unter den Begleiterscheinungen der Handhabung der Saarfrage diskutieren. Wir wollen nur sagen: Die Kompetenzen innerhalb des Straßburger Rats sind ungeklärt, die Kompetenzen des Straßburger Rats gegenüber der europäischen Gestaltung sind bis heute nicht vorhanden. Die Deutschen sind dabei in einer Position minderen Rechts und nicht in dem entscheidenden Forum der Außenminister. Sie agieren unter der Herrschaft des Besatzungsstatuts, das ja ein Widerspruch zur Mitgliedschaft im Europäischen Rat ist.

Die Alliierten sollen bedenken, daß man nicht einladen sollte ein Volk, mit dem man sich rechtlich noch im Kriegszustand befindet — ein Zustand, den aufzuheben man bei den letzten Londoner Beschlüssen ausdrücklich abgelehnt hat.

Die Debatte ist, möchte ich sagen, an einer Stelle etwas belastet worden durch eine Rhetorik, die mit in sich und an sich unmöglichen historischen Vergleichen gearbeitet hat. Wir wünschen in diesem Zusammenhang keine Diskussion über Weimar. Weimar hat eine Chance gehabt, eine größere, als von den Deutschen verwirklicht worden ist (sehr richtig!), und ich, der ich an vielen Aktionen der Weimarer Politik unserer Partei Kritik zu üben hatte und gegebenenfalls habe, mußte doch anerkennen, die sozialdemokratische Leistung von der Tüchtigkeit des kleinen Gewerkschaftsfunktionärs bis zu staatsmännischen Leistungen auch bei Fragen, die ich anders gesehen habe.

Weimar hatte andere Voraussetzungen und darum eine andere Politik, genau so, wie wir heute andere Voraussetzungen haben und darum in vieler Hinsicht mit den Waffen einer bewußt anders gewordenen Partei kämpfen. Belastet die Erkenntnis von heute nicht durch emotional bedingte Vergleiche mit der Zeit von gestern! Denn, wenn Ihr erst anfangt, kritisch Vergleiche zu ziehen, müßt Ihr natürlich auch die Gegenargumentation einer überpositiven Vergleichsmöglichkeit anerkennen. Nur diese Argumentation ist z. B. gestern gekommen in den Vergleichen zwischen der heutigen Situation mit dem Europa-Rat und der Weimarer Situation mit dem Völkerbund; ein Vergleich, der in allen Punkten unrichtig ist, wie ja die Austragung dieser Gegensätze in der gestrigen Debatte bereits ergeben hat.

Aber wir sollen uns natürlich auch von absolut unmöglichen Vergleichen mit dem Marshallplan hüten. Die Amerikaner hatten genug Vernunft und Takt, die Frage des Marshallplans in diesem Zusammenhang nicht zu diskutieren, um kein Kleinholz zu machen. Das sollen die deutschen Vergleiche auch gefälligst unterlassen, weil sie nämlich politisch, ökonomisch, materiell und rechtlich absolut falsch sind. Genossen, Vergleiche bedeuten in der Mehrzahl der Fälle den Ausdruck geistiger Bequemlichkeit und des Unvermögens, sich mit dem Wollen selbständig und kritisch auseinanderzusetzen.

Nachdem wir nun, glaube ich, diese Dinge betrachtet haben, sollen wir einsehen: Die Resolution Nr. 70, die einige kleine sachlich ergänzende Veränderungen erfahren wird, die nachher noch zur Abstimmung kommen, diese Resolution Nr. 70 ist ein Ganzes.

Man kann nicht der Politik des Parteivorstandes und der Bundestagsfraktion sein Vertrauen aussprechen und dann bei den einzelnen Abschnitten, die den Inhalt dieser Politik repräsentieren, das Vertrauen oder die politische Grundlinie reduzieren und verbiegen. Ich bin der Ansicht, Genossinnen und Genossen, auf Grund der sachlichen Notwendigkeit, absolut klar agieren zu können, muß man wissen, wie steht es in der Partei und wie ist das Kräfteverhältnis der Meinungen in der Partei (der Meinungen zum konkreten Fall, sage ich, und nicht der Richtung, es wäre falsch, so einen Streit hier auszulösen), muß man ein zahlenmäßig sicheres Verhältnis haben. Wenn Genossen gegenüber unserer Politik in einem entscheidenden Punkt unserer Politik, und gerade in diesem Punkte, auf den die Welt schaut, Europa-Rat und Schuman-Plan, eine andere Meinung haben, dann bitte ich Sie, im Interesse der sachlichen Klärung, gegen die Resolution als Ganzes zu stimmen, aber nicht die Resolution in Partikel auflösen zu wollen.

Diese Meinung gründet sich auf dem sozialdemokratischen Grundgefühl: Ein Genosse oder eine Genossin, die auch in dieser Stunde dagegen stimmen, sind uns als Mitstreiter ebenso wertvoll und unentbehrlich wie jeder, der dafür stimmt. (Beifall.)

Ich brauche hier wohl erklärend nicht mehr zu sagen, daß die Politik, die wir gegenüber dem Europa-Rat und den verwandten Komplexen einschlagen, die Politik ist, geboren aus der Idee, aus der heraus wir unsere Partei 1945 aus der Taufe gehoben haben. An dieser Idee haben wir festgehalten. Diese Idee zeigt sich bezügnich des Saargebiets auch in Punkt 13 der einstimmig angenommenen Dürkheimer Beschlüsse. Diese Idee des nicht gleichzeitigen Eintretens mit dem Saargebiet in den Europa-Rat ist fast einstimmig von der Partei akzeptiert worden auf dem sogenannten kleinen Parteitag in Köln am 6. September vorigen Jahres. Diese Idee war die Grundlage der Reden, die die Genossen Schumacher, Ollenhauer und Carlo Schmid gehalten haben im deutschen Bundestag unter Zustimmung des materiellen Inhalts ihrer Reden. Und wenn ich mir in diesem Zusammenhang eine kleine kritische Bemerkung zur Klärung der Situation erlauben darf, möchte ich sagen: Genossen, die in der Bundestagsfraktion sitzen, sollten in der Bundestagsfraktion nicht schweigen (sehr richtig! Beifall) und erst hier reden, wenn sie ein kritisches Wort zu sagen haben.

Nun möchte ich doch noch etwas sagen zur internationalen Gesinnung, die bewiesen werden muß nicht bei propagandistischen tagespolitischen Aktionen, sondern im Menschlichen der Politik. Warum haben unsere Neointernationalisten im deutschen Bürgertum aus eigenem Antrieb nie die Frage der moralischen und tatsächlichen Wiedergutmachung an den Opfern des Nazismus, vor allem an der internationalen Judenheit erhoben? Wir bekennen uns zu dieser Pflicht der Wiedergutmachung auf allen Gebieten. Wir bekennen uns zur Gleichheit aller Menschen, und wir erklären, daß die Empörung der Sozialdemokraten bei der Verächtlichmachung der Widerstandskämpfer, der Juden und der Linksparteien, durch diese Neandertaler, die in der schleswig-holsteinischen Agitation einmal ergriffen worden sind. obwohl sie im ganzen Deutschland das Wort führen -, daß diese Art und die Bestätigung und Straflosigkeit dieser menschheitzerstörenden Art durch rechtsbeugende deutsche Richter eine Angelegenheit ist, die uns in der Welt schadet, nicht nur materiell schadet. Ich möchte einmal wissen, ob die Summe, um die die Marshallplanhilfe gekürzt worden ist im Kongreß und Senat in Washington, mit 100 Millionen Dollar zu niedrig gegriffen worden ist. Ich möchte weiter sagen, es gibt gewisse Äußerungen der Unmenschlichkeit, die eine Schande für ein Volk sind, und wenn wir uns über etwas zu schämen haben, dann ist es die so brutale, zynische, kaltschnäuzige Art, mit der da irgendein kleiner Provinzler das Schicksal von 6 Millionen Ermordeten als eine Bagatelle und als eine Frage der Technik ihrer Ausrottung darstellt. Und ich beklage es, daß es deutsche Richter oder, ich meine rechtsprechende Justizbeamte gegeben hat, die diese Unmenschlichkeit gedeckt haben. Ich beklage die trotzhaft untalentierte Diskussion im Deutschen Bundestag, die hinter der Theorie von der Unabsetzbarkeit der Richter die Rechtsbeugung zugunsten der Unmenschlichkeit zugedeckt hat. (Beifall.) Ich beklage vor allem, Genossen, daß die Bundesregierung mit so einer Blicklosigkeit den formalen Rechtsgang und seine bürokratisch angebliche Unangreifbarkeit dazu zum Anlaß genommen hat, um dieses Urteil formal zu decken mit materiell-psychologischen Konsequenzen. Ich beklage es, daß diese Bundesregierung, wenn sie angestoßen wird, immer nur einige matte, widerwillig herausgezerrte Worte zur Frage der Wiedergutmachung des Unmenschlichen findet.

Seid Euch auch als Deutsche darüber klar, und tragt diese Klarheit in unser Volk, daß es eine wirkliche Gleichwertigkeit der Deutschen im Bewußtsein der öffentlichen Meinung der Welt nur geben wird, wenn die internationale Judenheit sich mit uns als deutschem Volk aussöhnt, nicht nur mit einigen von uns, vor denen sie vielleicht Respekt hat, sondern mit diesem Volke. Ein Aussöhnungsprozeß wird wahrscheinlich jahrzehntelang dauern, aber ihn aufzuhalten; wäre ein Verbrechen

gegen die deutsche Nation. (Lebhafter Beifall.) — Hier liegt die wirkliche Gefahr der Isolierung der Deutschen, nicht in der Taktik des Tages gegen eine vorübergehende und veränderliche Institution. Hier liegt die Gefahr! Und um unserem Volk Vertrauen zu uns zu geben, müssen wir diese großen Worte der Gleichwertigkeit, der Deutschen und der Juden, der Deutschen und der anderen Völker, aller Menschen überhaupt, als eine nicht zu erschütternde und keinerlei tagespolitische Spekulation abzuändernde Linie vorwärtstreiben und erhalten.

Anschließend ein Wort zur sozialen Seite. Ich bedauere außerordentlich den Umstand, daß gestern hier eine Diskussionsrede gehalten worden ist, bei der der Redner doch eigentlich Sachkenntnis haben müßte, aber bezüglich der Politik der Bundestagsfraktion diese Sachkenntnisse eklatant hat vermissen lassen. Nämlich bei der Behandlung der Frage der großen Solidarität aller vom Leben Abgedrängten mit den arbeitenden Menschen, die noch im Produktionsprozeß sind. Dieser Versuch der Einheit der vom Leben Benachteiligten mit den in wirtschaftlich schwächerer Position Befindlichen ist doch die entscheidende soziale Tat, die die Sozialdemokraten effektiv und psychologisch realisieren müssen, wenn aus unserem Staatsleben überhaupt etwas werden will. Die Sozialdemokratische Partei war ja nicht nur die einzige, die den Versuch gemacht hat, den Vertriebenen durchdringend zu helfen, sie war auch die Partei, die für die Finanzhoheit in der Deutschen Bundesrepublik gekämpft hat. Und wer gegen die Finanzhoheit war, der hat die ganzen Lasten der Vertriebenenfürsorge und Betreuung auf die finanzschwachen Agrarländer gelegt. Mit anderen Worten, unsere politische Hauptlinie sollte das Fundament für die Vertriebenen und die sozial Schwachen bilden. Und jeder extremistische Föderalist, jeder, der bereit war, eine Politik des Rheinbundes zu machen, der hat eine Politik gegen die Flüchtlinge gemacht und schließlich hat ja die Sozialdemokratie nicht nur als Anreger — ich denke da an die 120 Millionen Mark vor Weihnachten -, sondern auch als Gestalter funktioniert. Heute ist es die Sozialdemokratische Partei, die auch ein positives Vertriebenen-Programm für den Einbau der Vertriebenen in den Wirtschaftsprozeß hat.

Was haben die anderen Parteien dagegen? Darum halte ich es nicht für gut, ich meine nicht nur aus wahlpolitisch taktischen Gründen, sondern ich halte es auch für materiell unrichtig, eine solche emotionelle Prapagandarede bei einem so ernsten Problem entgegen der Lagerung der Tatsachen zu halten. Bei den Flüchtlingen ist doch der Vorgang eingetreten, daß sie eine vorbildliche demokratische Disziplin gezeigt haben bis um die Wende 1947/48. Die Abgabe der Flüchtlingsstimmen am 20. April 1947 nach dem grauenhaften Hungerwinter gerade im Ruhrgebiet und in der britischen Zone für die Parteien der realen Politik ist eine der besten einsichtsmäßigen und moralischen Leistungen unseres Volkes nach dem Mai 1945.

Aber, Genossinnen und Genossen! Im Augenblick, in dem es der sozialdemokratischen Politik in Bonn gelungen war, das Fundament für einen Finanzausgleich und damit für die Solidarität ganz Westdeutschlands gegenüber den Vertriebenen zu finden, in dem Augenblick ist erklärlich, aber politisch verhängnisvoll — einem großen Teil der Vertriebenen und anderen, von sozialer Not Gepeinigten der Geduldsfaden gerissen.

Wenn Sie, um ein einziges Beispiel zu nehmen, mal untersuchen, wem die Flüchtlinge, die Vertriebenen, am 14. August 1949 ihre Stimme gegeben haben, dann sehen Sie das ein. Es mögen einige Hunderttausende in rechtsextremistische Gruppierungen gegangen sein.

Heute z. B. kam die Nachricht, daß der Verband der Ostvertriebenen unter Goebel bei den Wahlen in Nordrhein-Westfalen zum Landtag jetzt eine einheitliche Kandidatenaufstellung und Wahlkampfdurchführung mit der Deutschen Reichspartei hat. Das ist aber der kleinere Teil. Ich sehe den größeren Teil der Gutwilligen und ahnungslos Verzweifelnden in einem anderen Sektor. Am 14. August 1949 haben mindestens 1½ Millionen notleidende Menschen, von ihnen wahrscheinlich 80 oder 90 Prozent Vertriebene, ihre Stimme weggeworfen an sogenannte Unabhängige Kandidaten. An den Charakter der Unabhängigen als verkleidete Reak-

tionäre, die ihr wirkliches Gesicht nicht zu zeigen wagen, weil sie dann niemand wählen würde, mag ich hier gar nicht erinnern. Ich muß aber darauf hinweisen, daß das Wegwerfen von 1½ Millionen Stimmen, das Wegwerfen von mindestens 30 Bundestagsmandaten bedeutet. Und zu allen anderen unheilvollen Entscheidungen kommt noch der Umstand, daß diese 30 Mandate als in einem sozialdemokratisch geführten Block der sozialen Konzentration die Politik von heute in sozialer und in internationaler Hinsicht entscheidend zugunsten unserer Auffassungen beeinflußt hätten. Darum, wenn Sie in die Propaganda, in die politische Propaganda, hoffentlich schon am Tage nach Schluß des Parteitages, in die sozialen Randschichten gehen, an diejenigen, die zu uns gehören, ohne unser Bewußtsein schon gefunden zu haben, dann polemisieren Sie mit diesen Menschen nicht, sondern klären sie sie auf mit Tatsachen und mit einer sicheren logischen Argumentation.

Genossinnen und Genossen! Der Druck der Zeit und die Gefahr waren noch nie so groß für unsere Partei wie heute. Aber die Chancen für unsere Partei waren auch niemals so groß in den letzten Jahrzehnten wie heute.

Diese Chance zu ergreifen, dazu gehören gewisse Voraussetzungen: Einmal die Klarheit des Erkennens, zweitens die Rücksichtslosigkeit im Wollen und drittens die Intensivierung und Belebung der Aussprache in unseren eigenen Reihen und das Hinübertragen der Aussprache in die Ferne und an die noch entfernt von uns stehenden Schichten.

Dieser Prozeß ist in drei Ausdrucksformen ein einheitlicher. Versagt unsere Partei bei einem Teil dieses Ausdrucks, wird sie zwangsläufig bei allen versagen müssen

Unsere Aufgabe ist nicht nur die Politik des Vorausschauens, ist nicht nur die lebendige, gesetzgeberische und mutige Initiative im Bundestag. Unsere Aufgabe — und dabei kann, soll und muß jeder helfen — ist es, unsere Partei tiefer zu machen, unsere Partei breiter zu machen, unsere Partei größer zu machen.

Aus diesem Geist heraus ist Ihnen der Antrag Nr. 70 vorgelegt worden. Sie haben die Entscheidung. (Sehr starker anhaltender Beifall.)

Vorsitzender Schönfelder: Genossinnen und Genossen! Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über die Anträge, die zu diesen beiden Tagesordnungspunkten gestellt sind.

An die Spitze möchte ich den Antrag stellen, von dem Genosse Schumacher zuletzt sprach. Wollen Sie bitte, den Antrag Nr. 70 zur Hand nehmen. Zum dritten Nachtrag zur Vorlage Nr. 5 sind noch Änderungsvorschläge eingegangen, die Ihnen auch schriftlich auf den Tisch gelegt sind.

Aber ich darf sie im Zusammenhang vielleicht doch noch einmal vortragen. In der vierten Zeile soll hinter dem Wort "Bundesrepublik" gesagt werden "für eine konsequente gesamtdeutsche Politik der Bundesorgane", und in der sechsten Zeile soll statt des Ausdrucks "Flüchtlinge" der Ausdruck "Ausgewiesene" gesetzt werden. In einer weiteren Zeile soll eingeschaltet werden hinter "Wirtschaft" "des sozial gerechten Ausgleichs". Dann soll im Text fortgefahren werden.

Weiter haben Sie einen Vorschlag vorliegen, wonach beim vierten Absatz ein Satz angefügt werden soll, welcher lautet: "Sie bedrohen unmittelbar die Erfüllung der Lebensforderung des deutschen Volkes auf Wiedervereinigung in einem freien Rechtsstaat."

Auch das haben Sie zur Kenntnis genommen. Ich komme nunmehr zur Abstimmung über diese Entschließung. Wer dieser Entschließung Nr. 70 seine Zustimmung geben will, den bitte ich eine Hand zu erheben. (Die Zustimmenden erheben eine Hand.)

Es wird schwer sein, das positiv zu zählen. Ich bitte um die Gegenprobe. Das sind zehn Stimmen.

Ich bitte dann Genossen Nau und die Schriftführer und Schriftführerinnen, die Nein-Stimmen zu zählen. Wollen wir noch einmal die Hand erheben, Genossen, damit keine Zweifel sind. Ich zähle jetzt . . . elf Stimmen. Gegen elf Stimmen ist die Entschließung angenommen.

Es ist vielleicht gut, auch noch den Genossen die Möglichkeit zu geben, ihre Meinung zum Ausdruck zu bringen, die sich der Stimme enthalten wollen.

... Es sind unstreitig vier Enthaltungen.

Also dann stelle ich fest: Die Entschließung ist mit allen Stimmen gegen elf bei vier Enthaltungen angenommen. (Bravorufe, Beifall.)

Genossinnen und Genossen! Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Anträge, die noch zu diesem Tagesordnungspunkt vorliegen. Und wie Ihnen bei der Eröffnung der Beratung mitgeteilt worden ist, sind es die Anträge 22 bis 41, mit Ausnahme der Anträge 30 und 37, die zum Punkt 6 der Tagesordnung erledigt werden, außerdem die Entschließung zu 60.

Wir kommen am besten voran, wenn ich jetzt diese Anträge aufrufe, und wir beginnen bei 22.

Genossen, haben Sie die Vorlage zur Hand?

Der Antrag Hamburg war im Ausschuß einer Besprechung unterworfen und es hat sich dann herausgestellt, daß, falls einige stilistische Änderungen vorgenommen würden, der Parteiausschuß empfiehlt, den Antrag anzunehmen. Es hat sich nicht mehr ermöglichen lassen, diese stilistischen Änderungen noch hier zu verbreiten.

Ich möchte Ihnen jetzt den Wortlaut, wie er nunmehr empfohlen wird, nach diesen kleinen Änderungen zur Verlesung bringen. Wollen Sie mal hören, was da jetzt steht. Der Antrag soll jetzt heißen:

"Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, baldigst eine zusammenfassende Darstellung zu geben, die dem Willen und den Vorstellungen der SPD über einen europäischen Staatenbund als Vorläufer zu einem bundesstaatlichen demokratischen Europa entspricht."

Haben Sie den Inhalt zur Kenntnis genommen? Dann darf ich abstimmen lassen. Wer in dieser Formulierung den Antrag 22 annimmt, den bitte ich die Hand zu er-

heben.

Ich bitte um die Gegenprobe. - Das ist einstimmig angenommen.

Wir kommen dann zu Antrag 23.

Es wird Ihnen empfohlen, diesen Antrag anzunehmen.

Nehmen Sie mir das nicht übel, wenn ich das sage, — das ist nicht meine Meinung — das ist das Ergebnis der Beratungen von Parteiausschuß, Parteivorstand und Kontrollkommission.

Wer dem Antrag 23 seine Zustimmung geben will, den bitte ich die Hand zu erheben.

Das ist beschlossen.

Antrag 24: Es wird empfohlen, diesen Antrag der Bundestagsfraktion anzunehmen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich eine Hand zu erheben.

Das ist beschlossen.

Dann kommt der Antrag 25; ich bitte dazu in Verbindung zu bringen den Antrag Nr. 60 in dem Nachtrag. Soweit mir mitgeteilt worden ist, haben die Hamburger daraufhin den Antrag 25 zurückgezogen. Stimmt das? ("Jawohl!") Jawohl, das stimmt. Dann hätten wir über diesen Antrag nicht mehr abzustimmen, sondern über den Antrag 60. Sie finden ihn in dem ersten Nachtrag zur Tagesordnung. Ist Ihnen der Antrag gegenwärtig? — Dann lasse ich abstimmen über den Antrag Nr. 60 vom Parteivorstand und Parteiausschuß. — Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, bitte ich eine Hand zu erheben. — Auch das ist beschlossen.

Meine Genossinnen und Genossen! Wir fahren jetzt fort. Antrag 26 und Antrag 27. Beide Anträge werden empfohlen, dem Parteivorstand zu überweisen. Wer diesem Antrag auf Überweisung an den PV seine Zustimmung geben will, den bitte ich eine Hand zu erheben. — Das ist beschlossen.

Der Antrag 28 (Lübeck) ist zurückgezogen.

Wir kommen zum Antrag 29 (Göttingen). (Unruhe.) Ja, ich lasse Zeit zum Umschlagen. Wenn es zu flott geht, dann müssen Sie es sagen. (Zwischenruf: "Ja, es geht zu flott!") Sie wollen die Anträge jetzt erst lesen? Das habe ich nicht gewußt. (Heiterkeit.) Darf ich jetzt Antrag 29 aufrufen? ("Ja!") Es wird Überweisung an den

PV vorgeschlagen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich eine Hand zu erheben. Das ist beschlossen.

Antrag 30 soll bei Tagesordnungspunkt 6 mit verhandelt werden.

Antrag 31. Es wird empfohlen, diesen Antrag dem Parteivorstand zu überweisen. Wer diesem Überweisungsantrag zustimmen will, den bitte ich eine Hand zu erheben. Das ist beschlossen.

Nach dem Vorschlag, den die Instanzen machen, soll auch der Antrag 32 dasselbe Schicksal erleiden: (Heiterkeit) Überweisung an den PV. Wer dem Vorschlag seine Zustimmung geben will, den bitte ich eine Hand zu erheben. — Das ist beschlossen.

Wir kommen zu Antrag 33. Arbeitsprogramm. Dort muß es in der ersten Zeile heißen, nicht der "Parteitag", sondern der "Parteivorstand". Dann ist in der vorletzten Zeile ein stilistischer Fehler. Es muß dort nicht heißen: "fördern", sondern "förderndes". Wenn Sie es im Zusammenhang lesen, werden Sie selbst (Zwischenruf: "In der vorvorletzten Zeile muß das "zu" weg.) Das beschließen wir besonders, daß das "zu" weg muß. (Heiterkeit.) Genossinnen und Genossen, wir sind uns über die vielen Änderungen einig. Wer dem Antrag 33 in dieser Fassung seine Zustimmung geben will, bitte ich, eine Hand zu erheben. Das ist beschlossen.

Wir kommen zum Antrag 34 — Rechtsstellung der Richter. Es wird empfohlen, diesen Antrag dem PV zu überweisen. Wer diesem Überweisungsantrag seine Zustimmung geben will, bitte ich eine Hand zu erheben. — Auch das ist beschlossen.

Antrag 35. Auch hier wird empfohlen, den Antrag dem PV zu überweisen. Wer dem zustimmen will, bitte ich eine Hand zu erheben. Das ist beschlossen.

Der Antrag 36 — zum Beamtengesetz. Es wird empfohlen, diesen Antrag hier anzunehmen. Wer den Antrag 36 annehmen will, den bitte ich eine Hand zu erheben. Danke, das ist beschlossen.

Wir kommen zu Antrag 37. Hier wird empfohlen, diesen Antrag bei Punkt 6 der Tagesordnung mit zu erledigen.

Antrag 38. Es wird Annahme empfohlen. Wer dem folgen will und diesen Antrag 38 annimmt, den bitte ich, eine Hand zu erheben. Das ist beschlossen.

Wir kommen zu Antrag 39. (Zwischenruf: "Langsamer"). Also langsamer. Wie ist es mit dem Tempo? (Zwischenruf: "Gut"). Ich denke, Sie sind noch disziplinierter als die Hamburger Bürgerschaft. Die macht es schnell.

Also 39, ein längerer Antrag. Es wird empfohlen, diesen Antrag dem PV zu überweisen. Der sozialpolitische Ausschuß des Parteivorstandes soll ihn dann dort behandeln. Wer der Überweisung des Antrages seine Zustimmung geben will, den bitte ich eine Hand zu erheben. Das ist beschlossen.

Wir kommen zu Antrag 40. Es wird empfohlen, auch diesen Antrag dem Parteivorstand zu überweisen zur Behandlung im sozialpolitischen Ausschuß. Wer diesem Vorschlag folgen will, den bitte ich eine Hand zu erheben. Das ist beschlossen. Wir kommen zu Antrag 41. Es wird vorgeschlagen, diesen Antrag der Bundestagsfraktion zu überweisen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich eine Hand zu erheben. Das ist beschlossen.

Genossinnen und Genossen! So viel ich weiß, haben wir damit alle Anträge, die zu diesen beiden Tagesordnungspunkten 4 und 5 gestellt sind, erledigt, und es fragt sich nun, was wir jetzt noch in Eile tun können, Genossinnen und Genossen? (Zwischenruf: "Mittag essen"). Es eilt nicht mit dem Mittagessen, weil ein Kessel nicht ganz in Ordnung ist, und deshalb brauchen wir nicht so zu rennen. Ich kann Ihnen dann zunächst noch folgendes mitteilen: es besteht die Absicht, nach dem Mittagessen in die Wahlen einzutreten. Die Wahlliste ist geschlossen. Die Vorschläge liegen hier bei uns vor. Ja, Genossen, und nun werde ich Ihnen gleich die Vorschläge zur Kenntnis geben. Sie werden Ihre Stimmzettel bei Wiederbetreten des Saales vorfinden, so daß wir dann baldigst nach Beginn der Sitzung die Wahl vornehmen können. Aber diese Absicht läßt sich schlecht durchführen, weil noch die früheren Vorstandsmitglieder mit zur Wahl stehen werden und eine Wahl erst dann vorge nommen werden kann, wenn vorher der Antrag der Kontrollkommission, Entlastung